Nr. 259 — Halle (Saale), Dienstag den 4. November 1913 — 24. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1,80 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Harz 49/46. Fernsprecher 838 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter dem Strich die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Harz 49/46. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Monarchie und Republik.

An zwei Tagen zwei neue Fürsten — das ist echt deutsch. Am heutigen Montage beginnt der „Herzog von Braunschweig" sein durch hohenzollernsche Einheirat gewonnenes Volk zu regieren und am morgigen Dienstag soll der bayerische Ludwig offiziell zum König ausgerufen werden. Bayern hat dann zwei Könige — einen von Gottes Gnaden und einen von Zentrums Gnaden, während die Braunschweiger „Untertanen", so titulierte der braunschweigische Minister Hartwig das braunschweigische Volk, jetzt ihrem „angestammten" Fürsten hörig werden. Der junge sechsundzwanzigjährige Herr und kaiserliche Schwiegersohn hat folgende erste Proklamation an seine Untertanen erlassen:

Von Gottes Gnaden Wir Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Kgl. Prinz von Großbritannien und Irland, tun hiermit kund und zu wissen: Nachdem die Hindernisse, welche seit dem Ableben des hochseligen Herzogs Wilhelm die Ausübung der Regierung des Herzogtums seitens der Berechtigten aus dem fürstlichen Gesamthause Braunschweig-Lüneburg entgegenstanden, durch Gottes gnädige Fügung in beglückender Weise beseitigt sind, haben Wir die Uns durch den hochherzigen Verzicht unseres innigstgeliebten durchlauchtigsten Vaters, des Herzogs Ernst August, Königliche Hoheit, angefallene Regierung des Herzogtums mit dem heutigen Tage angetreten. Als deutscher Fürst werden Wir stets in unerschütterlicher Treue zum Reiche und seinem erhabenen Oberhaupte stehen und im Verhältnisse zu Unseren hohen Verbündeten allezeit Unsere Verpflichtungen erfüllen, die Uns durch die Reichsverfassung und die ihr zugrunde liegenden Bündnisverträge auferlegt sind. Wir geloben auf dieser Grundlage der Gerechtigkeit und Fürsorge alle Unsere Kräfte dem Wohle des Landes zu weihen und bitten Gott um seinen gnädigen Beistand, damit Unsere Regierung dem Herzogtum zum Segen gereiche. Mit hoher Freude haben Wir aus den vielseitig bedeutungsvollen Anzeichen entnommen, daß die Herzen der Braunschweiger Uns und der Herzogin, Unserer vielgeliebten Gemahlin, entgegenschlagen. Auch unsere Herzen empfinden warm für das Braunschweiger Volk. Wir gewärtigen andererseits von allen öffentlichen Beamten und allen Geistlichen, fernerhin von allen Angehörigen des Herzogtums, daß sie Uns als ihren rechtmäßigen Landesherrn Treue und Gehorsam erweisen.

Die Beamten werden Gehorsam leisten, ebenso die Geistlichen, die schon gestern auf allen Kanzeln das vorgeschriebene Gebet für den neuen Landesherrn salbungsvoll zum Himmel schickten. Aber daß auch alle Angehörigen des Herzogtums „Gehorsam" leisten, das wird sich erst zu zeigen haben, wenn man weiß, was der neue Herr unter „Gehorsam" versteht. Die von ihm gerühmte „Gottes gnädige Fügung" war bekanntlich die Heirat, und „das Wohl des Landes" wird zunächst durch eine millionenschwere Zivilliste dem Volke offenbar. Im übrigen mögen sich die neuen Fürsten von Gottes Gnaden ruhig darüber täuschen, daß ihre Thronerkletterung „der Herzenswunsch der Untertanen" gewesen sei. Sie werden bald genug erfahren, daß noch nie die Ausbreitung des republikanischen Gedankens so leicht war wie jetzt. Die freiheitlichen Strömungen fassen tiefer Wurzel und die Zahl der grundsätzlichen Anhänger der demokratischen Volksregierung wächst. Auch beim deutschen Michel wird einmal der Grad erreicht, wo die monarchische Sättigung eintritt. Der Deutsche hat zwei Dutzend oder mehr Fürsten auf seinem Nacken sitzen und viele Schock Prinzen und Prinzessinnen machen ihm durch luxuriöse Lebensführung und berufsmäßige Zeitvergeudung das Leben sauer. Aber für die Ewigkeit bleibt dieser Zustand, den sogar China abgeschüttelt, nicht bestehen. Das Ausland muß freilich ob der neuen doppelten Fürstenmacherei zu der Ueberzeugung kommen, daß der Deutsche wirklich ein unerschöpflich langmütiger Fürstenknecht ist, der geradezu mit Stolz auf seinen Fürstenpark und auf seine eigne Fürstendienerschaft weist.

Hinzu kommt, daß die gesamte bürgerliche Presse mit der üblichen byzantinischen Schweifwedelei geradezu in monarchischer Begeisterung schwelgt. Aber so sehr das vom Bürgertum gilt, so sehr gilt es von der Arbeiterklasse nicht. Das schaffende Volk hat in der Tat andere Sorgen als höfische. Seine Presse erhebt gegen die Fürstenfeste Einspruch und fordert Selbstbestimmung des Volkes. Schmachvoll genug, daß das deutsche Bürgertum so erbärmlich fürstendienerisch geworden ist. Einst, als der Kapitalismus um sein Lebensrecht kämpfte, waren im deutschen Bürgertum starke republikanische Strömungen vorhanden. Das ist heute vorbei. Die Kapitalistenklasse ist die herrschende geworden, sie gedeiht unter der Monarchie vorzüglich und machte deshalb den Frieden mit ihr. Mehr noch: die Kapitalistenklasse ist heute der bedingungslosesse Schützer der Monarchie und behauptet, sie sei überhaupt die „einzig mögliche" Staatsform.

Republikanische Strömungen hat es in Deutschland schon sehr bald gegeben; man denke an die freien Städte und ihre Bündnisse, an den Bauernkrieg und an Jürgen Wullenweber. In neuerer Zeit erschienen unter den Einwirkungen der französischen Revolution die Republikaner am Rhein, in Mainz und anderwärts, die sich an die französische Republik anschlossen. Alsdann kam die Zeit der Karlsbader Beschlüsse und der Demagogenverfolgungen, in der es eine rotrepublikanische Richtung gab, welche sogar antike und moderne Attentäter verherrlichte. Die Bourgeoisie war in ihrer revolutionären Periode oft recht wild-republikanisch, solange der Kapitalismus in seiner Entwicklung durch die Privilegien der Aristokratie und die Ueberreste der Zunftverfassung gehemmt war.

1848 stellte Gustav Struve im Frankfurter Vorparlament den Antrag auf Einführung der deutschen Republik, der aber abgelehnt wurde. Bald darauf sah Deutschland die erste Volkserhebung für die deutsche Republik in Baden; sie beschränkte sich aber auf dies Ländchen und blieb so schwächlich, daß sie leicht unterdrückt wurde. Im Frankfurter Parlament gab es eine republikanische Linke, die aber nichts erreichen konnte. Robert Blum schrieb aus Wien im Herbst 1848: „Wegen der Republik sollen die Deutschen nur ruhig sein; die bekommen sie nicht, aber die alte Sauwirtschaft bekommen sie wieder in neuer Auflage." — Um dieselbe Zeit fand in Berlin ein Demokratenkongreß statt, der aus ganz Deutschland beschickt war und der beschloß, daß in Deutschland die demokratische Republik notwendig sei. Die hier vertretene Demokratie hatte aber, wie ihr Kassierer Ludwig Bamberger, der spätere Ueberläufer, erklärte, nur fünf Taler in ihrer Kasse; das Bürgertum schien also damals nicht gewillt, große Opfer für die Republik zu bringen. Ein abermaliger republikanischer Aufstand im Herbst 1848 in Baden blieb unbedeutend und dauerte nur drei Tage. Die Sozialdemokraten respektive Kommunisten von damals waren natürlich alle Republikaner; indessen war die sozialistische „Arbeiterverbrüderung" vielfach mit unklaren Elementen durchsetzt. Bei den Aufständen für die Reichsverfassung gingen Republikaner, Demokraten, Sozialisten, Kommunisten und Liberale, sogar monarchisch Konstitutionelle miteinander zusammen. Hätten diese Aufstände im Jahre 1849 gesiegt, so wäre es sogleich zum Kampfe zwischen Republikanern und Monarchisten gekommen.

Nach der nun folgenden Reaktionszeit fanden sich Demokraten und Liberale im preußischen Abgeordnetenhause beim Kampfe gegen das Gewaltregiment Bismarcks als Fortschrittspartei wieder zusammen. In dieser gab es einzelne alte Republikaner; als ganzes schüttelte die Partei aber den Republikanismus vollkommen ab. Die Partei wurde eine monarchisch-konstitutionelle, wenn auch nicht sogleich.

Dagegen gab es noch verspreng te Reste der alten achtundvierziger Demokratie, welche sich nicht umwandeln ließen. Sie war in Nord- und Mitteldeutschland schwach, in Süddeutschland stärker, und sie verband sich schließlich zur „Deutschen Volkspartei", in der anfangs das republikanische Element sehr stark vertreten war. Dies änderte sich aber mit dem allmählichen Aussterben der alten Republikaner von 1848, und der bürgerlich-republikanische Nachwuchs war sehr spärlich. Nunmehr, nachdem aus der alten Fortschrittspartei und aus ehemaligen Nationalliberalen die Freisinnige Partei entstanden, und nachdem diese mit der Deutschen Volkspartei zur Fortschrittlichen Volkspartei verschmolzen worden ist, hat im Bürgertum der Republikanismus vollkommen aufgehört. Es gibt noch einige alte Republikaner, die aber mit Titeln und Orden geschmückt wurden, seitdem der Bülowblock alles Bürgerlich-Republikanische aufgefogen und in liberales Schwammerlingsgewächs verwandelt hat. Nur ganz vereinzelte wirkliche bürgerliche Republikaner gibt es noch in Deutschland, die aber im Bürgertum als Sonderlinge betrachtet werden.

Diese tiefgründige Veränderung im Bürgertum ist außerordentlich bezeichnend.

Früher gab es deutsche bürgerliche Familien, welche für die Schönheit und Kraft der althellenischen Freistaaten und für die Größe der römischen Republik schwärmten. Sie dachten zwar nicht darüber nach, daß jene Gemeinwesen auf Sklavenarbeit beruhten, aber sie beneideten jene antiken Staaten um ihre bürgerliche Freiheit. Sie benannten ihre Kinder nach den Helden jener Republiken und ermahnten sie zur Nacheiferung. Das ist alles verschwunden; der moderne Bourgeois lacht über solche „Eseleien". Titel und Orden interessieren ihn mehr als die althellenischen und altrömischen Helden. Bismarck erscheint ihm immer noch als der Größte aller Zeiten. Denn dieser hat Raum schaffen helfen für die kapitalistische Entwicklung; er hat, wie ein sozialistischer Schriftsteller treffend sagt, die Tore Deutschlands mit seinen preußischen Bajonetten weit aufgestoßen und den Welthandel eröffnet; er hat die „Millionärzüchterei" ermöglichen helfen. Die Bajonette der deutschen Armee beschützen die Geldschränke der deutschen Bourgeoisie gegen das „begehrliche" Proletariat — so stellt sich der Bourgeois das heutige Deutschland vor, und da ist es kein Wunder, daß er Monarchist wird und bleibt, solange die bewaffnete Macht der Monarchie zur Verfügung steht.

Anderwärts bringt die Verwicklung der Umstände es mit sich, daß der Bourgeois vom drängenden Volke die Republik aufgezwängt bekommt, wie in Frankreich. Da weiß er sich in die Lage zu finden; er bemächtigt sich der Regierungsgewalt und die ganze Staatsmaschinerie muß ihm behilflich sein, Geschäfte zu machen, seinen Geldbeutel zu füllen, seine Familie zu versorgen. So ist es in den bürgerlichen Republiken durchweg. Es ist nicht der schlechteste Witz Bismarcks gewesen, daß er zu dem Gauner Jules Favre bei den Friedensverhandlungen von 1871 gesagt hat: „Ich bin auch Republikaner!" Deutsche Spießbürger nahmen dies ernst und glaubten sogar, Bismarck habe die heimliche Absicht, Deutschland zur Republik zu machen!

Trotz allerdem kann man sich an dem Witz der Weltgeschichte ergötzen, die das bezopfte China eher zur Republik werden ließ, als das Deutschland, welches die herrschenden Klassen unter seinen Bewohnern das Land der Dichter und Denker genannt haben.

Und doch — je weiter sich das Bürgertum von der republikanischen Idee entfernt hat, desto größer ist die Verbreitung des Republikanismus in Deutschland geworden. Es hat niemals so viele Republikaner in Deutschland gegeben, wie gegenwärtig in der sozialistischen Bewegung.

Lassalle hat seinerzeit am Ende seiner agitatorischen Laufbahn sich zur Idee vom „sozialen Königtum" bekannt. Diese Idee ist heute eine Utopie geworden, weil die Verschärfung der sozialen Gegensätze auch eine Verschärfung des Klassenkampfes gebracht hat, welcher die Abschaffung der Klassenherrschaft überhaupt bezweckt. Eine soziale Monarchie würde in erster Linie bezwecken, die alte Klassenherrschaft wieder neu zu befestigen.

Die Bourgeoisie hat den republikanischen Gedanken, den uns das klassische Altertum überliefert, beschmutzt und korrumpiert. Sie hat in die ursprünglich reine und schöne Form ihren ganzen historischen Unrat hineingegossen.

Das klassenbewußte Proletariat wird den republikanischen Gedanken wieder säubern.

Im Altertum waren nur die herrschenden Klassen der Republiken frei, weil sie die Sklaven zu Arbeitsmaschinen für sich benutzen konnten.

In den Republiken der Zukunft werden alle Menschen frei sein, sobald die Arbeit der Maschinen, die allen gehören, auch für alle in gleichem Maße nutzbar gemacht werden wird.

•

Protest der Republikaner.

Am Freitag fand in Nürnberg eine massenhaft besuchte Protestversammlung gegen die bayerische Königsmacherei statt, in der der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Max Süßheim unter stürmischer Zustimmung die Schiebereien der Regierung und der Zentrumspartei enthüllte und schonungslos brandmarkte. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die sozialdemokratische Partei ist grundsätzliche Gegnerin der monarchischen Staatsverfassung und des Gottesgnadentums. Die siebenundzwanzigjährige Regierung eines Geisteskranken und die Unmöglichkeit, ihn ohne Aenderung der Verfassung zu beseitigen, beweist die Notwendigkeit der sozialdemokratischen Auffassung. Die Versammlung ist überrascht durch den kläglichen Umfall des Zentrums und den Beschluß der Abgeordnetenkammer, der trotz des gelesteten Treueids eine Absetzung des bisherigen Königs ermöglicht. Die Versammlung führt die eifrigen Bemühungen des Klerikalen Ministeriums Hertling um die Königsfrage auf die Absicht zurück, sich das Haus Wittelsbach zur Dankbarkeit zu verpflichten und die gefährdete politische Stellung seines Ministeriums und seiner Partei zu festigen. Die Anwesenden widersprechen, daß in einer Zeit, der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Notlage, in einer Zeit, in der die bayerische Regierung alle Anträge der Staatsarbeiter, Bediensteten und unteren Beamten wegen Mangels an Mitteln ablehnt, die Zivilliste um über eine Million Mark erhöht und dem Volke durch die Erhebung des bisherigen Regenten zum König neue Lasten auferlegt werden. Die Versammlung bedauert, daß die Abgeordnetenkammer beabsichtigt, erhöhte Aufwendungen für höfische und dynastische Zwecke zu machen, und daß sie statt der dringlichen Einführung der Verhältniswahl, um eine richtige Vertretung der Volksmeinung herbeizuführen, eine lange nicht so dringliche Verfassungsänderung im Uebereifer durchgepeitscht hat. Die Versammlung spricht der sozialdemokratischen Fraktion ihre Anerkennung aus für die entschiedene Ablehnung der Regierungsvorlage, die in keiner Weise den wirklichen Volkswünschen und Volksinteressen entspricht."

Krupp-Panama.

Das explodierte Pulverfaß.

Die Sensation im Krupp-Prozesse bildete am Sonnabend — so stellt der Vorwärts fest — die Vernehmung des Direktors Dr. Dreger, die sich zu einer überraschenden Selbstbezichtigung dieses Zeugen gestaltete. Wir meinen damit nicht die Geständnisse, die Herr Direktor Dreger bereits vor dem Kriegsgericht abgelegt hatte. Schon dort hatte er zugegeben, daß ihm die Kornwalzer nicht nur bekannt waren, sondern daß er auch wußte, daß ihr Inhalt nur auf illegalem Wege erlangt werden konnte. Herr Direktor Dreger, der selbst Dezernent und Referent im Kriegsministerium war, von wo er dieser seiner Eigenschaft wegen von der Firma Krupp übernommen wurde, der also als ehemaliger Artillerist und Dezernent für Feuerwaffen die Verhältnisse in der Artillerie-Prüfungskommission und den anderen Militärinstituten ganz genau kannte, mußte ja auch ganz genau darüber unterrichtet sein.

wie Brandts Spionagesystem funktionierte.

Er gab das damals und auch diesmal wieder zu. Nur das bestritt er beide Male, daß ihm bekannt gewesen sei, daß die von Brandt erschlichenen Indiskretionen unter Umständen erlangt worden seien, die den formalen juristischen Charakter der „Bestechung" tragen. Des ferneren gab Herr Direktor Dreger zu, daß der Wert der Brandtschen Spionage in der Erlangung von großen Teils illegalen Nachrichten über die Konkurrenzpreise, über die Lieferungen und über Konstruktionsgeheimnisse gelegen hätte.

Auch diese Geständnisse sind von unschätzbarem Wert. Aber sie erlangen noch ganz besondere Wichtigkeit durch das, was Herr Dreger über den Fall Hoge aussagte.

Nach der Darstellung des Brandtschen Briefes und der Bekundung des Zeugen v. Meben sollte sich der ungeheuerliche Fall zugetragen haben, daß Herr Dreger seine freundschaftlichen Beziehungen zu Exzellenz v. Bücking dahin ausgenutzt hätte, ein Spionagewerkzeug des Brandt durch Fürsprache in die Artillerie-Prüfungskommission hineinzubugsieren. Tatsache ist auch,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191311 04-11/fragment/page=0001

daß dieser Zeugleutnant **Hoge im Jahre 1912, also zur Zeit** des Brandtschen Briefes, wirklich in die Artillerie-Prüfungskommission versetzt worden ist. Ganz mit Recht wies einer der Verteidiger auf die „ungeheuere Tragweite dieses Falles" hin. Denn hier lag ja in der Tat das Unglaublichste an Beamtenkorruption und Beihilfe zur Spionage vor, das überhaupt ersonnen werden konnte.

Mit größter Spannung mußte man deshalb der Aussage des Herrn Dreger entgegensehen. Wie einer der Verteidiger bereits am Tage vorher mitgeteilt hatte, war die entschiedenste Abweisung dieser Verdächtigung zu erwarten. Und sie war in einer Form zu erwarten, die die schärfsten Spitzen und das höchste Maß der sittlichen Entrüstung gegen die Bezichtiger einer solchen Ungeheuerlichkeit richtete.

Was aber geschah? Herr Direktor Dreger bestritt zwar entschieden, sei es den Hoge, sei es einen anderen jemals Exzellenz v. Bücking oder einer anderen Stelle zu den bewußten Zwecken empfohlen zu haben. Aber von irgendwelcher Schärfe gegenüber Herrn v. Metzen und seiner Bekundung war nicht das geringste zu spüren. Im Gegenteil: Herr Dreger bot alles auf, um durch eine geradezu belrembende Konzilianz Herrn v. Metzen zu einer minder kompromittierenden Formulierung oder auch nur Deutung seiner Zeugenaussage zu bewegen! Schon das mußte auffallen; aber noch unendlich auffälliger war es, was sich dann ereignete.

Herr Dreger erklärte nämlich, daß er zwar seiner Erinnerung nach Herrn v. Metzen gegenüber niemals von einer solchen Angelegenheit gesprochen habe, daß indessen **Brandt sich zweimal an ihn mit dem Ersuchen gewandt habe, einem Freund von ihm durch seine Empfehlung bei Exzellenz von Bücking zu einer Anstellung in der Artillerie-Prüfungskommission zu verhelfen.** Und vielleicht habe er dann Herrn v. Metzen erzählt, daß ihm Brandt „schon wieder" mit einem solchen Ansinnen gekommen sei und daß er diese Zumutung dann mit ähnlichen Worten zurückgewiesen habe, die Metzen ihm als Antwort auf seine Mitteilung zuschreibe.

Diese Darstellung des Falles Hoge ist in der Tat das **Unglaublichste,** was zu einer „Erklärung" des Falles Hoge vorgebracht werden konnte! Man vergegenwärtige sich nur die Situation. Brandt ist zu Herrn v. Dreger gekommen, einem der elf **Direktoren** der Firma Krupp, einer **allerhöchsten Respektsperson** der Firma, und hat von diesem Manne, der nach seiner eignen Aussage die Tätigkeit des Brandt und seine unterirdischen Beziehungen zu den Militärbehörden, vornehmlich auch zur Artillerie-Prüfungskommission, **kannte,** verlangt, daß er ihm durch seine Fürsprache dazu verhelfe, **sein verbrecherisches Spionagesystem weiter auszubauen.** Und dieser Krupp-Direktor hat den Subalternen Brandt nicht etwa durch einen Fußtritt zur Türe hinausbefördert, sondern sich von ihm sogar ein **zweites Mal** durch ein **gleiches ehrloses Ansinnen kultivieren lassen!** Das gibt Herr v. Dreger, der Krupp-Direktor, der ehemalige Dezernent im Kriegsministerium, zu! Und er gibt weiter immerhin die Möglichkeit zu, daß er diese schmachvolle Zumutung auch Herrn v. Metzen erzählt, dabei aber die Sache „auf die leichte Achsel genommen" und ihr eine humoristische Färbung gegeben habe!

Nach einem solchen Geständnis kommt es eigentlich, um die **ganze Größe des Krupp-Panamas** aufzudecken, kaum noch auf die Feststellung an, ob denn Herr v. Dreger wirklich, wie aus der von v. Metzen gegebenen Aeußerung unzweifelhaft hervorgeht, den ihn von Brandt zugemuteten Helfersdienst geleistet hat. Denn wenn Herr Direktor v. Dreger sich solche Zumutungen gefallen läßt, so ist damit ein neuer und schlagendster **Beweis für die engste Komplizenschaft in dem Spionagebetriebe zwischen Brandt und allerhöchsten Kruppbeamten zwingend und lückenlos geliefert!** Ein schmachvolleres Panama für die Firma Krupp ist nicht mehr denkbar.

Eine ganz andere Sache natürlich ist es, ob nicht das Gericht dies Zugeständnis mit der **äußersten Energie** dazu ausnutzen muß, um auch hier dem beispiellosen Korruptionssystem **bis in seine letzten Tiefen nachzugehen!** Und da müssen wir allerdings unser großes Erstaunen darüber aussprechen, daß sich dieser Situation sowohl Anklagevertreter wie Gerichtshof in keiner Weise gewachsen zeigten. Gewiß mag ihnen diese Wendung der Sache überraschend gekommen sein. Aber gleichwohl hätte es doch prozessual geradezu greifbar nahe gelegen, Herrn v. Dreger die psychologische Unmöglichkeit seines halben Geständnisses eindringlich vor Augen zu führen, um die **restlose Wahrheit** aus ihm herauszuholen. Denn die Ungeheuerlichkeit dieser Darstellung und die außerordentliche Tragweite dieser Selbstbezichtigungen konnte doch auch ihnen **keinen Augenblick verborgen** bleiben. Wie würde man einen v. Metzen inquiriert haben, wenn er sich derartig bloßgestellt und in so groteske Widersprüche verwickelt hätte. Alles, was wir hier darlegen, hätte auch schon vor Gericht Herrn v. Dreger logischerweise vorgehalten werden müssen. Statt dessen ging man — um die allerrücksichtsvollste Charakterisierung zu wählen — mit erstaunlicher Naivität auf die harmlosesten Deutungsversuche ein.

Jedenfalls bietet diese Episode eine der auffälligsten Unbegreiflichkeiten in diesem — wie inzwischen auch das so sehr zurückhaltende Berliner Tageblatt vermerkt — an Unbegreiflichkeiten so reichen Prozeß.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), 3. November 1913.

Reichstagsarbeiten.

Dem am 25. November wieder zusammentretenden Reichstag wird der Haushaltsetat bestimmt vorliegen. Die erste Lesung ist für die ersten Dezembertage in Aussicht genommen. Gleich nach dem Wiederzusammentritt soll die erste Lesung des Spionagegesetzes vorgenommen werden. Im Anschluß hieran sollen die zu erwartenden Interpellationen über die Arbeitslosigkeitsversicherung und über die Welfenfrage, sowie die spruchreifen Wahlprüfungen erledigt werden. Vor den Weihnachtsferien sollen dann noch einige kleinere Vorlagen ihre Erledigung finden. Die Weihnachtsferien sollen am 13. Dezember beginnen.

Dem Reichstag ist auch ein neuer Gesetzentwurf über die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes zugegangen, da die frühere Regierungsvorlage nicht mehr zur Verabschiedung kam. In der neuen Vorlage haben die Beschlüsse des Reichstags zum Teil Berücksichtigung gefunden. — Wann der Entwurf eines Reichstheatergesetzes an den Reichstag gelangen wird, ist noch unentschieden. Der Bundesrat wird sich nach Weihnachten mit dem Entwurf beschäftigen. Die Haushaltsberatungen des Bundesrats beginnen Anfang dieser Woche und sollen noch vor dem Bußtage abgeschlossen werden.

Die Meldung, das Reichsschatzamt plane eine Besteuerung der Taschenfeuerzeuge wird insoweit bestritten, daß an zuständiger Stelle eine solche Absicht „zunächst nicht" besteht. Das ist natürlich eher eine Bestätigung als eine Ableugnung.

Ueber Vorarbeiten zu einem Reichswohnungsgesetz wird amtlich gemeldet: „In Gemäßheit einer Resolution des Reichstags, die die Reichsregierung um Materialbeschaffung aus dem Gebiete der Wohnungsfürsorge ersucht, finden demnächst im Reichsamt des Innern unter Teilnahme von bundesstaatlichen Delegierten eingehende Vorbesprechungen statt. Ihr Zweck ist, neben der Beschaffung der erforderlichen Unterlagen für die Beurteilung reichsgesetzlicher Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungspflege und Wohnungsaufsicht die Reichsregierung in den Stand zu setzen, **gegebenenfalls im Einvernehmen mit den einzelstaatlichen Instanzen Stellung nehmen zu können."**

Preußisches Volksschulelend.

Preußen zählt etwa 6½ Millionen Volksschüler. Wie das in Preußen kaum anders zu erwarten ist, besuchen die meisten dieser Volksschüler Konfessionsschulen. Nur 191 000 in den Städten und 177 000 auf dem Lande besuchen sogenannte Paritätsschulen, in denen die Schüler allerdings auch möglichst nach Konfessionen getrennt werden. Diese Seite des preußischen Volksschulunterrichts ist aber noch nicht die schlimmste. Bei weitem schlimmer ist, daß zu wenig Klassen und die Klassen überfüllt sind, so daß an einen geordneten Unterricht nicht zu denken ist. Nach einer Statistik, die im 231. Bande des amtlichen Quellenwerkes der preußischen Statistik enthalten ist, zeigt die Entwicklung des Volksschulwesens von 1886—1911 freilich eine wesentliche Besserung. Die Schülerzahl in den Klassen der städtischen und der ländlichen Schulen ist von 64 auf 51 gesunken. Auf eine Lehrstelle entfielen 1886 in städtischen Schulen 67, in ländlichen Schulen 59 Schüler, während 1911 in städtischen Schulen nur noch 49, in ländlichen 61 Kinder auf einen Lehrer entfallen. Diese Durchschnittsziffern, mit denen bewiesen werden soll, daß sich das preußische Volksschulwesen außerordentlich gebessert habe, geben aber ein ganz schiefes Bild. Einige Städte mit sehr guten Schulverhältnissen und ganz kleine Landorte, die, weil sie sehr abseits liegen, doch eine eigene Schule und Lehrkraft haben müssen, obwohl nur eine kleine Zahl von Kindern vorhanden ist, machen das statistische Durchschnittsbild über Gebühr günstig. Sowie man in die Statistik eindringt, zeigt sich sofort, wie schlecht es noch um die preußischen Volksschulen bestellt ist. Im Jahre 1911 gab es noch in Städten 1618 überfüllte Klassen mit 129 289 Schülern, so daß 75 auf eine Klasse kommen. Auf dem Lande aber wurden 7599 überfüllte Klassen mit 578 681 Schülern gezählt. Es kommen dort auf eine dieser Klassen im Durchschnitt 76 Schüler. Die Mehrzahl der ländlichen Schulen war 1886 noch einklassig, aber auch heute sind on 33 559 ländlichen Schulen noch 13 149 einklassig, wozu dann noch 6569 sogenannte Halbtagsschulen kommen, die den Uebergang zu zweiklassigen Schulen bilden. Vollommene Schuleinrichtungen mit mindestens 6 oder mehr aufsteigenden Klassen bestanden 1886 in Preußen nur 6 pro Tausend und auch 1911 ist diese Ziffer nur auf 42 pro Tausend gestiegen.

Diese wenigen Zahlen zeigen, wo es in Preußen noch fehlt. Es wird eine ganz andere Volksvertretung kommen müssen, bevor das ländliche Volksschulelend in Preußen ein Ende nimmt.

„Parlamentsherrschaft" in — Mecklenburg.

Ja, so unglaublich das klingt, ist es doch Tatsache. Nirgends in der Welt herrscht auch formell das sogenannte Parlament so, wie in Mecklenburg. Denn hier im Obotritenlande hat der Landesfürst kein Recht, das Parlament aufzulösen und durch Neuwahlen eine andere Zusammenstellung herbeizuführen. Durch diese Nichtauflösung des mecklenburgischen sogenannten Landtages erklärt sich, daß die dortige Regierung völlig in den Händen des das Parlament traditionell beherrschenden Junkertums ist. Das mecklenburgische Parlament hat eine Zusammensetzung, die allen modernen Anschauungen Hohn spricht, denn jeder Rittergutsbesitzer ist ohne weiteres Mitglied des Landtages, „Mitgesetzgeber". So ist jetzt der Berliner Schnapsfabrikant Gilla durch Ankauf eines Rittergutes in den Besitz eines Landtagssitzes gekommen.

Ueber diese reaktionäre Junkerherrschaft in Mecklenburg hat dieser Tage der Schweriner Großherzog lebhafte Klage geführt. In seinem Schreiben, mit dem der Großherzog den letzten außerordentlichen Landtag schloß, führt der Großherzog, nachdem er auf die Ablehnung der Verfassungsfrage verwiesen hat, u. a. aus:

Die volle Verantwortung für die Mißstände und Schäden, welche dem Lande und Volke auf politischem, wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete aus diesem einstweiligen Scheitern des Reformwerks entstehen, müssen wir denjenigen Ständemitgliedern zuweisen, welche durch ihre Stellungnahme das Zustandekommen einer Einigung verhindert haben. Jene Nachteile Unserem treuen mecklenburgischen Volke zu ersparen, sehen wir Uns zu Unserem schmerzlichen Bedauern zurzeit außer Stande.

Das ist die großherzogliche Charakterisierung der mecklenburgischen Junkerherrschaft.

Das klassenbewußte Proletariat wird den Kampf um die politische Macht so führen, daß der in Mecklenburg schon verwirklichte Gedanke der Parlamentsherrschaft unter der anderweitigen Zusammensetzung des Landtages nicht zu leiden braucht.

F-Strahlen für den Völkermord.

Ueber die Versuche, die die englische Admiralität mit Signor Ulivis F-Strahlen anstellte, werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Der außer Betrieb gesetzte leichte Kreuzer Terpsichore wurde für diesen Zweck vorbereitet. Mit dicht verschlossenen verstärkten Schotten wurde er zur Stokesbucht bei Portsmouth hinausgefahren. Dort wurde von Tauchern unter dem Siel des Schiffes eine Eisenkiste befestigt, die Schießbaumwolle und andere Explosivstoffe enthielt. Die geheimnisvollen Strahlen wurden aus 13 Kilometer Entfernung in Wirksamkeit gesetzt und hatten volle Wirkung. Sämtliche Explosivstoffe explodierten und rissen ein großes Loch in die Schiffsseite, durch die das Wasser hineinstürzte. 5 Schlepper brachten den Kreuzer ins Dock, wo sich herausstellte, daß der Schaden groß genug war, um das Schiff zum Sinken zu bringen. Die Explosion war derart gewaltig, daß selbst das Oberdeck Spuren davon aufweist.

So wird dem Berliner Tageblatt von seinem englischen Korrespondenten gedrahtet.

Der furchtbare Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kann wohl durch nichts deutlicher bewiesen werden, als durch diese Nachricht. Das Volk muß bis zum Weißbluten Lasten tragen, Kanonen auf Kanonen, Kriegsschiffe auf Kriegsschiffe werden bewilligt, während ein großer Teil des Proletariats hungernd auf den Gassen der Großstadt liegt oder in düsteren Löchern sein Elend verbirgt.

Doch dafür kann sich das Proletariat aber an Nachrichten über neue Zerstörungswaffen, Luftschiffen und Kriegsschiffen berauschen, und eine Unzahl von blanken Flintenläufen verschaffen ihm die Genugtuung, in Ermangelung von anderen Gerichten sich mit blauen Bohnen den hungernden Magen füllen zu lassen.

Wenn freilich die neue Erfindung des Italieners Ulivi sich bewähren sollte, stände die ganze Mordtechnik vor einer Revolution. Wie herrlich das Gefühl sein muß, von unsichtbaren Mächten in die Luft gesprengt zu werden, das zu beschreiben bleibe den teutonischen Heldenkämpfern und Schlachtrufern derer um Herrn v. d. Goltz überlassen.

Der greile Wahnsinn aber, der sofort wieder nach der Zerstörung dessen trachtet, was eben erst geschafft, der jede neue **Errungenschaft in den Dienst des Völkermords preßt, wird von selbst auch durch dieses neue, einem warnenden Menetekel gleichenden Vernichtungsmittel,** nicht von seiner Bahn weichen. **Weiter werden auf sein Geheiß Tausende und abermals Tausende nach neuen Mordmitteln sich den Kopf zergrübeln, und die Welt würde dem Chaos zutreiben, wenn nicht einmal das Proletariat mit** eisernem Griffe die Zügel in die Hand nimmt **und durch eine vernünftige Wirtschaftsordnung der Menschlichkeit den Weg bereitet.**

Hausbesitzerpolitik.

Im Wahlkreise Freiburg II ist Genosse Engler mit einer Minderheit von nur 74 Stimmen dem Zentrumskandidaten, Buchdruckereifaktor Mast, unterlegen. Den Ausschlag haben die liberalen Hausbesitzer gegeben. Ihre Zahl beträgt in diesem Kreise etwa 400—500; sie folgten, wie erst nach der Wahl bekannt wurde, ihrem Klasseninteresse als Hausbesitzer und pfiffen auf den Kampf gegen das Zentrum. Das nachstehend abgedruckte Zirkular, das in geschlossenem Kuvert versandt wurde, beweist dies unwiderleglich:

Ein geeigneter Zeitpunkt, die Interessen der Grund- und Hausbesitzer wahrzunehmen, bildet der Wahltag. Es gilt, unserm Mitglied, Herrn Faktor Mast, gegenüber dem sozialdemokratischen Kandidaten Engler zum Siege zu verhelfen.

... Der Hausbesitzer hat in der gegenwärtigen Zeit wahrlich schwer um seine Existenz zu ringen. Wollen wir Besserung herbeiführen, so müssen wir dafür sorgen, daß ein weiterer Hausbesitzer ins Parlament einzieht, der uns vor ungerechten Belastungen schützt; einen Mann, der nicht einseitig Mieter-, sondern auch Hausbesitzerinteressen vertritt.

In Ihrem eigenen Interesse bitten wir Sie, bei der heutigen Wahl alle andern Rücksichten beiseite zu lassen und Ihre Stimme für unser Mitglied Herrn Faktor Mast abzugeben.

Das Zirkular hat seine Schuldigkeit getan: der zentrümliche Hausbesitzer wurde von den liberalen Hausbesitzern entgegen dem Großblockabkommen gewählt. Politische Parteiinteressen sind nichts, Hausbesitzerinteressen alles! Ein Beitrag zu dem Kapitel von der Wirkung des Klasseninteresses bei Wahlen.

Deutsches Reich.

— **Blutige „Kulturarbeit" in unseren Kolonien.** In Neukamerun, unserer neuesten Errungenschaft, ist es bereits zu heftigen Zusammenstößen mit den Eingeborenen gekommen, da diese sich nicht ohne weiteres des Besitzes ihres fruchtbaren Bodens entäußern möchten. Die Häuptlinge zeigten sich gegen die Kulturbringer feindlich, weshalb eine sogenannte Strafexpedition gegen sie ausgesandt wurde. Nach einem Bericht der Deutschen Kolonialzeitung fanden dabei 32 Eingeborene ihren Tod. Nach demselben Blatte hatte das deutsche Gouvernement in Buea die „nötigen Anordnungen" getroffen, um die Häuptlinge von Ngulu und Gabola zu bestrafen und sie zur Anerkennung der deutschen — Kulturherrschaft zu zwingen.

— **Die Hamburger Universität abgelehnt.** Nach langer Beratung in vier fünfstündigen Sitzungen hat die Hamburger Bürgerschaft den Senatsantrag auf Errichtung einer Universität mit 80 gegen 78 Stimmen abgelehnt, mit demselben Stimmenverhältnis aber einen Antrag von Dr. Dücker angenommen, wonach ein Ausschuß eingesetzt werden soll zur Prüfung der Frage: in welcher Weise, unter fortgesetzter Ausbildung des Vorlesungswesens, der weitere Ausbau des hamburgischen Kolonialinstituts als einer selbständigen, der Forschung, der Lehre und der praktischen Ausbildung gewidmeten Anstalt mit tunlichster Beschleunigung und dauernd ermöglicht werden könne.

— **Ausbildung der Aerzte in der sozialen Medizin?** Die Kölnische Zeitung meldet:

„Eine Abänderung der ärztlichen Prüfungsordnung wird demnächst erfolgen. Wie aus ärztlichen Kreisen mitgeteilt wird, dürfte sich in absehbarer Zeit der Bundesrat mit der neuen Prüfungsordnung befassen, die eine stärkere Berücksichtigung der sozialen Medizin in der ärztlichen Ausbildung herbeiführen will. Nach der geltenden Prüfungsordnung werden Kenntnisse dieses Zweiges überhaupt nicht verlangt. Durch die neuen Versicherungsgesetze ist es aber notwendig geworden, den jungen Aerzten auch die Kenntnisse der sozialen Medizin zu vermitteln, und zwar während des praktischen Jahres, weil zu ihrem Verständnis ein abgeschlossenes Studium erforderlich ist."

Man wird abzuwarten haben, was bei dieser „stärkeren Berücksichtigung der sozialen Medizin" herauskommt. Der Gedanke ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß die Sache schließlich nur auf die bessere Ausbildung der Aerzte zur Rentenquetscherei hinausläuft.

England.

Konservativer Katzenjammer. Der konservative Führer Bonar Law hielt, wie wir bereits meldeten, am Donnerstag eine Rede vor seinen Anhängern in Newcastle, die wahrscheinlich eine neue Krise in der konservativen Partei ankündigt, aber auch ganz abgesehen davon großes Interesse beansprucht. Es kommt nicht häufig vor, daß der Führer einer großen herrschenden Partei seinen Anhängern in voller Oeffentlichkeit aufrichtig und unverblümt seine Meinung sagt über die politischen Grundlagen und Zukunftsaussichten seiner Partei. Das hat Bonar Law in Newcastle getan, und seine Rede ist um so bemerkenswerter, als sie von einem fast an Verzweiflung grenzenden Pessimismus über die ganze Zukunft der konservativen Partei in England durchdrungen war. So etwas tut der Führer einer großen Partei inmitten eines heftigen Entscheidungskampfes nicht ohne guten Grund. Entweder muß Bonar Law ganz besondere Zwecke verfolgen, deren Natur sich in einer kommenden Krise in der konservativen Partei offenbaren wird, oder aber die Wucht der sich häufenden Tatsachen und Erfahrungen lassen ihn wirklich an der Zukunft seiner Partei verzweifeln.

Bonar Law sagte, daß er die hergebrachte und allgemeine Auffassung, daß die konservative Partei schon infolge der „Schwingungen des politischen Pendels" früher oder später wieder zur Macht gelangen müsse, sofern sie nur nicht völlig ihren Kopf verliere, nicht teile. Heute befinden wir uns, fuhr Bonar Law fort, in einer ähnlichen Periode. Seit 1885 (also seit der Wahlreform von 1884, liegt die politische Macht absolut in den Händen der Arbeiterklasse, obschon sie sich erst in den letzten Jahren dieser Tatsache bewußt geworden sind. Wenn man der Arbeiterklasse den Glauben beibringen kann, daß die Liberalen die Freunde der Armen und die Konservativen die Freunde der Reichen seien, so ist nicht einzusehen, warum sich die Geschichte der ersten 40 Jahre nach der Reformbill nicht wiederholen soll. Eine solche Periode ist das goldene Zeitalter des Demagogen, und der Demagoge ist erstanden. Die liberale Partei ist mit dem größten Demagogen aller Länder und aller Zeiten gesegnet, der seine Rolle so genial versteht, daß er, so lange er sie spielt, sie selbst für Wirklichkeit hält. Dieser Demagoge ist selbstverständlich Lloyd George.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131104-11/fragment/page=0002

wenn nun die liberale Partei jede Frage nur von dem Gesichtspunkt beurteilt, ob sie die Stimmen der Massen gewinnen kann, und wenn sie durch solche Mittel versucht, der Arbeiterpartei den Wind aus den Segeln zu nehmen, dann ist nicht einzusehen, warum sie nicht auf unabsehbare Zeit bleiben soll.

Diesen Zuständen gegenüber ist die konservative Partei hilflos. Sie ist benachteiligt dadurch, daß sie unvermeidlich viele Reaktionäre in ihren Reihen hat, die glauben, daß wir in der besten aller Welten leben, und sich gegen jede Aenderung stemmen. Die konservative Partei halte fest an dem Ideal Disraelis, sie ist eine nationale Partei, die die Wohlfahrt des gesamten Volkes anstrebt. Aber sie wird nie die Konkurrenz mit jenen aufnehmen, die nur auf Stimmenfang ausgehen. Ehe sie das tut, will sie lieber dauernd in Opposition bleiben.

Das waren die Ausführungen Bonar Laws. Die Diagnose halten wir im wesentlichen für richtig. Worin besteht sie? Sie läuft darauf hinaus, daß das traditionelle englische Parteiregierungssystem abgewirtschaftet hat. Die Arbeiterklasse ist erwacht, sie ist zum Bewußtsein ihrer (nicht nur politischen — die noch keineswegs „absolut" ist — sondern auch ihrer wirtschaftlichen) Macht gelangt, und eine Partei, die nicht bereit ist, ihren Wünschen weit entgegenzukommen, hat keine Aussicht auf Bestand. Die liberale Partei muß unter Strafe des Unterganges dem Volke immer neue Sozialreformen bieten, denn schon ist die Arbeiterpartei da, die auf die Erbschaft lauert. Und die Konservativen können nur jammern: das geht ja nicht, kaum habt ihr Alterspensionen, Sozialversicherung usw. eingeführt, und schon kommt ihr wieder mit einem Agrarprogramm, das uns auch unabsehbare Zeit an der Macht bleiben soll.

Man sollte meinen, daß dieses offene Bekenntnis der Ohnmacht und Verzweiflung bei den Liberalen ein Jubelgeschrei auslösen sollte. Weit gefehlt. Den Liberalen ist bei all ihrer Herrlichkeit auch etwas schwül zumute. Sie wissen, wie schwer es ist, die kapitalkräftigen Elemente der Partei zur Gewährung neuer Sozialreformen zu bewegen, und daß der Prozeß nicht lange fortgesetzt werden kann. Noch schlimmer, am Ende ist alles vergeblich. Es gelingt zwar noch, die Masse der Arbeiterwähler an den Wagen des Liberalismus zu spannen, aber man ist ihrer keinen Augenblick mehr sicher. Das Gebotene befriedigt sie nie, und sie verlangen immer mehr.

Balkan.

Eine österreichisch-italienische Note an Griechenland. Der österreichische und der italienische Gesandte haben der griechischen Regierung eine Note überreicht, in welcher diese beiden Mächte Griechenland für die Verschleppung der schon seit langem geforderten Festsetzung der südalbanischen Grenze verantwortlich machen. Die Note fügt hinzu, daß der Londoner Konferenz zufolge die Festsetzung der Grenze spätestens am 30. November erledigt sein müsse, und daß Griechenland einen Monat später das ganze Territorium, welches zu Albanien gehört, räumen müsse. — Der Pariser Matin bemerkt zu diesem Vorgehen: Die griechische Regierung wird sehr wahrscheinlich dem österreichischen und dem italienischen Botschafter mitgeteilt haben, daß die albanische Frage eine europäische Frage ist, und daß sie in London von den Großmächten gemeinsam beraten wurde. Die albanische Frage betreffe also nicht einzig und allein Oesterreich und Italien; Griechenland habe infolgedessen von ihnen keine Anweisungen anzunehmen.

Neue Balkangreuel. Nach Mitteilungen aus dem westlichen Thrazien wurden in 14 Dörfern der Bezirke Gümüldschina, Soflu und Dedeagatsch von Baschibozuksbanden, die zum größeren Teil aus Griechen bestanden und von griechischen Offizieren kommandiert wurden, **die Einwohner massakriert.** Vor dem Eintreffen von bulgarischen Truppen waren mehr als 8000 Frauen und Kinder nach Dedeagatsch geflohen, um bei den griechischen Militärbehörden Schutz zu suchen; aber die Behörden von Dedeagatsch ließen sie den in der Nachbarschaft operierenden Banden ausliefern. Nur 3600 Personen von diesen Unglücklichen sind dem Tod entgangen.

Italien.

Die Stichwahlen wurden am Sonntag in ganz Italien vorgenommen. Die Wahlbeteiligung war sehr stark. Im ersten Wahlkreise der Stadt Rom unterlag leider der Sozialist Campanozzi dem Nationalisten Federzoni. Im Wahlkreise Como wurde der frühere Minister Carcano wiedergewählt. In Mailand wurden gewählt: im ersten Wahlkreis der Ministerielle Liberale Decapitani gegen den Republikaner Eugenio Chiesa, im zweiten Wahlkreise der Ministerielle Liberale Agnelli, im dritten Wahlkreise der Sozialist Maffioli, im vierten Wahlkreise der Radikale Gasparotti.

Rom, 3. November. Von den gestrigen 101 Stichwahlen sind bisher 83 Ergebnisse bekannt. Gewählt sind 46 Ministerielle, drei Katholiken, 12 radikale Sozialisten, 17 reformistische Sozialisten und vier Republikaner.

Amerika.

Der Idiotismus des Wettrüstens. Im Repräsentantenhause in Washington brachte Hensley (Missouri) eine Resolution ein, in welcher einer Abrüstung in dem von Winston Churchill vorgeschlagenen Umfange zugestimmt wird. Der Sprecher Clark sagte, er hege den Wunsch, diese Resolution angenommen zu sehen. Er fügte hinzu, Deutschland sei als Popanz benutzt worden, um die Amerikaner bei den letzten Marinedebatten zu schrecken. Das gegenwärtige Wettrüsten sei der Gipfel des Idiotismus. Wenn drei Großmächte ein Abkommen zur Einschränkung der Rüstungen träfen, müßten die übrigen nachfolgen.

Aus der Partei.

Die nächste Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus

findet am 13. und 14. Dezember in London statt. Auf der Tagesordnung steht: Die Einigung der sozialistischen Partei in England und die Festsetzung der Tagesordnung für den internationalen Kongreß im Jahre 1914 in Wien. Dazu schlägt die französische Partei vor, die Frage der Lebensmittelteuerung, die argentinische die sozialistische Agrarpolitik und die türkische sozialistische Gruppe die Orientfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Ferner käme noch einem Beschluß des Kopenhagner Kongresses noch der Antrag Vaillant-Keir Hardie zur Kriegsfrage zur Beratung.

Krupp-Prozeß.

P. B. Berlin, 1. November 1913.

Die Sonnabend-Sitzung beginnt wieder mit der Vernehmung des Zeugen v. Metzen. Der Verteidiger Dr. Löwenstein stellt an ihn die Frage, ob er noch behaupte, daß Brandt ihm den Schlüssel zum Geheimschrank genommen und daraus die Kornwalzer entwendet habe. **V. Metzen: Ich habe diese Behauptung nicht bestimmt aufgestellt, sondern nur eine Vermutung ausgesprochen.** Es wäre auch möglich, daß durch Ausheben einer Schublade die Kornwalzer herausgenommen werden konnten. Der Verteidiger sucht darauf noch mehrere Widersprüche des v. Metzen festzustellen. Der Oberstaatsanwalt bemerkt schließlich: Herr Verteidiger, Sie scheinen darauf hinauszugehen, dem Zeugen bewußte Unwahrheit vorzuwerfen. Verteidiger: Ich habe von Anfang an darüber gar keinen Zweifel gelassen. Ich habe ja auch aus diesem Grunde im Auftrage des Angeklagten Brandt gegen v. Metzen Strafantrag gestellt. Herr v. Metzen hat sich in der Presse ganz anders geäußert, als er es hier tut.

Es wurde alsdann in sehr eingehender Weise Kaufmann Hermann Wingen-Mailand vernommen. Dieser bekundete: Der Vertreter der Firma Krupp in Italien war gestorben. Es handelte sich also darum, einen Ersatzmann zu beschaffen. Er habe sich deshalb um den Posten beworben und gehört, daß man sich an Direktor Eccius wenden müsse. Später sei ihm mitgeteilt worden, daß Direktor Eccius selbst gern die Vertretung für Italien übernehmen würde. Dies scheint sich aber zerschlagen zu haben, denn die Essener Direktion teilte ihm schließlich mit, daß Herr v. Metzen für die Vertreterstelle in Italien in Aussicht genommen sei. Eines Tages kam von Metzen zu ihm nach Mailand und sagte ihm, er habe wohl in Berlin eine sehr gute, glänzend dotierte Stellung, er würde aber trotzdem die Vertreterstellung in Italien übernehmen. Allerdings habe er sich Bedenkzeit ausgebeten. Nach einigen weiteren Zusammenkünften sagte ihm v. Metzen, er habe es sich überlegt, er wolle in Berlin bleiben; er werde dafür sorgen, daß er (Wingen) die Stellung erhalte, wenn er ihm

eine Entschädigung von 100 000 Frank zahlen

wollte. Er (Wingen) sei darauf ganz perplex gewesen, solche Zumutung von einem Mann zu erfahren, der zwölf Jahre Vertreter der Firma Krupp war und außerdem bei jeder Gelegenheit betonte, daß er preußischer Reserveoffizier sei. Er habe zum Schein zugesagt, jedoch den deutschen Konsul, mit dem er befreundet war, ins Vertrauen gezogen. Der Konsul habe gesagt, es wäre eigentlich Pflicht, das der Firma Krupp anzuzeigen. Er habe den Konsul um Diskretion gebeten. V. Metzen habe nach längeren Verhandlungen seinen Entschädigungsanspruch auf 25 000 Frank ermäßigt. Die Angelegenheit sei gescheitert und die Forderung des Metzen sei schließlich zur Kenntnis des Essener Direktoriums gelangt.

Der folgende Zeuge ist der Sozius des Wingen, Kaufmann Fabris-Mailand. Er bestätigt die Bekundungen des Vorzeugen.

Im weiteren Verlauf wird Direktor Muehlon als Zeuge vernommen. Dieser bemerkt: Brandt habe um Erhöhung der Funktionszulage von 3500 auf 5000 Mk. gebeten. V. Metzen habe geschrieben, daß dieses Gesuch abzulehnen sei, es wäre überhaupt das beste, wenn Brandt beseitigt würde. Wenn diese Art der Berichterstattung ruchbar würde, dann würde

ein großer Skandal entstehen.

Er sei deshalb im Auftrage der Direktion nach Berlin gefahren und habe sich näher erkundigt. Brandt habe gesagt, er möchte gern seine Tätigkeit einstellen, **er wolle doch ein anständiger Mensch bleiben.** Er (Muehlon) habe sofort getragt, begehen Sie etwas Unrechtes? Brandt habe geäußert, ich verkehre mit Kameraden, gebe Ihnen bisweilen Geschenke, aber etwas Unrechtes tue ich nicht. Er habe deshalb die Direktoren in Essen gefragt, welchen Wert die Berichterstattung Brandts habe. Sämtliche Direktoren haben ihm erklärt, daß die Berichterstattung keinen Wert habe, nur b. Dewitz habe gesagt, die Berichte haben doch einen gewissen Wert. Da Brandt wiederholt erklärte, er begehe nichts Unrechtes, habe er die Sache auf sich beruhen lassen. Direktor Muehlon bekundet schließlich noch, der Gedanke, daß Brandt Bestechungen begehe, sei ihm niemals gekommen.

In der Nachmittags-Sitzung wird nochmals auf Antrag des Verteidigers v. Gordon in eingehender Weise Direktor Dr. Muehlon als Zeuge vernommen. Er bekundet, er habe zwar die von Brandt geforderte Gehaltszulage von 500 Mk., nicht aber die Erhöhung der Funktionszulage von 3500 auf 5000 Mk. befürwortet. Vorsitzender: Brandt schrieb, die Erhöhung der Funktionszulage empfiehlt sich, um die einzelnen Liquidationen zu beseitigen, damit der Version begegnet werde, daß etwas Unrechtes vorkomme. Dadurch sind doch eigentlich die Direktoren von Krupp beleidigt worden. Haben Sie sich nicht selbst dadurch beleidigt gefühlt? — Zeuge: Ich habe der Sache keine Bedeutung beigelegt, da ich nicht annehmen konnte, daß von einem Angestellten von Krupp versucht werde, etwas auf der Hintertreppe zu erlangen, wo wir doch auf den Vordertreppen genügend erfahren konnten. Weiter bekundet Zeuge, er habe, nachdem ihm Brandt sagte, er wolle ein anständiger Mensch bleiben und möchte gerne seine Tätigkeit einstellen, die Sache zunächst in der Direktionssitzung am 3. August 1912 zur Sprache gebracht. In dieser Sitzung sei jedoch die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung vertagt worden, da die Jubiläumsfeier auf der Tagesordnung stand. In der Sitzung am 25. August 1912 habe er sofort nochmals Bericht erstattet und gesagt, Brandt habe ihm mitgeteilt, er erhalte seine Informationen durch den Verkehr mit ehemaligen Kameraden,

denen er Geschenke mache.

Auf sein ausdrückliches Befragen habe ihm Brandt versichert, daß er den Leuten kein Geld gebe, er begehe keine Bestechungen. Er, Zeuge, habe hinzugefügt, daß er sich trotzdem nicht wundern würde, wenn eines Tages bekannt werde, Brandt habe für die Erhaltung von Nachrichten den Militärbeamten Geld gegeben und wenn nachgewiesen werde, daß Brandt sich bemüht habe,

Geheimnachrichten zu erlangen.

Es sei deshalb auf seinen Antrag sofort beschlossen worden, Brandts Berichterstattung einzustellen und Brandt von seiner Stellung abzuberufen. Allerdings wurde die Frage offen gelassen, welche Stellung Brandt zugewiesen werden solle. Er habe es für richtig gehalten, daß Brandt in Berlin bleibe. Die Direktoren haben sämtlich erklärt, Brandts Berichte hätten sehr wenig oder gar keinen Wert für die Firma Krupp. Herr von Metzen sei entlassen worden, als das Direktorium die Nachricht erhielt, daß er seine Stellung an Herrn v. Wingen verschachern wollte, ferner, daß er Kornwalzer mit nach Hause nahm. — Geheimer Finanzrat Hugenberg bestätigt, daß infolge der Berichterstattung des Dr. Muehlon das Direktorium sofort beschloß, Brandts Berichterstattung einzustellen; er könne versichern, das Direktorium habe vollständig korrekt gehandelt. — Sowohl Dr. Muehlon, als auch Geh. Finanzrat Hugenberg versichern, daß ihnen niemals der Gedanke gekommen sei, die Berichte des Brandt wären durch Bestechung erlangt.

Es wird alsdann Direktor Dreger als Zeuge vernommen. Er bekundet, er sei Artillerie-Offizier gewesen, habe in der Technischen Abteilung der Artillerie-Prüfungskommission und später als Assistent im Kriegsministerium gearbeitet. Nachdem er vom Militär Abschied genommen — er sei Hauptmann der Landwehr —, sei er zu den Grusonwerken und später zu Krupp gekommen. Er sei Mitglied des Direktoriums gewesen und nach einiger Zeit nach Berlin versetzt worden. Schon vorher, als noch Herr b. Schütz Vertreter der Firma Krupp war, sei es in Essen übel vermerkt worden, daß die Firma sehr wenig über Ausschreibungen unterrichtet war. Eine Konkurrenzfirma habe bei einer großen Lieferung von Artilleriematerial den Zuschlag bekommen. Das wurde um so übler empfunden, als die Konstruktion eigentlich Sache der Firma Krupp gewesen sei. Es sei deshalb vorgeschlagen worden, dem bereits bejahrten Herrn v. Schütz eine Hilfskraft nach Berlin zu schicken. Wer Brandt vorgeschlagen habe, sei ihm nicht bekannt. Es sei auch möglich, Brandt habe selbst seine Versetzung nach Berlin beantragt. Er habe ebenfalls Brandt gefragt, in welcher Weise er seine Nachrichten erhalte. Brandt habe ihm geantwortet, daß er sie durch den Verkehr mit ehemaligen Kameraden bekomme, denen er Geschenke mache; Geld gebe er ihnen nicht, er begehe durchaus nichts Strafbares. Allerdings habe er, Zeuge, den Eindruck gewonnen, daß die Nachrichten

durch Indiskretion erlangt

sein könnten. Er habe dies auch dem Direktorium nach Essen berichtet und die Einstellung der Berichterstattung befürwortet, da doch zum mindesten die Gefahr vorlag, daß sich die ehemaligen Kameraden, wenn auch nicht strafrechtlich, so doch disziplinarisch vergingen. — Vorsitzender: Es ist von Brandt behauptet worden, der Zeugleutnant Hoge habe ihn, Brandt, um eine Anstellung bei der Artillerie-Prüfungskommission ersucht, Brandt habe sich an Herrn v. Metzen gewandt und gefragt, ob er dies nicht bei Ihnen befürworten könne. V. Metzen habe mit Ihnen gesprochen und als er das zweitemal an Sie herangetreten sei, sollen Sie gesagt haben: Ja, ich kann unmöglich noch einmal zu Exzellenz v. Bueding gehen, da er sonst etwas merken würde. — Zeuge: Ich kann mich an die Unterredung nicht mehr erinnern. Daß ich bei Herrn v. Bueding wegen des Zeugleutnants Hoge vorstellig wurde, oder daß ich diese Aeußerung zu Herrn v. Metzen getan haben soll, ist vollständig ausgeschlossen. — V. Metzen, nochmals befragt, bemerkt, er könne sich bei seiner langen Vernehmung verschiedentlich geirrt haben; in dieser Beziehung irre er sich jedoch nicht. Direktor Dreger habe ausdrücklich gesagt: ich kann unmöglich nochmals bei Exzellenz Bueding vorstellig werden, da er es sonst merken würde. — Direktor Dreger bezeichnet das wiederholt als ausgeschlossen. Diese Aeußerung habe er niemals getan und er habe auch Exzellenz Bueding niemals deshalb aufgesucht.

Auf nochmaliges Befragen durch den Vorsitzenden erklärte Zeuge Dreger: Was Tatsächliches an der Sache dran sein kann, ist folgendes: Brandt wandte sich ein- oder zweimal wegen dieser Sache an mich. Er sagte mir, er hätte einen guten Freund, der sich in die Artillerie-Prüfungs-Kommission gemeldet habe. Brandt hätte sich deswegen schon an v. Metzen gewandt, dieser aber habe ihm geantwortet, er hätte keine Verbindung mit der Feldzeugmeisterei, Brandt möge sich doch mal an Dreger wenden. Das hat mir Brandt gesagt. Ich habe ihn nicht so abfallen lassen, wie v. Metzen erklärt, sondern ich habe die Sache auf die leichte Achsel genommen und nicht das Geringste veranlaßt. In acht Tagen kam Brandt wieder zu mir, und da sagte ich ihm: Soll ich schon wieder zu Exzellenz von Bueding gehen? Kennen Sie Exzellenz von Bueding überhaupt? Brandt verneinte das, worauf ich sagte: Nun, das erste wäre, daß er mich hinausschmeißen würde, und daß dann Ihr Freund auch noch hineinfiele. — Zeuge v. Metzen: Es ist also so, wie ich gesagt habe. Brandt hatte mir bis dahin nicht gesagt, daß er sich an Dreger gewandt hatte. Ich habe ja auch nicht bekundet, daß Dreger dort gewesen ist, sondern nach meiner Erinnerung nur erklärt, was Dreger mir gesagt hat. — Zeuge Dreger: Ich kann mich dessen beim besten Willen nicht entsinnen. — Oberstaatsanwalt: Was sollte mit den Worten gesagt sein: „Soll ich schon wieder zu Exzellenz von Bueding gehen?" Zeuge Dreger: Das sollte nur heißen: Kommen Sie schon wieder mit dem Anfinnen, daß ich zu Exzellenz von Bueding gehen soll? Ich kenne Hoge gar nicht, bin auch nicht für ihn oder für sonst jemand eingetreten. — Zeuge v. Metzen: Hat Dreger vielleicht etwa Aehnliches mir gesagt, wie das, was er dem Angeklagten Brandt gesagt hat? — Zeuge Dreger: Ich entsinne mich einer solchen Aeußerung zu v. Metzen nicht. Es kann ja eine Lücke in meinem Gedächtnis vorhanden sein. — Auf weiteres Befragen bleibt Zeuge v. Metzen ganz entschieden bei seiner Behauptung. Ihm sei kein Mißverständnis unterlaufen. — Vorsitzender zum Angeklagten Brandt: Weshalb haben Sie nichts davon gesagt, daß Sie sich wegen der Unterbringung Hoges an Dreger gewandt haben? — Brandt: Es war mir nicht mehr erinnerlich; es ist aber möglich, daß ich mich auch an Herrn Dreger in dieser Sache gewandt habe. Es ist auch möglich, daß ich mich zweimal an Dreger gewandt habe. — Fortsetzung Montag.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig; für Ausland, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock; für Gewerkschaftliches, Stadtverordnetenwahl und Genossenschaftsbewegung Wilhelm Koenen; für Halle und Saalkreis Otto Kilian; für Aus der Provinz Gottlieb Kasparek; für die Anzeigen Wilhelm Herzig; Verleger Alfred Jähnig; sämtlich in Halle. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.)

Herbst-Kontrollversammlungen

im Kreise Torgau.

Zur Herbstkontrollversammlung haben zu erscheinen: Die Reservisten einschl. Dispositionsurlauber und die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften, sowie die dauernd Halbinvaliden und die dauernd nur garnisondienstfähigen Militär-Rentenempfänger, mit ihrer Jahresklasse und Waffe. Welcher Jahresklasse jeder einzelne angehört, ist auf dem Deckel des Militärpasses zu ersehen. Verspätetes Erscheinen zu einer Kontrollversammlung oder unentschuldigtes Ausbleiben hat Strafe zur Folge. Bei den Kontrollversammlungen werden die Kriegsbeorderungen und Paßnotizen geprüft.

Arzberg am 10. Nov., 9,30 Uhr vorm., im Mieth'schen Gasthof für die Ortschaften: Adelwitz, Arzberg, Blumberg, Camitz mit Piestel, Cöllitzsch, Korgisch, Falkenstruth, Elsterberg mit Heidehäuser, Kathewitz, Kauckliz, Kötten, Neuforge, Nichtewitz, Otterfitz, Packisch, Prausitz, Pülswerda, Vorwerk Rödingen, Stehla, Tauschwitz und Triestewitz.

Löhsten am 10. Nov., 12 Uhr mittags, im Raue'schen Gasthof für die Ortschaften: Beyern, Döbrichau mit Schurigshof, Löhsten, Forsthaus Kleinelee, Vorwerk Neu-Görnewitz, Rehfeld und Zülsdorf mit Pechhütte.

Annaburg am 11. Nov., 11 Uhr vorm., im Gasthof zum goldenen Ring für die Ortschaften: Annaburg, Haidemühle mit Zschernicker Pechhütte, Lebien, Naundorf und Purzien.

Prettin am 11. Nov., 1,30 Uhr nachm., im Rummert'schen Gasthof für die Ortschaften: Arien, Bethau, Dautzschen, Großtreben, Hinterseo, Hohndorf, Kähnisch, Labrun, Lichtenburg mit Domäne, Mockritzer Last, Pfossig und Prettin.

Dommitzsch am 12. Nov., 10 Uhr vorm., im Schützenhaus für die Ortschaften: Dommitzsch, Drebligar, Elsnig, Mahlitzsch, Mockritz, Polbitz und Vogelgesang.

Roitzsch am 12. Nov., 1,30 Uhr nachm., im Huth'schen Gasthof für die Ortschaften: Falkenberg und Gniebitz, Großwig, Pressel, Roitzsch, Trossin und Weidenhain.

Mockrehna am 13. Nov., 10 Uhr vorm., im Thäle'schen Gasthof für die Ortschaften: Gräfendorf, Mockrehna, Niederaudenhain, Oberaudenhain, Schöna, Strelln, Wildenhain und Wildschütz.

Schildau am 13. Nov., 1 Uhr nachm., im Schützenhaus für die Ortschaften: Altenhain, Blankenau, Kobersbain, Langenreichenbach, Probsthain, Schildau, Schilderhain, Sitzenroda, Staupitz und Taura.

Staritz am 14. Nov., 10,30 Uhr vorm., im Franze'schen Gasthof für die Ortschaften: Autzig, Bockwitz, Drößchen, Kotzig, Lösnig, Oelschau, Paußnitz, Plotha, Schirmenitz, Sedewitz, Staritz und Woplau.

Belgern am 14. Nov., 1 Uhr nachm., im Schützenhaus für die Ortschaften: Ammelgoßwitz, Belgern, Kranichau, Döbeltitz, Lausa, Liebersee mit Döbitz, Mahitzschen, Mehderitzsch, Neußen und Pulschwitz.

Torgau (Land) am 15. Nov., 10 Uhr vorm., im Exerzierhaus am Oberhafentor (Fischerdörfchen) für die Ortschaften: Beckwitz, Bennewitz, Cunzwerda, Döbern, Döhlen, Drößnitz, Eulenau, Graditz, Klitzschen, Kreischau, Loßwig, Melpitz, Neiden, Neubleesern, Obernaundorf, Repitz, Rosenfeld, Süptitz, Wellau, Werdau, Weßnig, Zeckritz, Zinna, Zschackau und Zwethau.

Torgau (Stadt) am 15. Nov., 12 Uhr mittags, im Exerzierhaus am Oberhafentor (Fischerdörfchen) für Torgau.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131104-11/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Anfang 8 Uhr.

Die Sensation aller Weltteile!

Mac Norton „Der Froschschlucker,“

genannt **„Das menschliche Aquarium“**

Carl Bernhard, der vortreffliche Humorist.

A. W. Briant mit seiner Lumpen-Puppe

und **alle anderen Varieté-Sterne.**

Tageskasse von 10—1½ und 4—6 Uhr. 4572

PASSAGE-THEATER

Halle (Saale) **Lichtspielhaus** Leipzigerstr. 86

Die Vorführung des gewaltigsten und prächtigsten Filmgemäldes der Gegenwart:

„Cleopatra“

„die Herrin des Nils“,

welches beispiellosen Beifall erntete, wird bis **unwiderruflich**

Donnerstag den 6. November cr.

verlängert.

Die ebenfalls mit grossem Beifall aufgenommene Aufnahme vom

Völkerschlacht-Denkmal zu Leipzig

bleibt dem Programm beibehalten.

Das sonstige Beiprogramm wechselt heute!

Beginn der Vorführungen präz. 4 Uhr.

Der Cleopatra-Film gelangt **um 5 Uhr und um 8½ Uhr** zur Vorführung.

Die Direktion.

4577

Konsum-Verein für Querfurt und Umgegend

(e. G. m. H.)

Sonntag den 9. November 1913 nachmittags 3 Uhr im Lokale des Herrn Köhler, Schlossbrücke:

Ausserordentl. General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über die Auflösung und Liquidation.
2. Wahl der Liquidatoren.

*2198

Der Vorstand: H. Heinze. W. Kayser. K. Leberecht.

Kommen! Sehen! Versuchen

Sie meine hochfeinen frischen

Pökelknochen

à Pfund **30** Pfennig.

Ia. Winterkartoffeln, hausschlachtene Wurstwaren u. alle sonstigen Lebensmittel zu billigsten Preisen. 4571

Lebensmittelhaus

Jakobstr. 50. **M. Beck.** Tel. 3409.

Lederhandlung Brüderstrasse 13
Carl Friedrich Nachf.
Lederausschnitt u. Schuhmacherartikel. 4575

Arbeitsmarkt

Arbeiter werden eingestellt Giebichensteinerstr. 4568 **May.**

Wohnungs-Anzeigen

Schlafst. f. anst. H. z. verm. Dal. Mittagstisch. Friedrichstr. 6. 4486

Konsumverein Merseburg u. Umg.

e. G. m. b. H.

Zum sofortigen Antritt wird eine möglichst

unabhängige Frau gesucht.

Meldungen im Kontor, Laucharädterstraße 18.

*2192 **Der Vorstand.**

---

2 zuverlässige Packerinnen

per **sofort** verlangt.

4575 **Alex Michel.**

Die Botano-Trinkkur

Das einzigartige Mittel (Patent-Botano)

bei Zuckerkrankheit, Gicht, Rheumatismus, Herzleiden, Nervenleiden, Blutarmleiden, Wassersucht usw.

Wenn Sie schon andere Mittel ohne zufriedenstellenden Erfolg benutzt haben, so trinken Sie jetzt mal Botano“. Kräftig, bekömmlich und bewährt seit 25 Jahren. Viele Anerkennungen. Prospekte und Aufklärungsschrift gratis. Ein Originalpaket nur 1.50 Mark, von 4 Paketen an franko.

Botano-Werke, Abteilung Postfach 210/11 **Breslau II**

*2196

Michel

Michel—Brikets

anerkannt beste Marke.

Jahresproduktion 100 000 Waggons

Zu haben beim *1934

Halleschen Kohlen- und Brikett-Kontor

Merseburgerstrasse, Ecke Schmiedestr. — Tel. 9089 —

u. **Allgemeinen Konsumverein** und dessen Filialen.

Keine Fleischnot!

P. Kuhn's Fleisch-Zentrale,

Schülerstraße 19 — Am Markt,

verkauft bis auf Weiteres: *2195

Schweinefleisch . ℔ 80 ₰ | **Gehacktes** (halb u. halb) ℔ 70 ₰

Hammelfleisch ℔ 80-90 ₰ | **Knoakwurst** . . . ℔ 80 ₰

Rot-, Leber- und Schwartenwurst Pfd. 70 Pfg.

Alles andere wie bekannt billigst.

Die Polizei hat mir vor 8 Tagen mein Firma-Schild entfernt; ich befinde mich seit dieser Zeit in gesetzwidrigem Zustande.

Ich bitte meine werte Kundschaft bei Einkäufen darauf achten zu wollen, daß sich meine Filiale

Mansfelderstr. 62

befindet, in dem Laden

ohne Firma.

4569 Hochachtend

Max Fricke,

Pantoffel-Fabrik.

Trothaer Strasse 69.

Teleph. 1879. Teleph. 1879.

4576

Tischlampen

mit guten Brennern sehr billig.

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Waschgefäße, dauerhaft, billigst. **Zander,** Gr. Klausstraße 12.

Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Tafel- 10% Kolli fr. Nachn. Mk. 9.50
Butter: Blumenhonig „ 6.00
Zur Probe ½ Butter, ½ Honig „ 7.75
*2037] Epstein, Tluste 15, Oesterreich.

+ Frauen +

erhalten bei Störungen, Stockungen etc. die besten Präparate billigst. Erste und älteste Marke der Welt. 4567

Spül-Apparate wie sie sein sollen, enorm **billig.** Schon von 1.35 an. Gute 2.50. Beste 3.50—6.50.

Briefl. Auskunft geg. 20 Pfg. Briefmarken.

Diskreter Versand.

Dr. med. Ernst Geyer & Co.

(Sanitas-Depot)

Halle a. d. S., Leipzigerstr. 11, Kleiner Sandberg, gegenüb. Ulrichskirche.

Eingang Kein Laden. Frauenbedienung.

Gelegenheitskauf!

Pelz-Stolas

alle Arten, billigst.

4358 **Kl. Ulrichstraße 15.**

Lumpen, Knoch., Eisen, Metalle, Champagnerflaschen kauft stets zu Tagespreisen **J. Sternlicht,** *2144 Alter Markt 11, Telephon 1388.

Apollo-Theater.

Gastspiel **Exl's Tiroler Bühne.**

von Leitung: Direktor Ferdinand Exel aus Innsbruck.

Heute, Montag, abds. 8.10 Uhr: I. Anzengruber-Abend.

4570 **„Der G'wissenswurm“,**

Bauern-Komödie in 3 Akten von Ludwig Anzengruber.

Dienstag den 4. November: „Jägerblut“.

4566

Diese Möbel-Einrichtung

als:

2 Bettstellen
2 Matratzen
2 Kellkissen
1 Kleiderschrank
1 Vertiko
1 Spiegel
1 Tisch, 2 Stühle
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
1 Küchenstuhl

ist nebst vielen anderen in meinen Musterzimmern ausgestellt. Ich liefere diese auf **bequeme Teilzahlung** mit einer Anzahlung

von **30** Mark

Wochenrate . . . 2 Mark
Fester Preis . . . 312 Mark

nur bei

Carl Klingler,

11 Leipzigerstraße 11

I. Etage

Eingang Sandberg

Wasch-Gefässe, dauerhaft und billig, Lagerbestand über 600 Stück.

— Transport frei Haus. —

Badewannen von 3 Mk. an, **Waschwannen** von 5 Mk. an, **Brühfässer** m. Deckel v. 4 Mk. an, **Schrubbfässer,** Stück 60, 75, 90 Pf.

Böttcherei Bahnhofstraße 1, 18 dicht am Markt.

— Gegründet 1883. —

Ein gut verzinsl. Hausgrundst. mit Obstgarten in nächster Nähe Halle sofort zu verkaufen. 4482 Offerte u. V. H. 280 an d. Exped. des Blattes. Agenten verbeten.

Ein Kind frei Mittw. u. Sonnab. 4574.

Kaiser-Panorama

Gr. Ulrichstr. 4/6.

Berner Oberland.

Stadttheater Halle (S.)

Fernruf 1181.

Direktion: Geh. Hofrat Richards.

Dienstag den 4. Novemb. 1913

60. Vorst. im Abonn. 4. Viert.

Der fliegende Holländer.

Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

Kassenöffnung 7, Anfang 7½ Uhr, Ende 10¼ Uhr.

Mittwoch den 5. Nov. 1913:

61. Vorst. im Abonn. 1. Viert.

Novität! Novität!

Zum 1. Male:

Kleiner Krieg.

Ein heiteres Spiel aus schwerer Zeit, in 4 Akten von Ludwig Rohmann.

Vorzugskarten der Literarischen Gesellschaft haben Gültigkeit.

Schlager für Halle!

Wild-West

im *2197

Altenburger Hof.

Freyberg-Bier Glas 15 ₰.

Seefische

lebendfrisch und billig.

Grüne Heringe	Pfund	19 ₰
Kabeljau ohne Kopf	Pfund	27 ₰
Schellfisch ohne Kopf	Pfund	28 ₰
Karbonaden bratfertig	Pfund	35 ₰
Goldbarsch	Pfund	23 ₰
Bratschollen	Pfund	28 ₰

Frische Nordsee-Krabben

¼ Pfd. 15 Pf., ½ Pfd. 25 Pf.

Ostsee-Sprotten Kiste nur **68** Pf.

Nordsee,

4573 Gr. Ulrichstr. 56.

Telephon 3788 und 1275.

Täglich **frische ff. Plankuchen,** gefüllt u. ungefüllt.

Ferner große Auswahl in **Tee-, Wein- und Kaffeegebäck.**

Brot groß und kräftig.

Bäckerei u. Konditorei **H. Thomas,**

Glauchaerstr., Ecke Kaiserstadtstr. 1, 4467] am Hospitalplatz.

Konsumverein Eilenburg und Umgegend

e. G. m. b. H.

Vermögens-Bilanz am 30. Juni 1913.

Aktiva.	M.	Passiva.	M.
Grundstücks-Konto	79 770.00	Reservefonds-Konto	17 289.00
Maschinen-Konto	3 375.00	Dispositionsfonds-Konto	13 651.04
Inventar-Konto	6 124.00	Spareinlagen-Konto	92 004.58
Wagen- und Geschirr-Konto	1.00	Rabattguthaben-Konto	51 671.71
Pferde-Konto	1.00	Mitglieder-Anteilkonto I	59 059.51
Depositen-Konto	4 000.00	Mitglieder-Anteilkonto II	36.03
Sparkassen-Konto	1 969.73	Hypotheken-Konto	30 500.00
Waren-Konto	75 474.93	Kreditoren-Konto	9 524.46
G. E. G. Spar-Konto	29 206.15	Kautions-Konto	4 000.00
G. E. G. Anteil-Konto	4 669.10	Reingewinn	10 369.57
G. E. G. Bank-Konto	21 200.41		
Bank-Konto M. B.	35 387.35		
Verlagsgesellschafts-Konto	10 000.00		
Volksfürsorge-Konto	2 400.00		
Emballage-Konto	50.00		
Rückgewähr-Vorschuß-Konto	3 763.60		
Kasse-Konto	10 236.98		
Weberei-Genossensch.-Anteilkonto	474.65		
Summa	288 105.90	Summa	288 105.90

Mitglieder-Bewegung:

Zahl der Mitglieder am 1. Oktober 1912		2169
Neu eingetreten		179
Summa		2348
Es schieden aus:		
a) Wegen Fortzuges	39	
b) Infolge Kündigung	29	
c) Durch Tod	18	
d) Durch Ausschluß	25	111
Mitgliederzahl am 30. Juni 1913		2237
Die Mitgliederanteile betrugen am 1. Oktober 1912		56 049.38 Mk.
Sie vermehrten sich um		3 046.16 „
Mitgliederanteile am 30. Juni 1913		59 095.54 Mk.
Die Haftsumme der Mitglieder betrug am 1. Oktober 1912		65 070.00 Mk.
Zunahme 68 × 30		2 040.00 „
Haftsumme am 30. Juni 1913		67 110.00 Mk.

Eilenburg, den 26. September 1913. *2194

Der Vorstand: Schmidt. Burckhardt. Klingner.

Die vorstehende Vermögensbilanz, sowie die Verlust- und Gewinnrechnung haben wir mit den ordnungsgemäß geführten Büchern verglichen und für richtig befunden.

Der Aufsichtsrat. J. A.: Hermann Bachelebb, Vorsitzender.

Der gute Schriftführer und Berichterstatter.

Ein Hilfsbuch für alle in der Arbeiterbewegung schriftlich Tätigen.

Von Wilhelm Riepekohl.

Preis 60 Pfg., Porto 10 Pfg.

Zu beziehen durch alle Austräger und die

Volksbuchhandlung,

Halle (Saale), Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191311 04-11/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 259 — Halle (Saale), Dienstag den 4. November 1913 — 24. Jahrg.

Patriotische Spekulanten.

Noch ein Schmier- und Schieberprozeß.

F. St. Berlin, 2. November 1913.

Wie es zugeht, wo Kanonen gegossen werden, zeigt uns der Krupp-Prozeß. Daß es nicht anders ist, wo man Kanonen ausprobiert, hat uns zur rechten Zeit der Prozeß um den Zossener Schießplatz bewiesen, der am Donnabend mit der landesüblichen Verurteilung eines unbequemen Anklägers zu einer empfindlichen Gefängnisstrafe endete. Das Gericht hat den Schriftsteller Sebaldt unter ausdrücklicher Anerkennung seiner „patriotischen Motive" zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich in seiner Kampagne gegen die Terrainspekulanten des Zossener Schießplatzes in der Person geirrt hatte, welchen Irrtum er auch am Ende der Verhandlung offen eingestand.

Es steht also fest, daß der Geheime Kriegsrat Selle nicht derjenige Beamte des Kriegsministeriums ist, der eine amtliche Kenntnis der bevorstehenden Terrainkäufe dazu benützt hat, Bauern, Fiskus und Steuerzahler zu prellen. Vom formaljuristischen Standpunkt aus war damit das Interesse an den Ergebnissen der Beweisaufnahme erschöpft, und der Angeklagte, der, wie er selbst sagte, aufs Geratewohl einen Beamten herausgegriffen hatte, um endlich eine öffentliche Verhandlung zu erzwingen, war reif zur Verurteilung. Für die Oeffentlichkeit liegt aber die Sache anders als für das Gericht.

Nach der Verhandlung steht fest, daß die Grundstücke, die der Fiskus zur Anlegung des Zossener Schießplatzes benötigte, ihren Besitzern von Terrainspekulanten billig abgekauft und teuer an den Fiskus weiter verkauft wurden. Die Spekulanten, die den Kreisen der Wissenden angehörten, „verdienten" an dem Geschäft Millionen; der Bürgermeister von Zossen allein, Dr. Wirth, mußte zugeben, daß er mit einem Vetter gemeinsam Terrains für 51 000 Mk. gekauft und sie für 249 000 Mk. an den Fiskus weiter verkauft hatte, wobei sein Beuteanteil mehr als 100 000 Mk. betrug. Der Herr Bürgermeister, der nach seinen eigenen Angaben vor diesem Geschäft vollständig vermögenslos war, ist heute ein reicher Mann. Und ebenso wie er haben verschiedene andere Personen, die in der öffentlichen Verwaltung stehen, Nutzen aus dem unsauberen Geschäft gezogen, das nur möglich war durch eine behördliche Indiskretion!

Auch der bekannte konservative Generalmajor a. D. v. Loebell sah sich genötigt, als Zeuge zu erklären: „Die Bauern, die um ihre wohlverdienten Gewinne gebracht wurden, tun mir aufrichtig leid. Es ist nur so zu erklären, daß die betreffenden Spekulanten Informationen erhalten haben müssen." Und der Senatspräsident Dr. Queck gab seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß ihm gerade jene Stücke seines Jagdguts von Zwischenhändlern abgekauft wurden, die das Kriegsministerium, wie sich später herausstellte, besonders dringend brauchte. In einem Gespräch, das er mit Professor Hending führte, war von den Spatzen die Rede, die gewisse Dinge von den Dächern pfeifen, und kam man zu der Ueberzeugung: „Hier ist nicht alles mit rechten Dingen zugegangen."

Herrn v. Loebell tun die Bauern leid, die ihre Grundstücke für ein Fünftel dessen hergaben, was die Schieber nachher einsackten. Uns tun die deutschen Steuerzahler noch mehr leid, die den Zossener Schießplatz mit 17 Millionen Mark ungefähr fünfmal überzahlen mußten. Die Leute, die unter Ausnutzung eines ihnen bekannt gewordenen amtlichen Geheimnisses jene Zwischenkäufe vornahmen, haben zu ihrem eigenen Vorteil das Reich um Millionen und Abermillionen geschädigt.

Aber noch sind die unterirdischen Verbindungen, die vom Kriegsministerium zu den Spekulanten führten, nicht aufgedeckt, und den „aus patriotischen Motiven" unternommenen Versuch, sie bloßzulegen, hat der Schriftsteller Sebaldt mit drei Monaten Gefängnis zu büßen. Damit ist die verletzte preußische Rechtsordnung in ihrem schönen Gleichgewicht wieder hergestellt. Die Spekulanten behalten natürlich ihre unrechtmäßig erworbenen Reichtümer, und das Geschäft, das ja nicht in Zossen allein betrieben wurde und betrieben wird, kann weiter blühen!

Im allgemeinen bleibt es danach immer noch sicherer und einträglicher, im großen Sumpf der Korruption mitzuplätschern und fleißig im Trüben zu fischen, als gegen die Korruption Krieg zu führen. Man nehme einmal an, der Fall Krupp wäre von einem Journalisten in der Presse aufgedeckt worden, zweifellos hätte die Affäre mit seiner schweren Verurteilung wegen Beleidigung geendet, denn irgendetwas hätte sich in seinen Angaben ja doch gefunden, das er, selbst wenn es richtig war, nicht bis zum Tüpfelchen auf dem i beweisen konnte. Und wäre dieser Journalist ein Sozialdemokrat gewesen, dann wäre ja wohl auch der mildernde Umstand der „patriotischen Motive" weggefallen, dem der Schriftsteller Sebaldt die gnädige Strafe von nur drei Monaten verdankt. (Der Staatsanwalt hatte neun beantragt!)

Aus solchen Erscheinungen kann der glückliche Bewohner des preußisch-deutschen Vaterlandes doch nur diese Lehre ziehen: Es ist zwar vieles faul im Staate Preußen, von Essen bis Zossen riecht es an vielen Orten nach Schmierseife — aber hüte dich, davon zu sprechen. Hüte dich, gegen Zustände anzukämpfen, die dem Wohl des Ganzen abträglich sind, du fliegst für deinen Patriotismus unbarmherzig ins Loch. Herr Sebaldt kann im Gefängnis drei Monate lang darüber nachdenken, daß auch ein Patriot sich für die Küchengeheimnisse des Kapitalismus nicht allzu neugierig interessieren darf. Die Richter haben ihn verurteilt, nicht in Beugung des geschriebenen Rechts, im Gegenteil ganz im Sinne der formalistischen Buchstabengerechtigkeit, der sie selber untertan sind. Aber das Rechtsgefühl des Volkes bäumt sich empört auf. Drüben im andern Saal, wo der Krupp-Prozeß verhandelt wird, hört man Zeugen, die längst auf die Anklagebank gehören, anmaßende Reden führen, hier schleppt man einen ins Gefängnis, der die kapitalistische Korruption bekämpft.

Gerechtigkeit im kapitalistischen Klassenstaate!

Volkswirtschaftliches.

Das mit Blut bedeckte Gold.

Die Lena Goldfield-Ges., die durch die Niedermetzelung von 270 Arbeitern und Verwundung von 250 weiteren Arbeitern weltbekannt wurde, läßt jetzt ihren Bericht für 1911-12 veröffentlichen, aus dem der Einfluß des drei Monate langen Streiks ersichtlich ist. Die Gesellschaft erhielt in diesem Jahre ungefähr 494 Pud und 26 Pfund Gold gegen die erwarteten 687 Pud und 35 Pfund; die Geldeinnahme stellte sich also auf 9,19 Millionen Rubel, während sie eine Ausbeute von 12,81 Millionen erwartete. Der Ausfall beträgt 3,62 Millionen Rubel oder fast 40 Prozent. Das erklärt sich nicht nur infolge des Streiks, der ein Vierteljahr gedauert hat, sondern auch dadurch, daß die neuen Arbeiter unerfahren waren und eine geringe Arbeitsproduktivität entwickelten.

Der Bericht weist ferner als „zufällige Verluste" über 2,12 Millionen Rubel auf, so daß auf Kosten des Streiks 1,28 Millionen gesetzt werden. Ein großer Teil der übrigen „zufälligen Verluste" ist wohl in die Taschen der Polizei, der Soldateska und der Behörden geflossen, als Belohnung für das Blutbad, und um dann die Blutspuren zu verwischen. Der Gewinn der Gesellschaft stellte sich in diesem Jahre auf 1,7 Millionen gegen 5,27 Millionen Rubel im vorigen Jahre. Der ganze Gewinn, einschließlich des vorjährigen Vortrages und 385 700 Rubel aus der Reserve, werden zur Deckung des Verlustes verwendet.

Der Streik hat also auch der Gesellschaft empfindliche Verluste gebracht. Sie hat wahrscheinlich einen solchen hartnäckigen Widerstand der Arbeiter nicht erwartet, als sie den Streik provozierte; ebenso wie ihre Helfershelfer, die Regierungsbeamten, nicht voraussehen konnten, daß das Lenablutbad die Arbeiter nicht nur nicht abschrecken, sondern vielmehr erst recht zu neuen Kämpfen anfeuern werde. Hoffentlich werden auch die neuen Arbeiter die Ausbeutung dieser Gesellschaft Schranken setzen.

Gewerkschaften und Stadtverordnetenwahl.

Neben dem Gemeindearbeiterverband haben in den letzten zwei Jahren noch zahlreiche andere Gewerkschaften, wie die der **Bauarbeiter, Steinsetzer, Glaser, Transportarbeiter, Handlungsgehilfen** u. a. zu spüren bekommen, wie sehr die Arbeiter als Organisation und persönlich an einer gründlichen Aenderung der reaktionären Zusammensetzung der Stadtverordneten-Versammlung interessiert sind. Auch die zahlreichen Eingaben des Gewerkschaftskartells bewiesen ständig, welch enge Beziehungen gewerkschaftliche Kämpfe und Kommunalpolitik zu einander haben. Die Gewerkschaftsgenossen müssen deshalb ein ganz besonderes Interesse daran haben, sich Einfluß auf die Verwaltung der Kommune zu sichern, weil der gewerkschaftliche Kampf um die Hebung der Lage der Arbeiterklasse wesentlich gefördert werden kann, wenn in den Kommunen gleichfalls in dieser Richtung gearbeitet wird.

Da haben wir zunächst die

Stadt als Arbeit„geber".

Halle ist im Besitz der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Vieh- und Schlachthof sind errichtet, eine Straßenbahn ist in den Besitz der Kommune übergegangen, die Straßenreinigung ist übernommen usw. Ein großes Heer von Arbeitern und Angestellten wird von der Kommune beschäftigt. Es kommt nun darauf an, wie diese Leute bezahlt werden; wie lange sie arbeiten müssen, wie sie behandelt werden, welche sanitären Maßnahmen für sie getroffen sind, um auch nach außen hin vorbildlich dazustehen.

Bleiben die Verhältnisse für die städtischen Arbeiter nach wie vor schlecht, so wird das private Unternehmertum ohne weiteres diese schlechte Bezahlung, lange Arbeitszeit usw. als **nachahmenswert betrachten und sich danach einrichten.**

Werden diese Arbeitsverhältnisse aber gründlich gebessert, so wird sich das Unternehmertum allerdings nicht dazu herbeilassen, sie sofort nachzuahmen, aber ein gewisser Einfluß wird doch dadurch ausgeübt. Ganz besonders aber ist es für die Gewerkschaften viel leichter, unter Hinweis auf die bessere Bezahlung, kürzere Arbeitszeit usw., Verbesserungen herbeizuführen.

Bei Vergebung von städtischen Arbeiten

hat es die Kommunalverwaltung ebenfalls in der Hand, darauf zu sehen, daß bei Firmen, wo bereits Abkommen mit den Gewerkschaften getroffen sind, diese auch eingehalten werden, andernfalls kann sie dafür sorgen, daß den Arbeitern angemessene Löhne usw. garantiert werden. Welche Schwierigkeiten in solchen Fällen durch die reaktionär gesinnte Stadtverwaltung gemacht werden können, haben die Bauarbeiter beim Streik am Tafelwerder und bei den Arbeiterentlassungen am Kanalbau anläßlich des Blumenkorsos verspürt. Auch den Steinsetzern wird das arbeiterfeindliche Verhalten der Stadtverordneten bei der großen Steinsetzer-Aussperrung und bei dem letzten Konflikt mit Steinsetzmeister May noch lebhaft in Erinnerung sein, und die Glaser bekamen im Frühjahr, als sie eine Petition wegen städtischer Arbeiten einreichten, auch die reaktionäre Gesinnung vom Herrn im Hause gehörig zu merken. — Alles Gründe zu einer kräftigen Abrechnung!

Ein wichtiges Kampfesziel der Gewerkschaften ist auch

der städtische Arbeitsnachweis,

der auf paritätischer Grundlage durchgeführt werden muß.

Leider hat die Arbeiterschaft es verlernt, den Arbeitsnachweis als Kampfmittel zu gebrauchen; sie hat sich dieses wirksame Kampfmittel von den Fabrikanten aus der Hand winden lassen.

Die Handwerksgesellen des Mittelalters hatten es weit besser verstanden, die Verkaufsstellen für ihre Ware „Arbeitskraft" selbst zu verwalten.

Die Arbeitsnachweise in den Fabrikantenvereinen sind jetzt Maßregelungsinstitute in des Wortes vollster Bedeutung.

Schwerste Strafe demjenigen, der andere an der freiwilligen Arbeit hindert, sagte der deutsche Kaiser, aber hieran stören sich weder die Fabrikantenvereine noch der Staatsanwalt, indem er gegen eine solche Verhinderung, wie sie hier offen zutage liegt, einschritte.

Um diese Waffe des Unrechts zu beseitigen, muß mit aller Energie dafür eingetreten werden, daß der kommende Arbeitsnachweis errichtet wird, wie das die neueste Petition des Gewerkschaftskartells fordert.

Es besteht bereits eine große Anzahl kommunaler Arbeitsnachweise. Andere werden mit kommunaler Unterstützung, aber auf paritätischer Grundlage, betrieben.

Auf dieser Bahn muß weiter gearbeitet werden, das kann aber nur geschehen, wenn wir uns den notwendigen Einfluß in der Stadtverordnetenversammlung sichern.

Neben dem Arbeitsnachweis ist auch die Schaffung einer

kommunalen Arbeitslosenversicherung,

wie sie jetzt wieder von den Gewerkschaften beantragt wird, schon lange ein dringendes Erfordernis. Ihre brutale Abwürgung muß jeden Hallischen Arbeiter zu eifrigster Agitation für unsere Kandidaten anreizen. Der Kampf, der im Stadtverordnetensaale über die brennende Frage der Arbeitslosenversicherung aufs neue losbrechen wird, muß energische Streiter für Arbeiterinteressen auf den Sitzen der jetzigen Reaktionäre finden.

In Zeiten der Krise für

Notstandsarbeiten

zu sorgen, ist ebenfalls Aufgabe einer weitsichtigen Kommunalverwaltung. Diese Notstandsarbeiten verhindern einesteils das zu starke Drücken auf die Löhne der in Arbeit stehenden Arbeiter, anderenteils werden die Arbeitslosen vor der größten Not bewahrt und auch die Gewerkschaftskassen entlastet. Die Verweigerung solcher Arbeiten, die hier keine besondere Ausgaben, sondern noch Ueberschüsse gebracht hätten, muß den schärfsten Widerspruch der leidenden Familienväter hervorrufen. Stadtverordnetenwahl ist Abrechnungstag!

Von großer Bedeutung für die Gewerkschaftler ist auch die Festsetzung der

ortsüblichen Tagelöhne,

bei der die städtischen Körperschaften mitwirken.

Der ortsübliche Tagelohn ist das mindeste, was einem Arbeiter ohne Vereinbarung gezahlt werden muß. Auch kommt der Lohnsatz in Betracht bei Festsetzung der Unfallrenten. Je höher der ortsübliche Tagelohn, je mehr beeinflußt er auch die wirklichen Löhne der Arbeiterschaft. Man wird doch niemanden zumuten wollen, noch unter dem ortsüblichen Tagelohn zu arbeiten.

Die Arbeiterschaft hat aber auch das größte Interesse an dem **Ausbau der Gewerbegerichte.** Nicht allein wegen der schnellen und billigen Erledigung von Forderungen aus dem Arbeitsverhältnis, sondern ganz besonders deshalb, weil die Gewerbegerichte auch berufen sind, in gewerblichen Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und Unternehmern über die Bedingungen über Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Arbeit als

Einigungsamt

zu dienen.

Seit Jahren schon bemüht sich die organisierte Arbeiterschaft durch Abschluß von Tarifverträgen stabile Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Es kommt hierbei oft vor, daß Tarife von den Unternehmern nicht gehalten werden. Werden aber Tarife vor dem Gewerbegericht abgeschlossen, so haben sie bindende Kraft und einem solchen Abschluß ist immer der Vorzug zu geben.

Die Gewerbegerichte sollen aber auch auf Erfordern Gutachten abgeben und haben das Recht, selbständige Anträge an Kommunalverwaltungen und gesetzgebende Körperschaften zu stellen, soweit diese Anträge das Arbeitsverhältnis oder gewerbliche Fragen berühren.

Das macht ebenfalls dem Gewerkschaftler zur Pflicht, überall für den Ausbau der Gewerbegerichte einzutreten, was am wirksamsten geschieht, wenn in der Gemeindevertretung auch Vertreter der Arbeiterschaft sitzen. Dann wird man die Mißachtung des Gewerbegerichts durch die Hallische Stadtverwaltung, die sich wieder in der Ablehnung der Delegation zum Verbandstag der Gewerbegerichte deutlich zeigte, endlich überwinden können. Diese Mißachtung ist um so krasser, als für andere arbeiterfeindliche Vereinigungen stets Geld bewilligt wird.

Dem Gewerkschaftler kann aber auch die **Volksbildung** nicht gleichgültig sein.

In den Gewerkschaften gibt man sich durch Kurse aller Art die größte Mühe, das in der Schule Versäumte nachzuholen. Unsere Volksschule steht durchaus nicht auf der Höhe, wie das der Hallische Lehrerverein erst kürzlich ausdrücklich feststellte. Auch das

Fortbildungsschulwesen

muß bedeutend gehoben werden, wenn es den Anforderungen genügen soll, die daran gestellt werden müssen. Aber statt den Besuch dieser für das Fortkommen der Arbeiter so notwendigen Einrichtung zu erleichtern, begeht man in Halle die allerrückschrittlichste Tat, indem man Schulgeld für die Fortbildungsschulen einführt! Dieses Schulgeld sollte zwar nach dem Ortsstatut von den Unternehmern getragen werden, aber die haben es sehr bald verstanden, die Last auf die armen Eltern der Schüler abzuwälzen. Das Gewerkschaftskartell hat massenhaft Beweise dafür geliefert, aber die beantragte Aufhebung dieser lästigen Abgabe wurde abgelehnt, und auch die Bestrafung der Unternehmer, die rechtswidrig die Schulgeldlast den Arbeitereltern aufhalsen, wurde rücksichtslos niedergestimmt. Ohne daß die Schuleinrichtungen verbessert wurden, müssen jetzt die Arbeiter mehr bluten, als bisher.

Ein großes Interesse hat aber auch der Gewerkschaftler an der Erhaltung und Hebung der Volksgesundheit. Um diese zu erhalten und zu fördern, ist es in Halle vor allem erforderlich, für gesunde und

billige Arbeiterwohnungen

zu sorgen. Die Tuberkulose, dieser Würgengel der Menschheit, fordert jährlich Hunderttausende Opfer, diese Zahl kann aber ganz gewaltig herabgedrückt werden, wenn die Gemeinden in diesem Sinne wirken, ganz besonders den Bau von Arbeiterwohnungen in die Hand nehmen.

Die Stadtverwaltung hat zwar durch Wohnungsinspektorinnen das Elend der Hallischen Arbeiterwohnungen feststellen lassen. Aber Abhilfe zu schaffen, dazu macht sie keinen Finger krumm! Die Arbeiter haben im Gegenteil die vergeblichsten Anstrengungen gemacht, um Mietserhöhungen, die man mit dem Einschreiten der Stadt begründet, abzuwehren, wie das der Fall der Löstschen Mietkasernen beweist.

Aber nicht weitere Schädigungen sondern Verbesserungen ihrer Lage erwarten die Arbeiter von der Stadtverwaltung. Sie dazu zu zwingen, alle die praktischen und naheliegenden Forderungen der Gewerkschaften nach und nach zu erfüllen ist nur möglich, wenn eine starke sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion ins Rathaus einzieht. Die Gewerkschaftsgenossen haben deshalb alle Veranlassung, den Wahlaufruf zu befolgen, den kürzlich eine der hiesigen großen Gewerkschaften erließ, indem sie sagte:

Alle unsere wahlberechtigten Mitglieder **sind verpflichtet, zur Wahl zu gehen und die**

Arbeiterkandidaten

zu wählen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191311 04-11/fragment/page=0005

Gewerkschaftliches.

Streikbrecheragent Hesberg, die vornehmste Staatsstütze.

Die renommierteste Firma für die Lieferung von Streikbrechern ist bekanntlich A. J. H. Hesberg in Blankenese bei Hamburg. Nicht nur liefert er den Privatunternehmern Streikbrecher jeder Qualität und für jeden Beruf, auch der besonderen Gunst städtischer Behörden erfreut er sich. Im Stettiner Hafen schaltet und waltet er und seine Zutreiber als souveräner Herr und schreckt vor keinem Mittel zurück, um etwa widerspenstige Arbeitswillige zur Arbeit zu bringen. Anscheinend hat Hesberg auch mit Stadtverwaltungen anderer Städte bereits geschriebene Verträge, wonach er sich zur Lieferung von Streikbrechern verpflichtet. Von der Münchner Stadtverwaltung wird das vermutet. Dort soll Hesberg auf eine Offerte hin, daß er mit Erfolg bei Gasarbeiterstreiks speziell in Hamburg, Kiel, Hildesheim und Mailand Streikbrecher geliefert habe, die Lieferung von Streikbrechern für die Gasanstalt bei einem eventuellen Streik übernommen haben. Die sozialdemokratische Rathausfraktion wird in Form einer Anfrage darüber Aufklärung verschaffen.

In einer Stettiner Stadtverordnetenversammlung erklärte der Oberbürgermeister auf eine Anfrage aus den Reihen der Stadtverordneten über die moralische Qualifikation des Herrn Hesberg, daß man sich genau über den neuen Pächter des Freihafens erkundigt und nur gute Auskunft erhalten habe.

Die Gewerkschaft, Organ des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes gibt nun in ihrer letzten Nummer vom 31. Oktober folgende Darstellung über die moralische Qualität Hesbergs:

„Wir stellen fest, daß Herr Adolf Julius Heinrich Hesberg am 28. April 1871 im Hamburg geboren, sein Vater dänischer Untertan, Hesberg selbst wegen seiner Strafen aus Hamburg ausgewiesen ist. An Strafen hat er erhalten: 1889 in Leipzig wegen Betrugs ein Jahr vier Monate, 1901 in Duisburg wegen Betrugs zwei Jahre, 1901 in Düsseldorf wegen Betrugs zwei Jahre sechs Monate, 1902 in Düsseldorf wegen Unterschlagung sechs Monate Gefängnis. Außerdem noch kleinere Strafen wegen ruhestörenden Lärms, Widerstands gegen die Staatsgewalt, verbotswidriger Rückkehr usw."

Das wäre ein Witz der Weltgeschichte: Dieser überempfindliche Herr, der, wenn seine menschenfreundliche Tätigkeit auch nur annähernd mit dem richtigen Namen genannt wird, sofort zum Kadi läuft, um seine ramponierte Ehre reparieren zu lassen, in so inniger Bekanntschaft mit dem Strafrichter! Diese Strafdelikte werden sich ja in den nächsten Tagen bei Prozessen, die Hesberg gegen verantwortliche Redakteure der Partei- und Gewerkschaftspresse führt, leicht gerichtlich feststellen lassen. So muß sich wegen Beleidigung Hesbergs bald Genosse Lindow vom Transportarbeiterverbande verantworten. Uebrigens müßte Hesberg nach einem bisher streng befolgten Uebereinkommen auch aus Preußen ausgewiesen werden, wenn ihm der Aufenthalt in Hamburg verboten ist. Offenbar wird aber die nützliche Staatsstütze vom Arbeitgeberverband und vielleicht auch vom Hamburger Hafenarbeiterverein protegiert. Und wer solche Freunde hat, den verjagt man nicht aus preußischen Landen. Solche Staatsstützen braucht das preußische „Vater"land um seine Landeskinder gehörig zu peinigen und — aufzureizen.

Eine überaus harte Strafe für Beleidigung eines Arbeitswilligen durch das Wort Streikbrecher, die das Landgericht Erfurt am 3. April ausgesprochen hatte, indem es den Gewerkschaftsbeamten Karl Knöner zu fünf Monaten Gefängnis verurteilte, wurde jetzt vom Reichsgericht nachgeprüft. Die Fensterputzarbeiter hatten einen Streik begonnen, aber einer von ihnen, der Arbeiter M., hatte schon am zweiten Tage des Streikes die Arbeit wieder aufgenommen. Der Angeklagte, der bei der Leitung des Streikes beteiligt war, hatte dies erfahren und ging mit einem anderen Streikenden namens B. in die Wohnung des M. Er traf nur die Frau des M. an, auf deren Veranlassung M., wie man ihm gesagt hatte, die Arbeit wieder aufgenommen hatte. Der Angeklagte machte ihr deshalb Vorwürfe, erhielt aber von Frau M. zur Antwort, daß ihr Mann seine Familie erhalten müsse. Auf die Frage des Angeklagten, ob ihr Mann denn wisse, was er sei, antwortete Frau M.: Ein Hund, der meinen Mann einen Streikbrecher nennt! Hierauf erwiderte der Angeklagte: Ihr Mann ist ja einer! In diesen Worten hat das Gericht die Beleidigung des arbeitswilligen M. erblickt, indem es ausführte: Das Wort Streikbrecher ist so ziemlich der derbste und gröbste Ausdruck der Verachtung, der einem Arbeiter gegenüber gebraucht werden kann. Er soll bedeuten, daß der Betreffende ein Mensch ohne Verständnis für die berechtigten Interessen seiner Kameraden, ihrer Achtung durchaus unwürdig und ohne Ehrgefühl ist. Es handelt sich also um das schlimmste Schimpfwort, das einem Arbeiter gegenüber gebraucht werden kann. In solchem Sinne wird dieser Ausdruck allgemein bei den Streikenden gebraucht und als Ausdruck der größtmöglichen Verachtung ist er hier von dem Angeklagten gebraucht worden, der ihn zwar selbst nicht aussprach, aber doch bestätigte. Als Erschwerungsgründe führte das Gericht dann noch an, daß die Beleidigung während eines Streikes erfolgte, daß der Angeklagte bereits wegen Streikvergehens bestraft ist, daß der Angeklagte, um einen Druck auszuüben, den Zeugen R. mit in die Wohnung des M. nahm und daß er es nicht verschmäht hat, auf Frau M. dadurch einen Druck auszuüben, daß er sie an ein in der Vergangenheit liegendes für sie peinliches Ereignis erinnerte. Die Revision des Angeklagten wurde durch den Verteidiger vor dem Reichsgericht vertreten. Er führte aus, daß zu Unrecht § 185 statt des § 186 angewendet worden sei, ferner, daß zu Unrecht dem Angeklagten der Schutz des § 193 nicht zugebilligt sei. Das Reichsgericht erkannte jedoch mit Rücksicht auf die unanfechtbaren tatsächlichen Feststellungen auf Verwerfung der Revision, sodaß das harte Urteil bestehen bleibt.

Die Lichtdrucker-Tarifgemeinschaft 1911/12.

Das Tarifamt für das deutsche Lichtdruckgewerbe hat soeben seinen Geschäftsbericht über die ersten zwei Jahre der dritten Tarifperiode, die am 12. Februar 1911 begann und bis zum 31. Dezember 1915 dauert, veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß es mit Erfolg an der Erfüllung seiner Hauptaufgabe, der Ein- und Durchführung des neuen Zentraltarifs für die Lichtdrucker, gearbeitet hat. — Am Beginn der 3. Tarifperiode zählte das Tarifamt in Deutschland insgesamt 79 Lichtdruckfirmen mit 824 Beschäftigten. Bis zum Schluß des ersten Berichtsjahres schlossen sich infolge des Wirkens des Tarifamts oder nach Verhandlungen zwischen den Arbeitern und einzelnen Unternehmern 46 Firmen mit 686 beschäftigten Gehilfen der Tarifgemeinschaft an, im zweiten Berichtsjahr drei Firmen mit 19 Gehilfen, während eine Firma mit 40 Gehilfen wegen Aufgabe des Lichtdrucks wieder ausschied. Von den am Schluß der Berichtszeit festgestellten 78 Firmen mit 784 Gehilfen unterstanden demnach 48 mit 665 Gehilfen der Tarifgemeinschaft, das sind 61,5% aller Firmen und 84,8% der Gesamtgehilfenschaft. Schon diese Prozentziffern lassen erkennen, daß die der Tarifgemeinschaft noch nicht angehörenden 30 Firmen mit 119 Gehilfen meist kleine Betriebe sind; nur 11 beschäftigen mehr als 4 Gehilfen, alle andern weniger. — Die Durchführung des Tarifs ging gleich der Einführung verhältnismäßig glatt vor sich. Der neue Tarif sah die allmähliche Einführung des Achtstundentags vor. Zwei Berliner Firmen mit mehr als achtstündiger täglicher Arbeitszeit verkürzten gemäß den Versprechungen bei den Tarifverhandlungen die Arbeitszeit im 1. Berichtsjahr auf acht Stunden, sodaß der Achtstundentag am 1. Januar 1912 in Berlin allgemein durchgeführt war. In den übrigen Firmen trat laut Tarif am 1. Juli 1911 die 8¼stündige und am 1. Januar 1913 die achtstündige Arbeitszeit allgemein in Kraft. — Das Tarifamt fällte in einer Reihe von Tarifstreitigkeiten zwischen einzelnen Lichtdruckanstalten und Gehilfen Entscheidungen, durch die alle Streitfälle geschlichtet wurden. Zur Erledigung seiner Arbeiten hielt es zwölf Sitzungen ab. Die ihm in der Berichtszeit entstandenen Ausgaben von 885 Mark wurden je zur Hälfte durch die Firmen und durch die Gehilfen gedeckt.

Die Stettiner Streikfrage

erbeitet, ähnlich wie die in Rheinland-Westfalen seinerzeit, überaus fix. Unter dem Signum Eilt, Streikache werden die Anklagen wegen Arbeitswilligenbelästigung befördert. Am 30. Oktober standen zwei Arbeiter vor den Schranken des Gerichts, um sich wegen Hausfriedensbruchs, begangen dadurch, daß sie versucht haben sollen, in den Freihezirk einzudringen, zu verantworten. Der Sachverhalt ist folgender: Zwei ausmärtige Matrosen hatten abgemustert. Sie baten die beiden Arbeiter, von denen der eine ein Streikender ist, daß sie ihnen behilflich sein sollen, ihr Gepäck vom Schiff zu holen. Der Streikende suchte die Erlaubnis zum Betreten des Hafens bei einem Polizeiwachtmeister nach. Diese wurde erteilt. Nachdem sie nun einige Schritte weit gegangen waren, wurde ihnen das Betreten des Freihezirks verboten. Darauf entfernten sie sich sofort. Trotzdem sollen sie Hausfriedensbruch begangen haben. Im Termin erklärte der Vertreter der Staatsanwaltschaft und auch der Gerichtsvorsitzende, daß der Streikende höher bestraft werden müsse, als der andere Arbeiter. Dementsprechend verurteilte das Gericht den streikenden Hafenarbeiter zu 10 Mark, den anderen Arbeiter zu 3 Mk. Geldstrafe.

Erfolgreicher Streik der Gießereiarbeiter und Former in Bunzlau. Ende Juli sahen sich die Former und Gießereiarbeiter bei drei Firmen in Bunzlau veranlaßt, da die Unternehmer auf die geforderte Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung keine genügenden Zugeständnisse machten, den Streik zu beschließen. Es war das der erste Streik im Gießereigewerbe in Bunzlau. Die Arbeiter mußten einen harten Kampf aufstechten. Die bestreiten Unternehmer glaubten, die Arbeiter würden nicht standhaft sein, außerdem hofften sie, Arbeitswillige zu bekommen. Doch schon nach zweiwöchentlichem Streik sah sich eine der Firmen nach der andern veranlaßt, mit den Formern und Gießereiarbeitern Frieden zu schließen. Es kamen Vereinbarungen zustande, in denen zwar nicht alles erreicht, was die Streikenden wünschten, jedoch tritt eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit ein, so daß jetzt nur noch 56 bis 57 Stunden die Woche gearbeitet wird. Außerdem wurden Lohnerhöhungen erzielt.

Lohnbewegung der städtischen Arbeiter in Neukölln. Den Antrag der städtischen Arbeiter auf Abschluß eines Tarifvertrags lehnte die Stadtverordneten-Versammlung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ab. Die Vorlage einer neuen Arbeitsordnung wurde einstimmig angenommen.

Meidet die Berliner Paketfahrtgesellschaft. Die genannte Gesellschaft befördert nicht nur Waren im Bezirke Groß-Berlin, sondern darüber hinaus auch nach vielen Städten Deutschlands. Sie verbietet ihren Angestellten durchaus das Koalitionsrecht. Die Angestellten werden mit sofortiger Entlassung bedroht, wenn sich herausstellt, daß sie Mitglied des Transportarbeiterverbandes sind. Ferner gehen sie ihrer eingezahlten Kaution von 50 Mk. bei einem Streik verlustig. Die Vorstände der Berliner freien Gewerkschaften haben beschlossen, daß eine Gewerkschaft mit dieser Firma, die ihren Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthält, nicht in geschäftliche Verbindung treten kann. Da es nicht unwahrscheinlich ist, daß die Gesellschaft auch in andern Orten die Vorstände der Gewerkschaften mit ihrer Geschäftsempfehlung behelligt, so sei hiermit auf das koalitionsfeindliche Verhalten der Firma besonders hingewiesen.

Theaterstreik in London? Die Theatermusiker der Londoner Bühnen haben Forderungen auf höhere Löhne eingereicht. Wenn ihnen Erhöhung nicht zugestanden werden sollte, drohen sie mit dem Ausstande. Auch die übrigen Angestellten der englischen Theater beabsichtigen Forderungen einzureichen, sie werden eine Versammlung abhalten, in der diese Forderungen formuliert werden sollen. Ein großes Theater, die Convent Garden Opera hat die Forderungen der Musiker sofort bewilligt.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 3. November 1913.

Kein selbständiger Verein.

Wir haben unseren Lesern seinerzeit berichtet von dem Freispruch des Vertrauensmannes der Löbejüner Arbeiterradfahrer, der eine Strafverfügung über 20 Mk. erhalten hatte, weil er gegen die §§ 3 und 18 des Reichsvereinsgesetzes verstoßen haben sollte.

Jetzt liegt auch die ausführliche Begründung des freisprechenden Schöffengerichtsurteils vor; ihre wichtigsten Partien seien nachstehend wiedergegeben:

„Der Angeklagte hat bestritten, sich strafbar gemacht zu haben, er sei der an ihn als angeblichen Vorstand des Arbeiter-Radfahrer-Vereins in Löbejün gerichteten Aufforderung, die Satzung und das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes genannten Vereins binnen zwei Wochen nach Gründung des Vereins an die hiesige Polizeibehörde einzureichen, nicht nachgekommen, weil er — als Vertrauensmann — gesetzlich nicht dazu verpflichtet sei. Nach dem Gesetze, so hat er weiter angeführt, sei nur der Vorstand eines Vereins, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecke, zu einer derartigen Handlung verpflichtet, der hier seit Mai 1913 bestehende sogenannte Verein Arbeiter-Radfahrerbund sei aber ausweislich des überreichten Statuts nur eine Ortsgruppe des in Offenbach bestehenden Vereins und ermangele jeder Selbständigkeit, so habe er keine eigene Organisation, keine eigene Kassenführung, keinen besonderen Vorstand und kein besonderes Vermögen, und in Löbejün ihn nur als Vertrauensmann, sowie den Steinmetz Meißner als Kassierer; dieser nehme die Vereinsbeiträge ein, sende sie vierteljährlich nach Offenbach, von dort würden dann auch die Mitgliedsbücher ausgegeben und würde bestimmt, wenn ein Mitglied bei verzögerten dreimonatlicher Nichtzahlung des Beitrages zu streichen sei, er sei daher über den jeweiligen Stand der Mitglieder gar nicht unterrichtet, im übrigen bezwecke die hiesige Ortsgruppe nur die Geselligkeit beim Radfahren und entbalte sich jeder Einwirkung auf politische Angelegenheiten. Durch die Hauptverhandlung ist folgendes erwiesen: Wenngleich ein Zweifel darüber besteht, daß der Arbeiter-Radfahrerverein Solidarität, wo er auch immer sei, durchaus sozialdemokratischen Charakter hat, somit unter dem Deckmantel der Geselligkeit beim Radfahren als Zweck eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, so findet doch der obengenannte § 3 des Reichsvereinsgesetzes vorliegend keine Anwendung, weil nur ein Verein im Sinne dieses Gesetzes die dort festgestellte Verpflichtung hat, der Arbeiter-Radfahrerverein Solidarität aber, soweit er in Löbejün Mitglieder hat, tatsächlich nur eine Ortsgruppe nebst noch bestehenden, umfassenden Gau- und Bezirksgruppen darstellt. Eine Ortsgruppe eines Gesamtvereins kann aber nur dann als ein Verein angesehen werden, wenn sie eine eigene Vereinstätigkeit entfaltet, besonders eine eigene Organisation mit Vorstand, eigene Kassenführung und eigenes Vermögen besitzt (Jahrbuch des Strafrechts pp. 1912, Goergeai S. 333 Nr. 3). Alle diese Merkmale treffen hier nicht zu, die hiesige Ortsgruppe fördert nur das Vereinsleben des Gesamtvereins, sie ist nicht als Einzelverein anzusehen, weil sie in Ermangelung der obengenannten Merkmale ohne Selbständigkeit ist, dafür sprechen auch das eingereichte Statut und das eingereichte Mitgliedsbuch, sowie die eidlichen Bekundungen der Zeugen, die die auf die Organisation bezüglichen Angaben des Angeklagten bestätigen. Der Angeklagte war somit als der ihm zur Last gelegten Tat nicht überführt, freizusprechen. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last."

Die Arbeiterradfahrer unseres Bezirks tun gut, sich diese Urteilsbegründung aufzubewahren. Zumal sie trotz des klaren Sachverhalts und ungeachtet von zahlreichen freisprechenden Gerichtsentscheidungen doch immer noch gegen die Nadelstichpolitik der Strafverfügungen werden ankämpfen müssen.

Ueber pestilenzartigen Gestank

beschweren sich jetzt nicht nur allein die Bewohner der nördlichen Vororte von Halle, die deshalb nicht gut auf die Kröllwitzer Stinkl — pardon — Papierfabrik zu sprechen sind. In der Saale-Zeitung wurde kürzlich folgendes Eingesandt veröffentlicht:

„Dungstätten inmitten der Stadt.

Die Bewohner der Wilhelmstraße, Sophienstraße und Göthenstraße werden fortgesetzt durch den pestilenzartigen Gestank, welchen die Dungstätten des Landwirtschaftlichen Instituts erzeugen, in einer unerträglichen Weise belästigt. Es ist in diesen Straßen vollkommen unmöglich, die Fenster zu öffnen, wenn man sich nicht die Wohnräume verseuchen und außerdem noch der entsetzlichen Fliegenplage aussetzen will. Die Düngerhaufen bilden die Brutstätte von Millionen von Fliegen, welche sich in den benachbarten Straßen verbreiten.

Es ist unbegreiflich, daß die Behörde diese Zustände duldet und nicht schon längst darauf hingewirkt hat, daß die Düngerhaufen außerhalb der Stadt auf den der Universität gehörenden Aeckern angelegt werden."

Diese „Flucht in die Oeffentlichkeit" mißfiel einem anderen Leser des genannten Blattes, und er polemisiert dagegen in einem zwar ellenlangen, aber doch nicht ernst zu nehmenden Sermon, der so anhebt:

„War es nötig, daß diese an die Aufsichtsbehörde gerichtete Adresse den Umweg durch die Saale-Zeitung nahm? Ist der Einsender denn vorher an die Behörde wegen dieses von ihm so übel empfundenen und so groß hingestellten Mißstandes direkt herangetreten? Meines Erachtens hätte er letzteres doch erst tun sollen, bevor er jenen Schritt tat und erst, wenn das nicht half, war der Zeitpunkt gekommen, damit die breitere Oeffentlichkeit zu beschäftigen, und, selbst dann konnte sich immer noch erst der kommunale Bezirksverein, ev. auch der Bürgerverein für städtische Interessen und das Stadtverordnetenkollegium mit der Angelegenheit befassen. Der vom Einsender eingeschlagene Weg sollte nur beschritten werden, wenn ein instanzenmäßiger Weg nicht zum Ziele führt bezw. wenn es sich um Klärung von Meinungsverschiedenheiten in Sachen des öffentlichen Interesses handelt."

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Vorsichtskommissar in den Reihen der Bezirks- und Bürgervereinler zu suchen sein wird und private Interessen zu schützen hat, denn er fragt schließlich:

„Macht sich denn der Einsender nicht klar, daß er mit einer solchen übertriebenen Hinstellung eine ganze Gegend in Verruf bringen und schädigen kann?"

Also der gute Mann wäre wirklich nicht ernst zu nehmen, selbst wenn er nicht zu den Bürgervereinlern gehören sollte. Er erhebt wahrscheinlich auch keinerlei Anspruch darauf, andernfalls hätte er sich wohl kaum den Scherz erlaubt, der jetzigen Mehrheit des Hallischen Stadtverordnetenkollegiums zuzumuten, Beschwerde gegen eine staatliche Behörde zu führen.

Noch eins: Wie kommt der gute Mann überhaupt dazu, Erörterungen in der Presse über öffentliche Mißstände verbieten zu wollen?

---

* **Ihren Gesinnungsgenossen auf dem Rathaus** hat die Hallische Zeitung ein recht schlechtes Zeugnis ausgestellt, wenn sie in dem Bericht über die Generalversammlung des Vereins zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sagt: „Sodann wurde beschlossen, bei der Stadtverwaltung zu beantragen, daß die Milchküche des Vereins in städtische Verwaltung genommen wird, weil sie sowieso ein integrierender Bestandteil der Säuglingsfürsorgestelle geworden sei. Da die Milchküche in den letzten Jahren mit Gewinn gearbeitet hat, ist die Annahme des Antrages zu erwarten." Das konservative Organ traut also auf sozialem Gebiet der Hallischen Stadtverwaltung nicht mehr Initiative und Tatkraft zu, als sich selbst. Es meint zutreffend, daß „Liberale" sowohl wie Hamburger" nur dann für die Uebernahme irgendwelcher Unternehmungen in städtische Regie zu haben sind, wenn von vornherein und bombensicher feststeht daß dabei ein Geschäft zu machen sein wird. Ihre wahre Natur können diese spießbürgerlich-kapitalistischen Geschäftemacher ja auch niemals verbergen; aber gut ist es doch, daß sie ihnen auch einmal öffentlich von dem Blatte ihrer Richtung attestiert wird.

* **Stadtverordneter Karl Neise**, Besitzer des Hotels Stadt Berlin an der Leipzigerstraße, ist in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend einem Schlaganfall erlegen. Er hat ein Alter von 69 Jahren erreicht. Der Stadtverordneten-Versammlung gehörte Neise seit 23 Jahren, dem Jahre 1890, an. Hervorgetreten ist er als Redner, außer bei beruflichen Angelegenheiten, nicht.

* **Steigende Straßenbahneinnahmen.** Die Einnahmen der städtischen Straßenbahn betrugen im Oktober 1913 50 126,35 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres 49 159,10 Mk., also in diesem Oktober mehr 967,25 Mk., in der Zeit vom Januar bis Oktober 1913 505 913,50 Mk., im gleichen Zeitraum des Vorjahres 493 978,35 Mk. mithin dieses Jahr mehr 11 935,15 Mk. Die Fahrgeldeinnahmen der A. E.-G. Stadtbahn Halle betrugen vom 1. bis 31. Oktober 1913 99 971,70 Mk., vom 1. bis 31. Oktober 1912 95 179,85 Mk., mehr 1913 4791,85 Mk; vom 1. Januar bis 31. Oktober 1913 969 837,25 Mk., vom 1. Januar bis 31. Oktober 1912 940 156,65 Mk., mehr 1913 29680,60 Mk. — Die Einnahmen aus der Straßenbahnbetrieb mehrt sich also zusehends. Schade nur, daß die Hallische Stadtkasse in geringerem Maße an dem Mehrerlös partizipiert, als die Aktionäre der A. E. G. alias Dresdner Bank. Das haben wir der Kurzsichtigkeit unserer liberale Stadtverwaltung zu danken!

* **Für die elektrische Bahn Halle-Büschdorf** werden jetzt auf Delitzscher Straße in Büschdorfer Flur die ersten Schienen für die elektrische Bahn eingebaut. Es handelt sich um diejenige Strecke welche noch in diesem Jahre in voller Breite durch die Gemeinde Büschdorf gepflastert wird. Hier bedeutete der sofortige Einbau der Schienen eine bedeutende Ersparnis. Die Stadt Halle hat deshalb den Versuch gemacht, die hierzu erforderlichen Schienen vom Stahlwerksverband schon jetzt zu erhalten. Durch besonderes Entgegenkommen ist ihr dies auch gelungen. Die Hauptlieferung kann dagegen erst Anfang März erfolgen. Bis zum Mai wird aber die elektrische Bahn Halle—Büschdorf bestimmt fertiggestellt und in Betrieb gesetzt werden.

* **Neue Handwerksmeister.** Die Meisterprüfung vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer zu Halle bestanden im Buchbinderhandwerk Reinhold Hempel, Karl Boelicke, August Naumann; im Schlosserhandwerk Wilhelm zu Zwoll, und in Klempnerhandwerk Adolf Ouaas und Max Schröder, sämtlich in Halle.

* **Das Pferd auf dem Heuboden.** Zur Verrichtung einer sicher nicht alle Tage vorkommenden Arbeit wurde die Feuerwehr am Sonntag gegen Mittag alarmiert und nach dem Grundstück der Pferdehandlung Gebrüder Grunsfeld in der Julius-Kühn-Straße gerufen. Beim Vorführen riß sich plötzlich ein Pferd los und setzte in kühnen Sprüngen die nach dem Heuboden führende Treppe hinauf. Obwohl bei der Kletterei mehrere Treppenstufen durchschlagen wurden, gelangte das Tier die nicht besonders breite und winklige Treppe hinauf bis nach dem Heuboden, von wo es ziemlich erstaunt durchs Fenster auf den Hof herunterblickte. Nach vieler Mühe gelang es den Feuerwehrleuten das Tier zu fesseln, doch war ein Herunterbringen nicht möglich, so daß die Wehr unverrichteter Sache wieder abziehen mußte. Es mußte erst eine Brücke gebaut und ein Stück Mauer ausgebrochen werden, um der klugen Hans aus seinem Versteck herunterzuholen.

* **Unfälle.** Gestern morgen 7 Uhr verunglückte ein Bahnarbeiter auf der Blockstation Alte Leipziger Chaussee der Strecke Halle-Thüringen. Beim durchfahren eines Zuges war eine Stopphack

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131104-11/fragment/page=0006

legen geschieht. Dieselbe wurde von einer vorbeifahrenden Maschine derartig heftig geschleudert, daß sie dem Arbeiter mit dem Stiel an den Kopf flog, wobei er eine klaffende Wunde erlitt. Er wurde nach dem Krankenhaus Bergmannstroft gebracht. — Gestern abend stürzte ein Invalide beim Verlassen eines außerhalb belegenen Schankklokals infolge Fehltretens von der Treppe und erlitt anscheinend einen linksseitigen Knieschelbenbruch. Er wurde mit dem städtischen Krankenwagen seiner Wohnung zugeführt.

* **Unehrlich Volk.** In einem Geschäftslokal in der Barfüßerstraße wurde in vergangener Nacht ein Einbruch versucht. Die Täter sind anscheinend gestört worden, denn am Tatort ließen sie einen Dietrich im Schloß steckend zurück. — Sonnabend vormittag wurde eine verehelichte Arbeiterin auf dem Wochenmarkte bei der Entwendung von Nahrungsmitteln betroffen. Da es sich anscheinend um eine gewerbsmäßige Diebin handelt, wurde sie der Kriminalabteilung zugeführt. — Gestohlen wurden ferner am 29. Oktober ein fast neuer, moderner, brauner Ulster, ein fast neuer hell- und dunkelbraundurchwirkter Jackettanzug mit grünen, gelbdurchwirkten, schmalen Streifen, unter dem Aufhänger die Firma Endepols u. Dunker; ein Herrenfahrrad, Marke Opel 80, Nr. 235 623, Rahmen und Felgen schwarz, tiefgebogene Lenkstange, ohne Freilauf, größere Ueberfetzung, am Steuerrohr 2 Brüche; in der Nacht vom 30. zum 31. Oktober ein Spazierstock aus gelbem Rohr, glatte, gebogene Silberkrücke mit dem Monogramm A. H.

* **Allerlei.** Heute vormittag wurde aus dem Trothaer Mühlgraben eine etwa 25 Jahre alte weibliche Leiche gelandet. Die Leiche, die nach dem Trothaer Friedhof gebracht worden ist, war mit weißer Spitzenbluse, dunklem Rock mit großen Knöpfen, weißen Beinkleidern mit Spitzenbesatz, schwarzen Strümpfen und schwarzen Knopfhalbschuhen bekleidet. Am linken Unterarm trug sie zwei gelbe Armreifen und an dem Finger der linken Hand zwei Ringe. — Ein wegen Sittlichkeitsverbrechen vorbestrafter Schlosser wurde gestern nachmittag festgenommen, weil er während der letzten Monat eim Bürgerpark durch unzüchtige Handlungen öffentlich Aergernis erregte. — Gestern abend störten mehrere angetrunkene Studenten die Vorstellung in einem hiesigen Spezialitätentheater. Da einige auf Aufforderung das Theater nicht verließen, mußten Sie mit Gewalt entfernt werden. Ein Angestellter des Theaters erhielt hierbei von einem Studenten einen Stockschlag über den Arm. Der Täter ist festgestellt. — In vergangener Nacht fand in einem Café in der Kl. Ulrichstraße zwischen mehreren Gästen und zwei Arbeitern, die unbefugt in das Lokal eingedrungen waren, eine Schlägerei statt, wobei zwei große Spiegelscheiben im Werte von 200 Mk. zertrümmert wurden.

* **Im Apollotheater** eröffnete am 1. November Exls Tiroler Bühne ein Gastspiel. Die Tiroler, die wohl zum ersten Male in Halle auftreten, bilden die dritten im Bunde der bekannten wandernden Bauerntheater und stellen sich in ihren Leistungen den Schlierseern und der Truppe Michael Denggs ebenbürtig zur Seite. Daß sie sich in ihren Darbietungen nicht auf die auf literarische Bewertung keinen Anspruch erhebenden Volksstücke und Bauernposen gewöhnlichen Schlags beschränken, sondern vor allem den wertvollen Anzengruberschen Volksstücken und Dramen einen hervorragenden Platz im Spielplan eingeräumt haben, verdient besonders anerkannt zu werden. — Allerdings die „Novität", die sie am Sonntage herausbrachten: Der heilige Florian satirische Bauernposse von Max Neal und Pb. Weichand hat nichts von Anzengruberschen Geiste an sich. Sie ist ohne großen geistigen Aufwand auf größte Effekte berechnet, grob und derb zurechtgezimmert, und nur das derbwüchsige, urgelungene Spiel der Exl'schen Truppe macht sie genießbar und sichert ihr einen Lacherfolg. Die Posse ist auf dem umgekehrten Motto vom heiligen Florian aufgebaut, das jetzt heißt: O, heiliger Sankt Florian, beschütz' der andern Haus, zünd's meine an! Von diesem frommen Wunsche ist besonders der Fuhrwerksbesitzer Nepomuk Bacherer stark beseelt. Sein Haus ist arg baufällig, aber gut versichert. Er steckt bis über beide Ohren in Schulden, und der Gerichtsvollzieher geht bei ihm beständig aus und ein. Just als er wieder einmal da war, stachelt Pfeffinger, sein mit allen Hunden gehetzter Nachbar, Brumbirl an, kurzerhand die Bude abzubrennen; Brumbirl „hoffe", daß bei günstigem Winde auch sein Anwesen mit in Flammen aufgehen werde. Bacherer, der am Stiftungsfeste der Freiwilligen Feuerwehr und bei Einweihung der neuen Spritze in einem „Festspiel" den „heiligen Florian", mimen muß, läßt sich das nicht zweimal sagen. Ehe er seine Rolle im Festspiel nimt, spielt er den heiligen Florian praktisch dergestalt zu Hause, daß er sein Haus in Brand steckt. Mitten in die ausgelassene Stimmung des Feuerwehrfestes hinein heulen die Feuerglocken. Bevor aber die freiwillige Feuerwehr zum Ausrücken kommt, ist Bacherers Haus bis auf den Grund abgebrannt. Bacherer wird der Prozeß wegen vorsätzlicher Brandstiftung gemacht, da ihn der Geliebte seiner Frau, ein Soldat, beim Feueranlegen beobachtet hat. Aber die Zeugen, und namentlich Brumbirl, stehen so fest zu Bacherer, daß ihn die Geschworenen „glänzend" freisprechen. Bieten die beiden ersten Akte viele drastische Szenen und vornehmlich der zweite buntbewegtes Dorfleben, so vermögen alle krampfhaften Anstrengungen der beiden Possenschreiber von der Gerichtsszene des 3. Akts das graue Gespenst der Langeweile nicht zu verscheuchen; man ist froh, wenn die Qual zu Ende ist. Was aber wäre dieser ganze Akt ohne das ausgezeichnete Spiel der Exlschen Truppe. Die Darsteller spielen nicht, sie erleben ihre Rollen, und ihre Darstellungskunst wirkt deshalb so stark, weil sie einfach und natürlich ist und die dargestellten Menschen lebenswahr und wurzelecht sind. Ferdinand Exl als Kommandant der freiwilligen Feuerwehr, Ludwig Auer als Bacherer, Fritz Friedrich als der geriebene Brumbirl, Anna Selhofer als Frau Bacherer, Edi Meran als jüdischer Versicherungsamter usw. — Das waren, jeder in seiner Art, prachtvolle Typen von überzeugender Lebenswahrheit. Bessere Vermittler seiner Stücke kann Anzengruber kaum wünschen; die Aufführung des G'wissenswurm und der Kreuzischreiber am Donnerstag dürfte diese Meinung bestätigen. — Hoffentlich vermindert man die Wirkung der Aufführung dieser Stücke nicht durch eine endlose Ausdehnung der Pausen; auch die derbe Bauernposse gewann am Sonntag durch diesen Uebelstand nicht.

* **Kaufmännische Angestellte.** Am Dienstag spricht im Volkspark in einer Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen Julian Borchardt-Berlin über das interessante Thema: Die großen Kapitalskonzentrationen und ihr Einfluß auf die Lage der Angestellten. Eine Diskussion wird sich anschließen und nach Beratung weiterer wichtiger Punkte gemütliches Beisammensein. Man darf erwarten, daß die Versammlung nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch von Gästen zahlreich besucht werden wird.

Aus den Gerichtssälen.

Schöffengericht.

Große Verwirrung in Geschäftskreisen hatte der hiesige Arbeiter Fiedler, der wegen Betruges in neun Fällen angeklagt war, im August d. J. durch einige Gaunertricks hier angerichtet. Der vorbestrafte Angeklagte will allerdings in Not gehandelt haben. Mit einer blauen Bluse angetan ging er in ein Lokal und redete dem Oberkellner vor, der Inhaber eines Delikatessengeschäfts schicke ihn und bitte um zehn Stühle, da man zur Aufnahme einer Gesellschaft nicht genügend Stühle zur Verfügung habe. F. schleppte die Stühle nach dem Paradeplatz und verkaufte sie dann. Darauf ging er zu einer Direktorsfrau, holte unter denselben falschen Angaben vier gute Stühle „für ein Pensionat" und später von anderen Familien und Wirtschaften noch weitere acht Stühle und einen Tisch. Als ein Verleiher der Möbel Argwohn hatte und einen Hausburschen zur Kontrolle mit nach dem Bestimmungsort des angeblichen Leihers, der Loge, schickte, setzte der Angeklagte, der Helfershelfer gehabt haben soll, Tisch und Stühle tatsächlich im Hausflur ab, schaffte die Sachen, als der Kontrolleur sich entfernt hatte, wieder fort und verkaufte sie dann ebenfalls. Weiter hat der Angeklagte mit dem Leihen von anderen Gegenständen ähnlichen Schwindel getrieben. Als die Verleiher ihre Sachen zurückverlangten, entstand eine große Konfusion, bis man dahinter kam, daß ein Schwindler seine Hand im Spiele hatte. Beantragt wurde gegen Fiedler eine Gefängnisstrafe von drei Monaten; erkannt wurde wegen seines systematischen Vorgehens auf fünf Monate Gefängnis.

Den Bock zum Gärtner. Der 47jährige Wächter Gottlieb Brendel hatte den Auftrag erhalten, bei den Kanalbauten an der Saale zu wachen und aufzupassen, daß Diebereien unterbleiben. Als ein dort beschäftigter Zimmermann abends eine Kohnpartie unternahm und seine Weste in einer Baubude hängen ließ, eignete sich der Wächter des Zimmermanns Uhr und Kette aus der Weste an. Später entdeckte man, daß der Wächter schon recht erheblich vorbestraft ist. Er will nicht die Absicht gehabt haben, die Uhr und Kette dauernd zu behalten und nur versucht haben, dem Zimmermann einmal einen Schreck einzujagen. Das Gericht verurteilte aber den Wächter zu zwei Monaten Gefängnis.

Aus der Provinz.

Mißhandelnde Schutzleute vor Gericht.

Eine Aufsehen erregende Polizeiattacke, die sich in der Nacht zum 24. Februar d. J. in Bitterfeld abgespielt hat, beschäftigte am Sonnabend die Hallische Strafkammer. Angeklagt war der Polizeisergeant Körper, früher in Bitterfeld, jetzt in Schönebeck. Er soll in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes einen Ingenieur, einen Kaufmann und einen Cafetier körperlich mißhandelt und den Kaufmann auch noch tätlich beleidigt haben. Der Polizist ist 28 Jahre alt, hat die Polizeischule besucht und bisher unbestraft. Der Anklage liegt folgender Vorgang zugrunde: Im Hotel Rheinischer Hof in Bitterfeld fand am Abend des 23. Februar ein Tanzvergnügen des Militäranwärtervereins statt, das sich bis in die Nacht hinein ausdehnte. Obwohl Körper in jener Nacht Dienst hatte, ging er gegen 3 Uhr in den Rheinischen Hof, trank dort am Büfett des Saales Bier und sah dem Tanze zu. Dieses Verhalten verstieß schon gegen die Dienstvorschrift, denn ein Polizeibeamter, der sich im Dienst befindet, darf ohne dienstlichen Anlaß ein Schanklokal nicht betreten. Zudem war er um diese Zeit der einzige Beamte des Reviers, in dem der Rheinische Hof liegt. Das Revier war also damals, so bemerkte der Gerichtsvorsitzende, von der Polizei entblößt. K. will allerdings von Personen in das Lokal hineingerufen worden sein; er kann aber jene Personen nicht nennen und soll sich mindestens dort eine halbe Stunde aufgehalten haben.

In einem Nebenzimmer des Lokals hielten sich mehrere nicht zum Verein gehörige junge Leute, Kaufleute und Ingenieure, auf. Einer von ihnen bekam mit einem Vereinsmitgliede einen kleinen Streit, bei dem die Wirtsleute einschritten und Frieden stifteten, so daß der Gast wieder am Tanze teilnehmen durfte. Der Wirt hatte es nicht für nötig gefunden, den jungen Leuten das Lokal zu verbieten. Der Polizeibeamte aber, der

dem Bier tüchtig zugesprochen

haben soll, trat plötzlich ohne Auftrag des Wirtes auf, um gegen die jungen Leute einzuschreiten. Er forderte dazu noch den Polizeisergeanten Scheinichen um Unterstützung auf, obwohl Sch. ebenfalls im Dienst das Lokal unerlaubt aufgesucht hatte. Sch. gab an, damals beabsichtigt zu haben, seine Frau abzuholen. Er ist deshalb disziplinarisch bestraft worden. Auch ein Strafverfahren war gegen ihn eingeleitet, dann aber wieder eingestellt worden. Die beiden Polizeileute gingen in der Nacht forsch auf die jungen Leute los, fragten sie nach den Einlaßkarten und forderten sie nach der verneinenden Antwort auf, das Lokal zu verlassen. Die jungen Leute erklärten den Polizeibeamten mit Recht, daß der Wirt zunächst berechtigt sei, sie hinauszuweisen und daß die Polizei erst in zweiter Linie einschreiten könne. Körper schritt aber sehr schnell zu gewaltsamer Hinausbeförderung, trotzdem, wie ihm der Strafkammerrichter vorhielt, die Hinausweisungsmaßregel lediglich Sache des Wirtes war. Ohne den Willen des Wirtes, so wurde dem K. klargemacht, durfte er gar nicht einschreiten, **da er doch selbst nicht in das Lokal hineingehörte.** Zuerst wurde der Ingenieur Prägler von Körper gemeinschaftlich mit Steinichen angepackt, förmlich vom Sofa hochgehoben und dann eiligst hinausgeschleppt, wobei er mit dem Kopfe

gegen die Tür gestoßen wurde.

Ich bin direkt „geflogen", meinte der Zeuge, und wußte gar nicht, wie mir geschah. Erst draußen kam ich zur Besinnung. Zeuge verlangte dann Körpers Nummer zu wissen. K. aber erhob drohend die Hand und rief: „Was wollen Sie. **Sie Affe, Sie Esel!** Ich werde Ihnen die Nummer schon besorgen!" Dabei holte er zum Schlage aus. Der Ingenieur wurde dann hin und her gestoßen und nicht wieder ins Lokal gelassen, trotzdem er nicht einmal bezahlt hatte. Inzwischen sammelten sich um die Szene viele Neugierige an, die der Polizist zum Weitergehen aufforderte. Als ihm der Ingenieur nicht schnell genug ging, trat er ihn von hinten her so heftig gegen die Wade, daß diese

blutige Risse erhielt.

Der Ingenieur behauptete als Zeuge, K. habe sich nicht wie ein Mensch benommen, **sondern wie ein Tollwütiger.** Er sei immer so wild auf- und abgesprungen, daß **alles sprachlos gewesen sei.**

Außer dem Ingenieur beförderte der Polizist dann noch den Kaufmann Koch gewaltsam zum Lokale hinaus. Er würgte ihn dabei am Halse und stieß ihn mit dem Kopfe gegen die Tür, **daß ihm die Lippen bluteten.** Draußen auf der Straße erhielt der Kaufmann auch noch einen heftigen Faustschlag ins Gesicht. Bei dem Schlage

lockerten sich die Zähne

und der Mißhandelte bekam eine Zahnwurzelvereiterung, deren Heilung ihm 29 Mark kostete. Wie sich durch die Beweisaufnahme herausstellte, soll jenen Faustschlag aber nicht K. sondern der Polizist Scheinichen getan haben.

Den Kaufmann hat Körper einige Tage nach dem Vorfall um Entschuldigung für sein gewalttätiges Vorgehen und ersuchte ihn, von einer Anzeige abzusehen. Auch der Kasinowirt der Greppiner Werke geriet in jener Nacht auf dem Wege nach dem Lokale ebenfalls in das Gedränge der Neugierigen und wurde von K. derb angeschnauzt. Er meinte darauf vor sich hinsprechend:

„Der Polizist ist wohl betrunken?"

Sofort herrschte ihn Schweinichen an: „Was, Sie sagen, die Polizei ist betrunken?! Kommen Sie mit zur Wache!" Tatsächlich führte der Polizist, ohne erst nach dem Namen zu fragen, diesen ab. Der Mann ging geduldig mit, machte aber unterwegs die Bemerkung „Na, wissen Sie, Ihr Kollege fällt doch rein, denn der ist wirklich betrunken!" Sch. entließ ihn darauf mit den Worten: „Na, wir wollen aus der Sache nichts machen, — gehen Sie nach Hause!" So entging der Mann weiteren Gefahren.

Körper „arbeitete" aber vor dem Lokale zum Rheinischen Hof ungeniert weiter. Der Cafetier Gehrhardt, der gegen 1/4 4 Uhr nachts vom Bahnhof kam, geriet ebenfalls unter die Neugierigen und wurde von K. ohne Anlaß gestoßen und geschubst, daß er von der einen Straßenseite nach der anderen und schließlich

gegen einen Briefkasten flog.

Als aber schließlich das Publikum eine drohende Haltung einnahm und sich Zeugen gegen die Polizeiroheiten meldeten, waren die Polizisten mit einem Male unsichtbar geworden.

Der Angeklagte besaß die Kühnheit, zu behaupten, sich nicht strafbar gemacht zu haben. Er habe sein Amtsrecht mäßig ausgeübt und glaubte etwas scharf vorgehen zu müssen, da die jungen Leute seine Anordnungen verhöhnt hätten. Es wurde ihm wiederholt klar gemacht, daß er nichts anzuordnen hatte.

Die umfangreiche Beweisaufnahme bestätigte im wesentlichen die geschilderten Darlegungen. So bekundeten die Zeugen Kaufmann Koch und Ingenieur Präpler, sie seien damals ganz ungerechtfertigt von den Polizisten zum Lokal hinausgeworfen worden. Ohne Hut und Uebergieher und ohne ihre Zeche bezahlen zu können, hätten sie das Lokal verlassen müssen. Am Halse habe er auch Kratzwunden gehabt, meinte Koch. An den Zähnen habe er längere Zeit ärztlich behandelt werden müssen. Auch auf der Polizeiwache habe man die Mißhandelten bei Anbringung der Beschwerde in jener Nacht kurz behandelt. Zeuge Präpler meinte scherzhaft mit Glanz von den Polizisten zum Lokal hinausgeworfen worden zu sein. Mehrere Augenzeugen des Vorfalles hatten gesagt, solche **Unverschämtheiten von Polizisten** noch nie gesehen zu haben. Die Umstehenden seien direkt sprachlos gewesen; man glaubte, die Polizisten wären verrückt oder betrunken. Zeuge Präpler will auch gegen die Kniekehlen getreten sein. Ein Zeuge, Magistratsbote Rehbein, früherer Polizeibeamter und Kollege K.s sagte auffallend günstig für den Angeklagten aus. Der Staatsanwalt ließ feststellen, ob R. mit K. befreundet sei, da R. meinte, die Gäste hätten wohl den Anordnungen des K. nachkommen müssen und vielleicht Widerstand geleistet. Gerichtsvorsitzender: „Na, ist es auch erlaubt, Arrestanten bei der Festnahme an die Kehle zu fassen?" Zeuge: „Nein, das nicht und ich gebe auch zu, daß die Polizisten nicht ganz richtig handelten."

Zeuge Ingenieur Gans bekundet, gesehen zu haben, wie Polizist Scheinichen den Kaufmann Koch

mit der Faust ins Gesicht schlug.

Eine zweite Person wurde gestoßen, daß sie nach der anderen Straßenseite hinüberschlug. Zeuge Polizist Scheinichen verwickelt sich bei seiner Vernehmung in Widersprüche und meint sich der Vorgänge von jener Nacht nicht mehr genau „entsinnen" zu können. Es wurde ihm vorgehalten, daß er bereits disziplinarisch bestraft ist und ev. ein neues Verfahren zu gewärtigen habe, da er den Zeugen Koch mit der Faust ins Gesicht geschlagen haben solle. Auf die Frage, ob Zeuge diesen Schlag geführt habe, verweigert er die Aussage.

Zeuge Scheinichen wird

wegen Verdachts der Teilnahme an den Mißhandlungen nicht vereidigt. Weitere Zeugen bestätigten die Polizeiroheiten. Der Kasinowirt sagt, von dem Lokal von dem Polizisten mit den Worten angeherrscht worden zu sein: „Wenn Sie keine Einlaßkarte haben, dann scheren sie sich weg." Das habe er „übel" genommen, meint Zeuge. Ein anderer Zeuge hat gesehen, wie ein Polizist trat und Gäste die Treppenstufen hinunterstieß.

Der Staatsanwalt erklärte, **Körper habe sich in der schwersten Weise vergangen und sei in der tollsten Art** unter Ausbeutung seines Amtes gegen das Publikum vorgegangen. Er habe sich nicht gescheut, eine Person an die Kehle zu greifen und von hinten gegen die Waden zu treten, daß Blut floß. Die Hauptfrage sei in dem Falle das Strafmaß. Wir sind es im allgemeinen gewohnt, zu glauben, was Polizeibeamte sagen und müssen auf Polizeiangaben zuweilen großes Gewicht legen. Allgemein haben wir auch ein vorzügliches Beamtenpersonal. Um so mehr müssen wir deshalb dem Publikum danken, wenn es solche Beamte zur Anzeige bringt, die ihre Pflicht verletzen. Unsere Aufgabe ist es dann, räudige Schafe aus dem Beamtenkörper auszuschalten. Es sei deshalb gegen den Angeklagten eine

Gefängnisstrafe von einem Jahre

und sofortige Verhaftung zu beantragen. Eine Geldstrafe sei nicht am Platze. Der Nebenkläger des mißhandelten Koch, ein Justizrat, schließt sich im allgemeinen den Ausführungen des Staatsanwalts an und beantragt die Zahlung einer Buße von 30 Mk. an den Mißhandelten. **Es sei nicht das erstemal, daß solche Polizeiexzesse die Gerichte beschäftigen.**

Das Gericht erkannte an, daß der Angeklagte die Zeugen sehr heftig und roh zum Lokal hinausgeworfen habe. Draußen habe der Angeklagte noch gestoßen, geschubst und getreten. K. handelte zweifelsohne widerrechtlich, denn er war sich bewußt, daß er keinerlei Recht hatte, in dieser Weise gegen die Gäste vorzugehen. Er beging Körperverletzungen im Amte. Das Gericht habe sich aber gesagt, daß dem Angeklagten eine Gefängnisstrafe doch verhältnismäßig hart treffen würde. Der Angeklagte sei bisher unbestraft, sei bei der Tat zweifelsohne angetrunken gewesen, habe Bitterfeld verlassen und anderweitig Stellung gefunden. Den **Faustschlag** habe nicht er, sondern **der andere Beamte verabreicht.** K. konnte deshalb auch nicht zur Zahlung der Buße verurteilt werden. Nach Lage der Sache habe das Gericht deshalb dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt und

auf eine Geldstrafe von 350 Mark erkannt.

Der Abstand zwischen Strafmaß und Strafantrag ist sehr erheblich. Während der Staatsanwalt mit Recht wünschte, daß „räudige Schafe", wie der Angeklagte, aus dem Beamtenstand entfernt werden, hat das Gericht dem Angeklagten durch Verhängung der Geldstrafe vielleicht Gelegenheit geboten, Polizeibeamter zu bleiben. Wir wünschen den Schönebecker Bürgern, unter denen Körper künftig hausen wird, das Beste, glauben aber nicht, daß sich ein Mann, der die Polizeischule besucht hat, drei Jahre Polizist war und dann sich so wenig zügeln konnte, besonders zum Polizeibeamten qualifiziert. Wir plädieren niemals für hohe Strafen und niemals für Vernichtung von Existenzen und wünschten, daß mit der Abschreckungstheorie immer gebrochen wird. Die Gerichte mögen dann aber auch immer Milde walten lassen, auch bei kleinen Bahn-, Postbeamten usw., die gewöhnlich ihren Dienst quittieren müssen, sobald sie mit einer geringen Gefängnisstrafe belegt werden. Ueber das vorzügliche Beamtenpersonal, das wir im allgemeinen besitzen sollen, wollen wir mit dem Herrn Staatsanwalt jetzt während des Kruppprozesses nicht streiten. Mit Freuden haben wir aber davon Kenntnis genommen, daß dem Publikum zu danken ist, wenn es solche Beamte, die ihre Pflicht verletzen, zur Anzeige bringt. Vielleicht unterläßt man es aber auch, die sozialdemokratische Presse, die sich in der Kritik von Mißständen auf dem Polizeigebiet stets nur von großen, allgemeinen Gesichtspunkten leiten läßt, künftig zu sehr mit Argusaugen zu überwachen. Wir versichern dem Herrn Staatsanwalt, unsere Tätigkeit, ohne auf besonderen Dank zu rechnen, weiter ausüben zu wollen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131104-11/fragment/page=0007

Delitzsch. Zur Stadtverordnetenwahl. Nach einer Bekanntmachung des Magistrats finden die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen am **Mittwoch den 26. November**, in der Zeit von **vormittags 10 Uhr bis abends 8 Uhr für die dritte Abteilung** im Stadtverordnetensitzungssaale statt. Vor der Wahl wird jedem Wähler noch ein Zettel zugestellt, aus dem hervorgeht, welcher Abteilung und unter welcher Nummer der betreffende Wähler in der Abteilungsliste eingetragen ist. Dieser Zettel ist am Wahltag zur Erleichterung des Wahlgeschäfts und als Legitimation mitzubringen. Mit Jahresschluß scheiden aus der dritten Abteilung aus: Hofmaschermeister Adolf Tauche, Oberpostassistent Paul Leidenroot und Schneidermeister Louis Hampe; aus der zweiten Abteilung: Kaufmann Wilhelm Planing und Kaufmann Otto Freitag; aus der ersten Abteilung: Kaufmann Andreas Baumann, Professor Gustav Haacke und Rentier Oskar Seiffert. Es sind also insgesamt 8 Stadtverordnete zu wählen.

Delitzsch. Gefährlicher Fahrraddieb. Der Schmied Edmund Steinbach entwendete im Sommer d. J. in Bitterfeld, Delitzsch und Eilenburg fünf Fahrräder. Er nahm sie meist aus dem Hausflur von Wirtshäusern weg. Der gefährliche Fahrradmarder ist schon öfter vorbestraft und verbüßt zurzeit eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Er wünschte vor der Halleschen Strafkammer, mit Zuchthaus bestraft zu werden, damit seine Strafe kürzer würde. Das Gericht verurteilte den Angeklagten unter Einrechnung der Vorstrafe zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Gefängnis.

Ischortau. Ein teurer Anzug. Weil er einem Mitarbeiter einen Anzug und andere Kleidungsstücke entwendet hat, wurde der Knecht Robert Pannile von der Halleschen Strafkammer wegen Rückfallsdiebstahls zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Eilenburg. Generalversammlung der Krankenkassenvertreter. In den Rechnungsprüfungs-Ausschuß wurden von Arbeitgeberseite Tischlermeister Schmidt, von Arbeitnehmerseite Tischler Nöske und Klaus gewählt. Als Entschädigung für diese Mühseleistung wurden 75 Mk. festgesetzt. Ein Antrag des Vorstandes, die Abrechnung außerdem noch durch einen sachverständigen Revisor prüfen zu lassen, wurde gegen fünf Stimmen abgelehnt. Auf Grund der neuen Reichsversicherungsordnung ist ein Voranschlag für 1914 erforderlich. Dieser kann selbstverständlich nur schätzungsweise erfolgen unter Anlehnung des bisherigen durchschnittlichen Satzes pro Mitglied und Jahr. Dem Voranschlag ist ein Mitgliederbestand von 5000 zu Grunde gelegt und enthält 145 608 Mk. Einnahme und 144 489,40 Mk. Ausgabe. Der Aerztekonflikt schien Eilenburg nicht mit zu berühren, da zwischen dem Vorstand und den Krankenkassenärzten eine Regelung herbeigeführt worden war. Beide Kontrahenten hatten sich auf den Honorarsatz von 6,80 Mk. pro Mitglied und Jahr vom 1. Januar 1914 an geeinigt, also 95 Pfg. pro Mitglied mehr als die bisherige Pauschalsumme beträgt. Anfang Oktober aber wollten plötzlich die Aerzte den Vertrag nicht anerkennen. Nachdem sich aber der Vorstand auf den gesetzlichen Standpunkt berufen, erklärten sich dann die Aerzte bereit, bis zum 31. März für 6,80 Mark Pauschalsumme die ärztliche Versorgung für die Kasse zu verrichten. Ihre späteren Forderungen geben sie vorläufig nicht bekannt. Die Vertreter hießen den Standpunkt, den der Vorstand in dieser Frage eingenommen hat, gut und stellten ihm die weiteren diesbezüglichen Schritte anheim. Jedoch solle der Vorstand, wenn die Sache so weit getrieben werden sollte, auch vor einem etwaigen Konflikt nicht zurückschrecken. Nach dem Voranschlag sind für fünf Aerzte annähernd 40000 Mk. Honorar eingestellt. Dafür glaubt man, daß es möglich sein werde, unter Einschränkung der Zahl der Aerzte einige Kassenärzte anzustellen. Es wurde dann beschlossen gegeben, daß Protest gegen die Wahl der Arbeitnehmervertreter von Hennig usw. eingelegt worden war, zunächst wegen angeblich ungenügenden Schutzes des Wahlgeheimnisses. Von einer Nachwahl scheinen sich die Proteitler aber auch nicht viel für sich zu versprechen und haben den Protest zurückgezogen. Gleichzeitig haben sie einen neuen Protest eingereicht, weil angeblich Vorschlagsliste I Namen von Personen enthalte, von denen es zweifelhaft sei, ob dieselben versicherungspflichtig seien. Sie bitten Vorschlagsliste I für ungültig zu erklären und dafür Liste II als gewählt zu betrachten. Eine Antwort vom Oberversicherungsamt steht zurzeit noch aus.

Bittenberg. Die außerordentliche Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins hörte nur den Bericht des Bezirkssekretärs Genossen Drescher-Halle über den Parteitag, da die Aufstellung der Kandidaten verschoben wurde. Genosse Drescher veranschaulichte die wichtigsten Arbeiten des diesjährigen Parteitages und ging besonders auf die in der letzten Zeit lang und breit besprochenen Punkte Massenstreik und Steuerfrage ein. In der Diskussion wurde das Verhalten des Genossen Drescher auf dem Jenaer Parteitag nicht immer gutgeheißen, dennoch fand nach längerer Debatte eine Resolution nahezu einstimmige Annahme, in welcher die von 44 Genossen und 5 Genossinnen besuchte Versammlung sich mit seinen Ausführungen, insbesondere über die Steuer- und Massenstreikfrage, einverstanden erklärte und seine Stellungnahme billigte.

— Stadtverordnetensitzung. Der Pferdebahnbesitzer Rettig hat als Anteil der Stadt an dem letztjährigen Ueberschuß 173,52 Mark abgeliefert. Der Rechtsstreit der Mittelschullehrer um Nachzahlung der Gehaltserhöhungen ist in zweiter Instanz abgewiesen. Im nächsten Jahre soll in der Druckerei Stitz ein neues Adreßbuch hergestellt werden, wozu ein städtischer Zuschuß von 400 Mk. bewilligt wurde. Die vom Magistrat zu vergebenden Stillprämien für bedürftige Mütter werden immer mehr beansprucht. Für jeden Fall werden 50 Mk. Unterstützung gezahlt, die nicht als Armenunterstützung gelten. Die letztbewilligten 200 Mk. sind alle, und der Magistrat schlägt weitere 300 Mark vor, während Stadtv. Gerecke in sicherer Erwartung, daß auch diese Summe nicht reicht, 500 Mk. vorschlägt. Aber unsere Stadträte sind vorsichtig und gehen neue Wege nur schrittweise; deshalb bleibt es bei den vom Magistrat vorgeschlagenen 300 Mk. Hoffentlich findet sich bei der nächsten Etatsberatung ein energischer Befürworter einer größeren Summe, damit auch unsere Stadt auf dem Gebiete des Säuglingsschutzes etwas Positiveres vollbringt. Im südlichen Stadtgraben, wo ein großer Sport- und Spielplatz errichtet werden soll, wird anerkennenswerterweise ein Teil des dort befindlichen Grabens in Tonröhren gefaßt. Die Arbeiten werden vom Bauunternehmer Graf ausgeführt, der eine Nachforderung von 66 Mk. stellte, weil ein Teil der Tonröhren auf Bohlen gelegt werden mußte; die Summe wird ohne weiteres bewilligt. Die Sitzung faßte dann noch auf Anraten des Stadtrats Merker und des Stadtbaurats Deutschmann den weiteren Beschluß, den Graben gleich bis zur Elbstraße in Tonröhren zu legen, was etwa 1500 Mk. kosten würde und demselben Unternehmer übergeben werden soll. Der Beschluß fand nach kurzer Diskussion einstimmige Annahme. Der Ziegeleibesitzer Zipperling in Wiesigk soll über Morgen Elbwiesen im großen Lug zum Auslegmen erhalten zum Preise von 1000 Mk. pro Morgen und der Verpflichtung zum Wiederauffüllen. Stadtv. Brach scheint die Summe zu hoch; es wird ihm aber entgegnet, daß es sich um beste Wiesen handelt, so daß der Preis bestehen bleibt. Das neue Statut der kaufmännischen und gewerblichen Fortbildungsschule hat die Genehmigung der Regierung, nach einer kleinen Aenderung, gefunden. Dem Kaninchenzüchterverein werden 30 Mk. debattelos bewilligt. Der Maurermeister König, mit dem die Stadt bekanntlich einen Prozeß führt, hat die Zurückgabe seiner Kaution von 3000 Mk. beantragt; die Beratung wurde aber in die geheime Sitzung verlegt.

Sangerhausen. Stadtverordnetenwahl. Immer näher rückt der Wahltermin und immer kräftiger muß die Werbetätigkeit unserer Genossen einsetzen. Die Kandidaten der Arbeiterschaft sind Geschäftsführer Fritz Schröder, Former Otto Reiche und Tischler Robert Arndt. Nur diese Kandidaten bieten die Gewähr für eine tatkräftige Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft und der Allgemeinheit im Stadtparlament. Es bereiten sich wieder Dinge vor, die der größten Beachtung wert sind. Den Stadtverordneten ist wieder eine die Gehaltserhöhung der städtischen Beamten zum Ziele habende Vorlage zugegangen. Auch diese Vorlage ist wieder auf dem Grundsatz aufgebaut: den hohen Beamten viel, dem kleinen nichts. Die Bureaugehilfen und städtischen Arbeiter sind überhaupt nicht berücksichtigt worden. Da wäre es nun Pflicht der Stadtverordneten, für eine gerechte Verteilung zu sorgen. Von den bürgerlichen Mitgliedern des Stadtverordnetenkollegiums ist aber in dieser Beziehung nichts zu erwarten. Teils wollen sie nicht, teils sind sie abhängig und — können nicht. Es werden auch hier wieder nur die Arbeitervertreter sein, die ihre Stimme erheben. Aber sie sind noch zu schwach und dringen nicht durch. Und deshalb muß die Parole sein: Mehr Arbeitervertreter ins Stadt-Parlament!

Heute Montag abend findet, wie schon mitgeteilt, eine Versammlung in der „Schweizerhütte" statt. Genossen, sorgt für Massenbesuch! Auch die Gegner hatten eine Versammlung ab, in der der Reichsverbandssekretär Komoll angeblich einen Vortrag über Kommunalpolitik halten soll. In Wirklichkeit wird er aber jedenfalls wieder, wie bereits im vorigen Jahre, über Kommunalpolitik kein Wort sprechen, dafür aber die Sozialdemokratie verleumden und beschimpfen. Es sei nur an den Ausdruck „Stimmvieh" erinnert. Wir fordern deshalb alle unsere Genossen auf: Meidet diese Versammlung! Verschafft den Gegnern nicht ein volles Haus und eine interessante Versammlung. Mit dem Reichsverband wollen wir nicht in Berührung kommen. Mag Herr Komoll auch reden, was er will, und über die „feigen" Sozialdemokraten wettern. Laßt ihn schwätzen!

Torgau. Das Schwurgericht, beginnend am Montag, den 10. November, wird über die nachfolgenden Straftaten verhandeln: Gegen die Dienstmädchen Minna Oehmig und Anna Rößler sowie den Dienstknecht Paul Lipinski, sämtlich aus Wöhlern, wegen Kindesmord; gegen den Baggerführer Vinzent Kupzyk aus Dollthaida wegen Notzucht; gegen den Landwirt Otto Schäfer aus Kranschütz wegen Meineid; gegen den Arbeiter Karl Döring aus Mückenberg und den Maurer Hermann Kalex aus Bockwitz wegen Meineid bezw. Verleitung zum Meineid; gegen die Arbeiter Nikolaus Sarafinczean und Michael Pindzina aus Naundorf bei Lauchhammer wegen Raubes. Die Verhandlungen beginnen vormittags 9½ Uhr und sind öffentlich.

Ortrand. Schnorrerei für die „nationale" Jugendpflege. Auch in unserem Städtchen hat man sich auf die Socken gemacht und ist für die „nationale" Jugend fechten gegangen. Es soll hierbei manchem Ueberpatrioten recht schwer gefallen sein, in den Beutel zu greifen; auch sollen recht bemerkenswerte Aussprüche gefallen sein, die darauf schließen lassen, daß man mit der Art, wie man die „nationale" Jugend erziehen und beeinflussen will, z. B. mit der Kriegsspielerei und dem sonstigen patriotischen Klimbim, nicht einverstanden ist. Den aufgeklärten Arbeitern rufen wir zu: haltet euren Nachwuchs von derartigem Klimbim ab, haltet eure Taschen zu, und erzieht eure Kinder zu aufrechten, denkenden Menschen.

Vereine und Versammlungen.

Hettstedt. Mittwoch, den 5. November, abends 8½ Uhr findet beim Genossen Herm. Beyling-Burgörner-Neudorf, über der Bahn, unsere Parteiversammlung statt.

Stadt-Theater.

Der fliegende Holländer. Diese Oper Richard Wagners gehört bekanntlich noch in seine frühe Schaffenszeit, wo die musikdramatische Reform sich erst in kleinen Ansätzen zeigt. Die leitmotivische Arbeit verwendet Wagner schon ganz im Sinne seiner späteren Grundsätze. Dagegen fehlen nicht die obligaten Chöre am Aktanfang, die Ensembles am Schlusse, die feiten Liedformen, das unvermeidliche Ballett der Meyerbeerschen Oper. Infolge ihrer stilistischen Zwiespältigkeit wird der Fliegende Holländer stets einen unbefriedigenden Gesamteindruck hinterlassen; der außerordentlichen musikalischen Erfindung und der dramatischen Schlagkraft muß sich freilich jeder völlig hingeben.

Die Aufführung am Sonntag war in dem musikalischen Teil infolge der Leitung des Kapellmeisters Wetzler, wie immer, erfreulich. Die Chöre klangen zum Teil sehr frisch und schienen fleißig studiert. Freilich wurden die größten Hindernisse nicht gerade glücklich genommen. Erik von Horst wurde gesanglich der Titelrolle wohl gerecht; seine Darstellung hinterließ jedoch keinen Eindruck, seine Geste wirkt nur theatralisch. Das dämonische in der Figur des Holländers wurde nirgends glaubhaft. Dagegen verriet die Senta von Susanne Stolz, daß sie als innerlich tüchtige Künstlerin ihre Rolle durchdacht hatte. Ihre geradezu peinlich wirkende Abhängigkeit vom Dirigenten wird sie sich mit einiger Energie hoffentlich bald abgewöhnen. Auch der Daland von Franz Schwarz war eine vortreffliche Leistung, man muß diesen Sänger wohl als gut spießbürgerlichen Alten geben, aber eine Buffogestalt, wie es gestern manchmal schien, ist er entschieden nicht. Der Erik von Rudolf Galenius und der Steuermann Grusellis waren recht erfreulich. N.

Aus dem Saalkreise.

Nietleben. Steigende Einnahmen. Die Betriebseinnahmen der Halle-Hettstedter Eisenbahn stellten sich im Monat September 1913 wie folgt: Personenverkehr 27 889,95 (im September 1912 24 155,25) Mk., Güterverkehr 75 367,01 (81 810,55) Mark, sonstige Einnahmen 866,47 (453,75) Mark; zusammen 108 623,43 (106 419,55) Mk. Im Monat September 1913 waren die Einnahmen mithin um 2796,12 Mk. niedriger als im gleichen Monat des Jahres 1912. Die Gesamteinnahmen betrugen in der Zeit vom 1. April 1913 bis zum 30. September 1913 610 877,72 Mark, in den gleichen Monaten des Jahres 1912 563 810,60 Mk., im Geschäftsjahre 1913/14 also mehr 47 067,12 Mk.

Bessen. Rüstbenutzung des Ortsbildes. In der letzten Sitzung des Gemeinderats ist die Instandsetzung des Wörmlitzer Weges beschlossen worden. Innerhalb der Vorstage sollen an geeigneten, durch einen besonderen Ausschuß zu bestimmenden Stellen Bäume und Ziersträucher angepflanzt werden. Die Vorlage, die im ganzen etwa 600 Mk. fordert, soll in der gegenwärtigen Pflanzzeit zur Hälfte ausgeführt werden.

Lochau. Bergwerkserweiterung. Der Tagebau Hermine Henriette in hiesiger Flur hat eine wesentliche Erweiterung nach Süden erfahren, indem von ihm aus ein Durchbruch nach der Schwarzenburgerschen Kiesgrube geschaffen wurde und durch Handbetrieb das hier befindliche Kohlenflöz freigelegt worden ist. Die gewonnene Kohle wird mittels Kettenbahn nach Grube Hermine Henriette 2 befördert und gelangt von hier durch die Drahtseilbahn nach den Hauptwerken bei Osendorf.

Osmünde. Selbstmord. Die Ehefrau des Einwohners G. machte ihrem Leben durch Erhängen ein Ende.

Löbejün. Wegen eines Sittlichkeitsvergehens wurde der Kohlenhändler H. hierselbst in Untersuchungshaft genommen. Ein Verfahren in der gleichen Richtung schwebt außerdem gegen den ehemaligen städtischen Arbeiter K.

Allerlei.

Ein neuer Sittenskandal.

Der Generalintendant der kgl. Schauspiele in Berlin, Graf v. Hülsen-Haeseler, hat den Redakteur der Deutschen Montags-Zeitung, Steinthal, wegen gröblicher Beleidigung verklagt. Das Blatt brachte unter dem Titel: Herrn v. Hülsens Ende am 4. August einen Artikel über den Rücktritt des Grafen von der Leitung der königlichen Theater. Scharf kritisiert wurde darin das Regime des Herrn v. Hülsens, und gleichzeitig wurden Andeutungen darüber gemacht, daß bei Entlassungen nicht immer die Kunst und die Stimme der Schauspieler, sondern deren persönliche Beziehungen zu Hülsen ausschlaggebend gewesen seien. Steinthal sagt, er wolle den Skandal nicht, doch wenn man ihn zur Selbstverteidigung zwinge, so werde er auspacken. Es hänge nicht von ihm ab, ob der Prozeß sich zu einem zweiten Eulenburgprozeß entwickelt oder nicht.

Termin zur Verhandlung dieser Prozeßsache war auf den 3. November vor der 11. Strafkammer des Berliner Landgerichts I angesetzt. Da aber diese Kammer noch immer mit dem Krupp-Prozeß beschäftigt ist, so wurde dieser Termin auf unbestimmte Zeit verschoben.

•

Dresden, 3. November. Ein stellenloser (!) Maler, dessen Frau zum Zeitungsaustragen weggegangen war, zog gestern morgen in aller Frühe seine beiden Töchter im Alter von fünf und sechs Jahren aus dem Bette und ertränkte sie in einer mit Wasser gefüllten Wanne. Sein acht Jahre alter Sohn, an dem er dieselbe Untat vollbringen wollte, wehrte sich und schrie so laut, daß die zehnjährige Tochter und ein dreijähriges Kind aufwachten. Darauf ließ der Mörder von weiteren Mordversuchen ab und erhängte sich.

Dreifacher Mord und Selbstmord.

Ein furchtbares Familiendrama hat sich in der Wohnung des Arztes Dr. Hallmeyer in München abgespielt. Als das Dienstmädchen Hallmeyers, der in der Wingerstraße wohnte, von der Kirche nach Hause zurückkehrte, fand sie den Arzt mit durchschnittener Kehle tot vor. Er hatte, bevor er Selbstmord beging, seiner Frau und seinen beiden Kindern, einem Sohn von zehn und einer Tochter von zwölf Jahren, ebenfalls den Hals durchschnitten. Der Beweggrund zur Tat ist in unglücklichen Spekulationen zu suchen.

Die Ueberschwemmung in Italien.

Zu der bereits gemeldeten Ueberschwemmung in der Poebene wird noch bekannt, daß die Lage äußerst bedrohlich erscheint. Viele Dörfer stehen drei Meter unter Wasser und mußten von der Bevölkerung verlassen werden. Eine große Anzahl Vieh ist ertrunken. Das ganze Tal gleicht einem großen See. Die Regierung hat bereits Hilfe in die vom Hochwasser bedrohten Gegenden gesandt.

Vergiftung durch Hackfleisch.

In Berlin erkrankten im Osten der Stadt, in der Dolziger- und Samariterstraße, im Laufe des Sonnabends und Sonntags mehrere Familien unter schweren Vergiftungserscheinungen. Die Erkrankten, mehr als 20, leiden alle an heftigem Fieber und Erbrechen. Die Vergiftung wird auf den Genuß von Hackfleisch zurückgeführt. Reste davon wurden beschlagnahmt und dem Institut für Infektionskrankheiten zugestellt.

Die Submission des Schneidermeisters.

Man schreibt der Frkf. Ztg. aus Sachsen: Wie man weiß, wird das praktische Mittel der Submission oft auch in Fällen angewandt, die durchaus nicht danach verlangen. So hat denn auch kürzlich in Zittau eine Stelle eine Submissionsaufforderung erlassen, die das Handwerk recht verdrießen konnte. Ein witziger Meister von der Nadel hat seine Kollegen nun gerächt, indem er folgende Submission ausschrieb:

„Ich beabsichtige, am nächsten Freitag mittag einen Schneiderarbeiter, sogenannten Hering, zu verzehren, und will die Lieferung dieses Seefisches öffentlich mindestfordernd im Submissionswege vergeben. Der Hering soll aus der Nordsee stammen, männlichen Geschlechtes, nachweislich jung, frisch, fett und weichfleischig, sowie gut gesalzen sein und muß folgende Mindestmaße besitzen: Länge vom Kopf bis zum Schwanz 25,25 Zentimeter, Breite am Kiemenansatz 5,0 Zentimeter. Die Zugabe von einigen Zwiebelscheiben sowie Abfällen anderer Heringe erhöht die Zuschlagsmöglichkeit. Ich ersuche Lieferungslustige Unternehmer, versiegelte und verschlossene Offerten bis zum Submissionstermine Donnerstag nachmittag sechs Uhr, um welche Zeit die Eröffnung der eingegangenen Offerten in Gegenwart etwaiger Submittenten erfolgt, in meiner Wohnung abzugeben. Der Zuschlag wird sofort erteilt, jedoch bleibt die Auswahl unter mehreren gleichfordernden Unternehmern vorbehalten."

**Kranke klagen fast immer über das Einerlei der ihnen vorgesetzten Speisen und bereiten der Hausfrau dadurch manche Verlegenheit. Bei Anwendung von „Kufeke" ist es so einfach, die Wünsche der Patienten zu befriedigen, denn „Kufeke" ermöglicht eine angenehme Abwechselung durch verschiedene Zubereitung, führt gleichzeitig alle die Mähstoffe zu, die zum Wiederaufbau des Körpers nötig sind und bewirkt eine geregelte Verdauung. Wer selbst „Kufeke" versuchen will, lasse sich in der Apotheke oder Drogerie das „Kufeke"-Kochbüchlein, das kostenlos erhältlich ist, verabfolgen. *2191

4576 **Lesebrillen** für Frauen und Männer, nur 50 Pf. **C. F. Ritter,** Leipzigerstraße 90.

8681. **Pfefferminztee „Minzin"** vorzüglich für den Abendtisch, überall erhältlich, ½ Paket 10 Pf.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlung.

2307 Morgen, Dienstag: **Schlachtefest.** M. Polsach, Merseburgerstr. 53, Loeffs Hof. Fernruf 4480.

Morgen u. jed. Dienstag 16 **Schlachtefest.** Joh. Flacher, Große Gosenstraße 39.

Schachspiel Mit Anleitung zum Spielen. Das interessanteste aller Spiele. **Preis 20 Pfg.** Die Volksbuchhandlung.

VOLKSPARK Sie speisen gut, appetitlich und preiswert im eigenen Heim der Halleschen Arbeiterschaft. Reichhaltiger, kräftiger und wohlschmeckender, guter **Mittagstisch** von 50 Pfg. an. f.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2), 1. Nov.

Aufgeboten: Geschäftsführer Junkel und Martha Luzemann (Kutschgasse 1 und Schmeerstr. 6). Arbeiter Schauerhammer u. Berta Bohlmann (Schützenstraße 10). Techniker Grebe und M. Helmbold (Halle und Weimar). Kellner Dükstra und Minna Klaue (Halle und Heiligenstal).

Eheschließungen: Monteur Koch und Gertrud Gonne (Wörmlitzerstraße 96 und Beesenerstraße 10b). Sergeant Gruppe und Margarete Müller (Reilstraße 128 u. Friesenstraße 21). Tischler Dreybaupt und Martha Badst (Berlin und Schmeerstr. 7/8). Arbeiter Lindenheim u. Luise Wengel (Leipzigerstraße 5). Postschaffner Giesemann und Margarete Philipp (Rudolf Haymstraße 35). Friseur Meißner und Helene Kappel (Spitze 27 und Lindenstraße 74). Geschäftsdiener Müller u. Martha Kuniewski (Bismarckstraße 12 und Domplatz 5). Buchhalter Grätzler und Minna Oppermann (Schlosserstraße 1 und Ludwig Wuchererstraße 19).

Geboren: Postschaffner Franke S. (Drygalastraße 24). Arbeiter Fuchs T. (Große Steinstraße 67). Arbeiter Motta S. (Lauchstädterstraße 26). Formermeister Wendt S. (Schimmelstraße 6).

Gestorben: Arbeiters Schumann S., 2 W. (Landwehrstr. 4). Schuhmachers Pohl T., 4 Mon. (Würzburgerstraße 2). Arbeiter Martin, 54 J. (Unterplan 7). Hotelbesitzer Nesse, 69 J. (Leipzigerstraße 45).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 2), 1. November.

Eheschließungen: Schlosser Richter und Ida Franke (Mühlerstraße 12). Dr. phil. Männel und Margarete Mitzbach (Henriettenstraße 5 und Bertramstr. 4).

Geboren: Arbeiter Kirst Sohn (Fleischerstr. 27). Gerichtsassessor Dr. jur. Dachrodt S. (Seydlitzstraße 1a).

Gestorben: Pastor emer. Schmelling a. Osterode, 71 J. Gerichtsassessors Dr. jur. Dachrodt Sohn 2 Std. (Seydlitzstraße 1a).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131104-11/fragment/page=0008

Halle, 4. November

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 259—1913.

Die Frauen sind die Hauptträger der religiösen Ueberlieferungen, die treuen Hüter der Sitte wie der Unsitte, die fanatischen Verteidiger der vererbten Vorurteile und Mißbräuche. E. v. Hartmann.

Die Ursache der Entwicklung.

Selten hat ein Gedanke mit solcher Schnelligkeit und Ueberzeugungskraft Besitz ergriffen von der geistigen Welt, wie der, daß der Mensch, daß alle lebendigen Wesen, die Erde, ja das ganze Weltall in ständiger Aenderung, in einer Entwicklung begriffen seien. Die Ueberzeugung, daß es ein Naturgesetz der Entwicklung gebe, ist letzten Endes die treibende Kraft aller gesellschaftlichen und politischen Aenderungen in den letzten drei Menschenaltern, und hat für die Menschheit in ihren tausend Qualen und Daseinskämpfen schon bisher gewiß nicht weniger Tröstung gespendet, als die anderen großen Menschheitsgedanken der Nächstenliebe oder der Menschenrechte.

Um so merkwürdiger berührt es, zu sehen, daß eine so weltbewegende Idee, trotzdem sie in eine Epoche von vermaßen gesteigerter geistiger Regsamkeit fällt, wie es die letzten hundert Jahre sind, bei weitem nicht die Vergliederung, die Durchringung mit wissenschaftlichem Denken gefunden hat, wie sie etwa irgend einer ganz untergeordneten Frage der Theologie zuteil wurde. Außer einem ganz engen Kreise von Forschern und Philosophen berührt der Entwicklungsgedanke das geistige Leben des Volkes gar nicht, und auch unter den „Fachmännern" besteht eine Art Scheu, sich gewissen, und zwar gerade den wesentlichsten Fragestellungen zu denen es herausfordert, zuzuwenden.

Solche Gedanken drängen sich zwingend auf, wenn man beachtet, wie dünnleibig ein soeben erschienenes Werk*), in dem ein angesehener Naturforscher unserer Tage, Professor H. Triepel in Breslau, die Frage nach den Ursachen der Entwicklung einer scharfsinnigen Prüfung unterwirft.

Man möchte annehmen, daß über diesen Kernpunkt des Entwicklungsgedankens Tausende von Forschern eifrigst bemüht sind und ihr Wissen und Meinen in abertausend Schriften niedergelegt haben — und man ist erstaunt, aus der fleißigen Zusammenstellung Triepels zu ersehen, daß die letzten vierzig Jahre Forschung hierüber nur 185 Schriften hervorgebracht haben sollen in allen Kulturländern, zu Zeiten, da im Lande der „Dichter und Denker" allein im Jahre mehr als 80 000 Druckwerke die Presse verlassen. . . .

Solches ist gewiß ein Kulturmesser und wird dem Beurteiler unseres Jahrhunderts mehr sagen über den eigentlichen Kern unserer Kultur, als die noch so dickleibigen „Jubiläumsbücher", die jetzt beliebt sind, um die „deutsche Kultur" zu Beginn des 20. Jahrhunderts so recht breit und selbstgefällig aufzutischen.

Und was ist der Kern dieser 185 Versuche, der wahren Ursache der Entwicklung nahe zu kommen?

Sie leiten hinein in eine maßlos interessante Welt d r Tatsachen, gewissermaßen mitten in das Welträtsel selbst, und zeigen uns so recht, auf welch verfahrenem Gleis der Unkel ist, der da glaubt, wir hätten bereits den unumstößlichen, richtigen Begriff von dem Wesen des Lebens, die „Wahrheit" über die Natur erfaßt, und den Geschlechtern nach uns bleibe nur mehr die Bewunderung vor unserem Scharfsinn und eine armselige Nachlese. . . .

Erfaßt haben wir von der Entwicklung mit Sicherheit eigentlich nur das eine, daß es Aenderungen gibt. Im beschränkten Ausschnitt ihrer Linie muten diese Aenderungen so an, als führten sie von dem Einfacheren zu dem Verwickelten, mit anderen Worten, als sei die Entwicklung der Erde und des Lebens aufsteigend. Da die Natur aber gegenüber der Endlichkeit unseres Urteilsvermögens unendlich erscheint, werden wir nie sagen können, ob die uns zugänglichen Ketten von Entwicklungsstadien der Dinge nicht Teile eines Kreises sind! Für das Weltall selbst drängt uns manches Erforschbare und unser logisches Bedürfnis, einen Kreislauf anzunehmen. Jedenfalls können wir über eine aufsteigende oder absteigende Entwicklung des Weltalls gar nichts aussagen.

Relativ am besten belehrt sind wir über die Entwicklung des Lebens. Namentlich ein Gesetz hat sich immer wieder bestätigt. Nämlich daß die Entwicklung des lebendigen Einzelwesens mit der des ganzen Lebens zusammenfällt. Die persönliche Entwicklung wiederholt die des ganzen Tierkreises, dem das betreffende Wesen angehört, ja die des ganzen Lebens überhaupt. Die große Entwicklungslinie aber mutet wie eine Entfaltung von Eigenschaften an, die im Keim schon im ersten und einfachsten Lebewesen drin waren. Sie behauptet die eine Schule von Naturforschern, nach der also alle lebendigen Wesen nur d e n G r a d e n a c h entwickelt und verschieden sind. Ihnen steht eine andere Ansicht der Dinge gegenüber, nach der sich bei den höheren d. h. entwickelteren Lebewesen, also z. B. bei dem Menschen, Eigenschaften finden, die auf seinen Vorfahren überhaupt nicht, also auch im Keime nicht vorhanden sind. Die wichtigste dieser Eigenschaften ist das seelische Leben, das dem Anhänger dieser Theorie als etwas sonst in der ganzen Natur nicht Vorhandenes, nur dem Menschen Verliehenes erscheint.

Beide Meinungen, von denen die erst dargestellte die neuere ist, und daher erst wenig Anhänger zählt, während die letztere auf den Schultern der mittelalterlichen Weltanschauung steht, historisch geworden ist und wohl auch deshalb noch die Majorität der Naturforscher auf ihrer Seite hat, lassen aber die Frage, wie die Herausbildung neuer Eigenschaften (was man also Entwicklung nennt) vor sich ging, nicht ungeklärt.

An diesem Punkte setzen wieder andere Meinungen ein, die zum Teil aus Versuchen abgeleitet sind. Wieder stehen sich auch da zwei Lehren schroff gegenüber, die sich um die Namen D a r w i n und L a m a r c k gruppieren.

Die Darwinisten lassen die Ursache der Eigenschaftsänderungen völlig offen. Sie sagen: wir sehen täglich, daß die Kinder andere, neue Eigenschaften aufweisen, die den Eltern fehlten. Wir nehmen das als gegebene Tatsache und haben nun durch unsere Forschungen gezeigt, daß sich die neu aufgetretenen Eigenschaften durch die Vererbung bei den Kindeskindern dann erhalten, wenn sie für das Dasein irgend einen Nutzen mit sich bringen.

Die Darwinisten im strengen Sinne scheiden also bei der Untersuchung der Ursache der Entwicklung überhaupt aus; sie tun da nicht mit. Die modernen Darwinisten aber, die sich Mechanisten, auch Entwicklungsmechaniker nennen, fühlen diese Lücke und setzen an ihre Stelle folgenden Gedankengang. Die Eigenschaftsänderung vollzieht sich im lebendigen Körper so wie in dem toten. Das Unterscheidende ist nur, daß der lebendige Körper tätig ist. Er übt Funktionen aus und bildet durch sie, weil eben tätige Teile in ihm besser ernährt werden, seine funktionellen Anpassungen aus. Tätige Teile werden stärker, tüchtiger, untätige verkümmern. So vollzieht sich eine Umprägung der Eigenschaften.

Dieser neue Gedankengang ist aber eigentlich von den Lamarckisten entlehnt. Denn diese haben zuerst die Lehre aufgestellt: **die Ursache der Entwicklung ist die Arbeit!**

Arbeit aber hat ihre Ursache im Seelischen, nämlich in den Trieben. Daher müsse man überall das Vorhandensein von Trieben annehmen, wo man Arbeit, wo man Entwicklung sieht.

Der arbeitende Körperteil „entwickelt" sich, die Uebung macht vollkommener; der Gebrauch der Eigenschaften steigert sie und durch die Vererbung kommen Nachkommen mit bereits gesteigerten Eigenschaften zur Welt.

Das eigentlich Entwickelnde in der Welt ist also nach dieser Ansicht das Seelische, das ins Sie gelegt ist und das nach der Ueberzeugung der Lamarckisten im Keim schon in den Tieren bis hinunter zu den einfachsten, auch in den Pflanzen, ja in einer uns noch ganz unfaßbaren einfachen Form in der Weltenmaterie überhaupt vorhanden sein muß, weil wir allüberall Entwicklungen, d. h. Eigenschaftsveränderungen wahrnehmen.

Es bahnt sich hier also aus der Naturforschung und ihrer denkenden Verwertung eine Philosophie der Arbeit an, die, wenn sie erst einmal das Denken allgemeiner erfaßt hat, dann natürlich zu ethischen Wertungen führen muß. Höchst vielsagenderweise decken sich diese nun mit dem in der sozialen Bewegung zum Durchbruch gekommenen natürlichen Empfindungen des arbeitenden Volkes, weil sie allein Arbeit als „gut", als fördernd und entwickelnd, als das Pfand der Zukunft erkennen lassen, während der „Nicht-Arbeitende" für sie der Schädling, der Entartende, und daher auch sicher der dem historischen Untergang Verfallene ist. H. Faltenfels.

*) H. Triepel, Die Ursachen der tierischen Entwicklung. Jena. (G. Fischer.) 1913.

29] **In schlimmen Händen.** [Nachdr. verb.

Roman von Erich Schlaikjer.

Asmussen war ein Mann, der seine festen Gewohnheiten hatte. Infolgedessen tat es ihm leid, daß er nicht am Nachmittag den Gottesdienst besuchen konnte. Seit vielen Jahren war er immer am Nachmittag in die Kirche gegangen. Der junge Geistliche aber, der gegenwärtig um diese Stunde sprach, war ihm zu streng und unversöhnlich. Er gehörte zur sogenannten „inneren Mission". Die Bewegung war von Dänemark herüber gekommen. Ihre Anhänger waren sehr respektable Leute, ihr Bekenntnis aber war fanatisch und auf alle Dinge dieser Welt hatten sie einen geradezu finsteren Haß geworfen. Asmussen war zu versöhnlich und gutmütig, um mit ihnen auszukommen. Sie verfuhren ihm viel zu streng mit den armen Wesen dieser Erde. Sie nahmen ihnen viel mehr Glück, als sie verantworten konnten. An diesem hohen Tage, an dem ihm selber ein warmes Glück wie eine Rose aufgesprungen war, konnte er die jungen eifernden Prediger nicht reden hören. Er mußte sich schon für den Vormittag und für den alten Probst entschließen. Der alte Probst hielt sich in Gottes Namen an das Hergebrachte. Er redete den Leuten ins Gewissen, er war aber auch kein Unmensch, wenn sie es in einigen Punkten so hielten, wie es ihre mehr oder minder heidnischen Väter auch gehalten hatten; er verschmähte selbst die kleinen Freuden des Daseins nicht. Er war Asmussen im Grunde zu gleichgültig, aber ein guter Mensch war er und festliche Stimmung brachte Asmussen selber mit.

Die matte Wintersonne schien durch die hohen bunten Scheiben. In den Stühlen saßen die Bürger und Stadtgenossen in ihrem besten Sonntagsstaat. Vom Chor brauste die Orgel herab. Der alte Probst sprach heute am Festtag so warm und vernünftig. Die Gemeinde war so feierlich gestimmt. Es war ein erhebender Eindruck, der seinen Glanz noch bis ins neue Jahr hineinsenden konnte. Asmussen war froh und zufrieden, als er wieder nach Hause ging. Er begrüßte am Ausgang einige alte Bekannte und schlug dann sofort seine eigene Straße ein. Wie weiß und lustig war heute die Welt. Die Menschen nickten und grüßten so fröhlich, er aber hatte ein inneres Glück, von dem sie alle nichts wußten. Er hatte einer Heimatlosen eine Stätte bereitet und selber ein warmes Heim gefunden. Die alte Wohnstube war wieder aufgeschlossen. Der Sonntag war da. Weihnachten hatte ihn reich begnadet.

Unten in der Fischergasse aber saß Dagmar, um ihren Angehörigen das große Ereignis mitzuteilen, wie es Asmussen selber gewünscht hatte. Die Familie hatte sich in dem Zimmer des oberen Stocks versammelt, das auf die Straße hinausblickte. Das Zimmer sah gar nicht so übel aus. An der sauberen und festlichen Herrichtung spürte man wohl, daß Frau Engelbrecht in die Lage der Erbarkeit gekommen war. Es sollte einen Anstrich haben wie bei anderen Leuten. Auf dem runden Tisch in der Mitte lagen die Geschenke vom gestrigen Abend, ein wenig Blumen und Grün hatte man auch beschafft, es sah ganz weihnachtlich aus. Nur die Prosa der langen Marie hatte das friedliche Bild gestört; sie hatte drei Flaschen Bier in die festlichen Geschenke hinein gepflanzt, denen sie mit großem Eifer zusprach. Marie neigte leider ein wenig zu alkoholischen Exzessen; am Abend vorher hatte sie zur Feier des Tages einen Grog über den Durst getrunken, und dieser süße Grog hinterließ einen so brennenden Nachdurst. Die Bierflaschen waren also unvermeidlich.

Dagmar hatte ihre Erzählung unter atemloser Spannung beendigt. Die Schwarze sann still vor sich hin. In ihren Augen war ein heimliches Feuer, als entzündeten sie sich an den kommenden Dingen. Die lange Marie staunte ihre verlobte Schwester mit blöder Frechheit an. Frau Engelbrecht aber schüttelte halb entsetzt und halb gerührt den Kopf; die mütterlichen Tränen drohten jeden Augenblick zu kommen.

Die lange Marie erholte sich zuerst.

„Nun haben wir, Gott verdamm mich, einen richtigen Schwiegersohn. An dem können wir viel Freude haben, wenn er lange genug leben bleibt."

Um die schmalen Lippen der Schwarzen kroch ein dümmes grausames Lächeln.

„Ich will eine von den Brautjungfern sein," fuhr Marie fort, „sonst freut mich die ganze Verwandtschaft nicht. Die Schwarze könnte ja auch gleich mitkommen."

„Ihr wäret mir nette Jungfern." Dagmar lächelte abwehrend.

„Halt doch den Mund," sagte Frau Engelbrecht. Man konnte doch nicht so reden, wenn Dagmar sich mit einem angesehenen Mann verheiratet hatte.

„Willst du in der Kirche auch einen Myrtenkranz aufsetzen?" Marie ließ sich nicht im geringsten stören.

„Selbstverständlich. Das gehört sich ja so."

„Du solltest lieber zwei nehmen. Doppelt hält besser."

„Ah, Gottegottegott!" Frau Engelbrecht wand sich unter einem Lachen, das sie nur mühsam zurückhalten konnte. Die lange Marie hatte einen gar zu frechen Mund.

„Marie wird vor den Leuten ihren Mund halten müssen," sagte die Schwarze still, aber mit einem heimlich lauernden Ernst.

„Ich werde den Mund schon halten. Lorenz Asmussen soll in mir eine gute Schwägerin haben."

„Dann ist es gut." Dagmar erhob sich und nahm Abschied. Die Schwarze fiel ihr um den Hals und küßte sie. Frau Engelbrecht aber konnte mit dem Händeschütteln gar nicht zu Ende kommen und mußte immer wieder die feuchten Augen wischen. Dagmar war ein zu gutes Kind geworden!

Die Kunde von Dagmars Verlobung ging wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Als sie am zweiten Feiertag auf dem Eis erschien, entstand eine kleine Sensation. Sie trug die weiße Stola auf dem schwarzen Pelzjackett; außerdem hatte sie ein dunkles Barett aus glattem Astrachan mit einem weißen Taubenflügel aufgesetzt, das sie sonst zu tragen vermieden hatte.

„Eine junge Winterkönigin," sagte der Zahnarzt und war stolz, daß er mit ihr laufen durfte.

Die Grüße der Bekannten fielen sehr ergiebig aus; die Eleganz ihrer jugendlichen Erscheinung machte sich unbewußt geltend; überdies war sie ja nun die Braut eines angesehenen Mannes.

Die neue Verlobung wurde allgemein diskutiert. Man nahm an, daß Dagmar eine Art von Vernunftpartie geschlossen hatte. Sie wollte offenbar unter allen Umständen in bürgerliche Kreise hinein, wollte in der Welt etwas vorstellen, was ihr ja kein Mensch übel nehmen konnte. Jedenfalls aber war die Verbindung mit Asmussen ganz ausgezeichnet. Er war nicht nur angesehen, sondern auch wohlhabend, und daß er seine junge Frau auf Händen tragen würde, unterlag nirgends einem Zweifel. Er war etwas älter, aber schließlich war er immer noch ein Mann in seiner besten Kraft. Dagmar mußte ihm überdies dankbar sein, so daß der Altersunterschied nicht in die Wage fallen konnte. Asmussen aber bekam eine firme Wirtschafterin und ein junges hübsches Weib ins Haus. Dagmars muntere Laune konnte er brauchen; er hatte in der ersten Ehe manches Schwere durchgemacht. Eine Aufmunterung würde Dagmar ihm sicher bringen. Dazu konnte man ihr helles Lachen allzu gut.

Am Spätnachmittag kam Dagmar nach Hause. Asmussen saß im Gastzimmer in der Sofaecke. Auf dem Tisch stand ein Blumenstrauß.

„Der erste Glückwunsch."

„Ach!" Dagmar war interessiert.

„Von Seine Andresen," kam es ernst.

„Das ist hübsch! Darf ich ihn aufs Zimmer nehmen?" Sie war ganz befangen.

„Zu das!" Asmussen sah den Strauß nicht ungern schwinden. Seine hatte ihn durch ein kleines Schulmädchen hineingeschickt. Nur ihre Visitenkarte steckte dabei; auf der Karte stand kein Wort.

Oben in ihrer Kammer besah Dagmar den Strauß mit gespanntem Interesse. Ein ironisches Lächeln ging um ihre Lippen. Sie besah die einzelnen Blumen, sie roch daran; dann ließ sie den Strauß in einem großen Bogen in den Winkel fliegen und ging trällernd daran, ihre kostbaren Sachen in den Schrank zu schließen . . .

In der ersten Woche des neuen Jahres gab der Bürgerverein seinen jährlichen Winterball. Er war der stärkste gesellige Verein, den die kleine Stadt besaß. Er umfaßte den ganzen wohlhabenden Mittelstand, und in seinen oberen Schichten berührte er sich in manchen Punkten mit den Kreisen der Honoratioren. Im besonderen die alten einheimischen Familien hielten zu ihm, auch wenn sie im übrigen zur Oberschicht gehörten. Es war ein sehr alter Verein, der schon in der dänischen Zeit die Bürger zu Tanz und Festlichkeit versammelt hatte. Asmussen war Mitglied, wie auch sein Vater Mitglied gewesen war; den jährlichen Winterball aber hatte er nie besucht. Er kam mitunter zu den kleineren Festlichkeiten, wo es stiller herging, weil die Beteiligung keine so allgemeine war. Der Winterball war zu geräuschvoll. In dem Meer von plaudernden Menschen und schimmernden Balltoiletten fühlte er sich nicht behaglich. Er war zu wenig Gesellschaftsmensch, um in den überfüllten Räumen sein Vergnügen finden zu können. Seiner Frau war es nicht anders gegangen und als Witwer war er erst recht froh gewesen, wenn er zu Hause bleiben konnte.

In diesem Jahre aber mußte es anders werden. Unmittelbar nach den Weihnachtsfestagen war seine Verlobung in den beiden Lokalblättern des Städtchens angekündigt worden. Die Stammgäste hatten ihn täglich gehänselt, weil er sich in diesem Winter nun doch zum Frack bequemen mußte. Dagmar hatte mit großer Emsigkeit ihre Vorbereitungen für den Ball getroffen. Er durfte ihr die Freude nicht verderben; außerdem war es eine gute Gelegenheit, sie öffentlich einzuführen. Sogar der neue Frackanzug hatte wirklich gebaut werden müssen; Dagmar hatte so lange geschmollt, bis ihm nichts anderes mehr übrig blieb. Der Schneider hatte geschmunzelt, als er Maß nahm, und Asmussen hatte auch geschmunzelt; es war beiden als ein ungewöhnlich guter Witz erschienen. Lorenz Asmussen mußte auf seine alten Tage noch den Balltavalier spielen.

Das Wetter war günstig geblieben. Die Schuljugend hatte den Himmel beschworen, wenigstens in den Ferien vernünftig zu bleiben und die hart gefrorene Schlittenbahn nicht durch ein ganz überflüssiges Tauwetter zu zerstören. Wie der Zauber des Balles näher kam, hatten sich die jungen Mädchenknospen mit ihnen vereinigt. Wenn das Wetter so lange gehalten hatte, konnte es auch etwas länger halten. Es war so märchenhaft, wenn die Straßen in klarem Frostschnee glänzten. Es war auch für die Roben und die leichten Ballschuhe so reinlich und angenehm. Und das Wetter hatte sich in der Tat gehalten. Am Nachmittag des großen Tages war es gar zu einem lustigen Flockentanz gekommen. Die jungen Mädchen waren vom Kaffeetisch aufgesprungen und hatten vor Freude in die Hände geklatscht. Das gab einen weißen und festlichen Abend.

Die Stunde des Balles kam immer näher. Rings in den Häusern standen die jungen Tänzerinnen mit pochendem Herzen und ließen sich von der sorgenden Mutter die letzten Unebenheiten im Anzug ordnen. Wie nahm die weiße Rose im dunklen Haar sich aus? Die glänzenden Augen blickten in den Spiegel und wurden befriedigt. Vor dem erleuchteten Hause des Vereins fuhren bereits die ersten Equipagen vor, bald kamen die nächsten und dann rollten die Wagen in ununterbrochener Folge.

Axel stand in tadellosem Dreß vor dem großen Spiegel im Arbeitszimmer. Er pflegte den Ball regelmäßig zu besuchen; es war ein Stück Heimat und Vaterstadt, das er sich nicht nehmen lassen wollte. Seine Schwestern allerdings blieben zu Hause. Er war eben aus dem Schlafzimmer hereingekommen. Der Anzug hielt jeder Prüfung stand, sein Kupee war draußen bereit und die beiden Pferde schnoben den Atem wie Rauchwolken in die klare Winterluft, zum Aufbruch aber konnte sich Axel nicht entschließen. Er war unruhig und trieb sich planlos im Zimmer umher. In den letzten Monaten war er täglich mit Asmussen zusammen gewesen, er hatte Dagmar täglich gesehen und gesprochen, er hatte immer wieder versucht, einen Hauch von Intimität in ihren Verkehr zu bringen; er war immer auf die gleiche heitere Unbefangenheit gestoßen. Er hatte zehnmal geschworen, daß er diese Rolle nicht mehr weiter spielen wolle, er fühlte, daß er sie aufgeben mußte, wenn er an seiner Männlichkeit nicht Schaden nehmen wollte. Er war immer wieder dem Brand zum Opfer gefallen, den dieses junge Weib ihm in das Blut geworfen hatte. Und nun kam diese unerwartete Verlobung dazwischen. Er hatte ein teures Blumen-Arrangement von ausserlesenem Geschmack gesandt, persönlich aber war er fern geblieben. Er wußte einfach nicht, wie er sich verhalten sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131104-11/fragment/page=0009

Kleines Feuilleton.

Fürstenschande vor 100 Jahren.

Die deutsche Einheit, die am 18. Oktober in hohen Tönen gefeiert ward, war 1813 allenfalls das Ideal der deutschen Patrioten, nimmer aber das der deutschen Fürsten. Das zeigte sich schon vor der Leipziger Schlacht, in der ja Sachsen und Württemberger gegen Preußen und Oesterreicher kämpften, noch deutlicher aber in den Tagen des November, als es galt, die zurückeroberten Gebiete neu zu begrenzen. Jetzt wäre der Augenblick gekommen gewesen, den Zentralverwaltungsrat, ein Projekt Steins, das er am 19. März 1813 zu Breslau mit dem russischen Unterhändler Nesselrode ausgearbeitet hatte, in die Wirklichkeit umzusetzen. Dieser Zentralverwaltungsrat, der am 4. April unter dem Vorsitze Steins in Leben trat — aber ohne Einfluß blieb, sollte zur Niederwerfung Napoleons alle wirtschaftlichen und militärischen Hilfsquellen der deutschen Staaten erschließen. In den besetzten Ländern sollte die Ausdehnung, Bewaffnung und die notwendigen Requisitionen ihm übergeben, die Bildung des stehenden Heeres, der Landwehr und des Landsturmes ihm überlassen bleiben. Es war der alte Steinsche Gedanke einer Verwaltung, die an die alte Reichseinheit erinnerte und alle Sondersouveränitäten bei Seite schob, die den Kampf nur als gemeinsame deutsche Sache betrachtete und die widerstrebenden Fürsten als „Kompensationsgegenstände" behandelte.

Waren für diesen Steinschen Plan einer Uebergangsform für die künftige deutsche Regierung die Fürsten schon im Frühjahre 1813 nicht zu haben, so erst recht nicht nach der Niederschmetterung Napoleons. Bei ihnen war eben, nach einem Worte Steins, mit Vernunftgründen nichts auszurichten, höchstens mit Kanonen! Ludwig Häusser, ein bürgerlicher Geschichtsforscher, schreibt über sie: „Welche furchtbare Lehre für Fürsten wie für Völker aus den jetzt überstandenen Zeiten der Gewalt herausklang, begriffen sie so wenig, als ihnen ein Verständnis davon aufging, daß in der napoleonischen Zeit die Gestalt der Welt und der Gesellschaft eine andere geworden, die überlebten Formen zum größten Teile unwiderbringlich zerstört, aber damit auch manch schwerer Bann, der auf auf der alten Zeit lag, durchbrochen und neue Keime und Gestaltungen, die früher in Starrheit gebunden lagen, entfesselt und zum Leben erweckt waren." — Sittliche und politische Pflicht der Verbündeten nach der Leipziger Schlacht wäre es gewesen, die deutschen Lande nicht nur vom französischen Joche, sondern von dem viel schlimmeren der unzähligen großen und kleinen angestammten Fürsten und Fürstchen zu befreien!

Wie die Fürsten über die Schwärmer für ein großes deutsches Vaterland dachten, mögen einige Beispiele bezeugen. König Friedrich I. von Württemberg, von Napoleon „Mastschwein auf dem Throne" tituliert, ließ zur Feier der tiefsten Erniedrigung Preußens, der Schlacht bei Jena, in seinem Lande die Kirchenglocken läuten. Und als später die patriotische Begeisterung auch an Württembergs Grenzen nicht Halt machte, wies er die Sympathieen für die deutsche Sache trotzig als „überspannte Ideen" zurück und erklärte: „Er fordere von seinen Dienern nur Interesse für ihren König und sein Reich und jedes allgemeine Interesse enthalte eine strafbare Einmischung in die Absichten des Gouvernements!" Auch nach seinem Uebertritt zu den Verbündeten unterließ er es nicht, durch recht langsame Rüstungen die Sache Napoleons zu fördern.

Ein anderer Rheinbund-Fürst, der Großherzog Karl von Baden, hielt es noch für nötig, nachdem er gezwungen der Koalition gegen Napoleon beigetreten, diesem sein „liebhaftestes und aufrichtigstes Bedauern" darüber auszudrücken.

Bezeichnend ist auch die Art der damaligen Berichterstattung in diesen Staaten über die Kriegserfolge der deutschen Stammesbrüder wider Napoleon. Noch bis in den Oktober hinein wurde der Sieg Napoleons bei Dresden gefeiert, während über die Erfolge der Verbündeten an der Katbach, bei Kulm und Dennewitz in der Regierungspresse nichts verlautete. Drei Tage nach der Schlacht bei Leipzig ließ eines dieser regierungsfrommen Blätter ein Extrablatt mit einem Bericht über glorreiche Siege der Franzosen am 11. und 12. Oktober herausgehen! Ja, noch am 24. Oktober berichtete die Badische Staatszeitung, daß „der Kaiser (Napoleon) neuerdings den Feind völlig geschlagen habe" und sich am 19. Oktober neue Kriegsvorfälle zum Vorteile der französischen Armee zugetragen hätten!

So förderten deutsche Fürsten die deutsche Sache noch nach der Leipziger Schlacht, die zu feiern ihre Nachkommen heute als patriotische Pflicht jedes echten Deutschen zu fordern wagen — und die als „Vaterlandsverräter" bezeichnen alle, die den Mut haben, der geschichtlichen Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen!

Gibt der Mars der Erde Signale?

Die vielerörtete, selbst von durchaus ernst zu nehmenden Astronomen nicht glatt verneinte Frage, ob der Planet Mars bewohnt ist, will nicht zur Ruhe kommen. Neuerdings hat erst nic der Genfer Astronom Fritjof Le Coultre Ergebnisse seiner Marsbeobachtungen bekanntgegeben, die geeignet scheinen, die Diskussion von neuem in Fluß zu bringen. Nach den allabendlich notierten Teleskopbeobachtungen glaubt der Gelehrte auf eine starke Bewegung des Lebens auf dem Mars schließen zu dürfen. Das auffälligste Phänomen, das er auf dem Genfer Observatorium beobachtete, waren zweifellos die leuchtenden Erscheinungen, die zu wiederholten Malen die Umgebung der „Seen" genannten dunklen Flecke plötzlich erhellten. So sichtete Le Coultre eines Abends im nordöstlichen Teil des Planeten eine Gegend, die plötzlich in einem weißlichen, an eine elektrische Bogenlampe erinnernden Licht erstrahlte. Diese aufleuchtenden Lichterscheinungen dauerten 1—2 Sekunden und erloschen dann plötzlich wieder. Das widerholte sich in Abständen von mehreren Minuten von ¾11 Uhr bis Mitternacht, wo das geheimnisvolle Phänomen sein Ende erreichte. Diese Lichterscheinungen werden nicht zum ersten Male beobachtet. Sie waren schon von den Astronomen der Flagstaff-Sternwarte in Amerika bemerkt worden, die kein Bedenken trugen, sie als Feuersignale zu bezeichnen, die die Marsbewohner durch den Weltenraum entsenden. Auch Schaer in Genf und die französischen Astronomen Jarry, Desloges und Fourrier haben ähnliche Erscheinungen und merkwürdigerweise in denselben Marsgebieten konstatiert. Man hat versucht, das Lichtphänomen durch eine Brechung der Sonnenstrahlen durch die Staubwolken, die in den Oberschichten der Atmosphäre des Mars ziehen, zu erklären. Diese Hypothese ist indessen mit gleicher Vorsicht aufzunehmen wie die des bekannten Vulkanspezialisten Brun, der diese aufblitzenden Marslichter als Begleiterscheinung außerordentlich heftiger vulkanischer Umwälzungen ansprechen zu dürfen glaubt. Das eine vermag so wenig wie das andere eine schlüssige Erklärung des Phänomens zu geben. Le Coultre selbst findet zwar die, besonders von amerikanischen Astronomen vertretene Hypothese, nach der es sich bei diesen aufblitzenden Lichtern um von den „Marsbewohnern" gegebene Signale handele, sehr verführerisch, wagt es aber auch nicht, sie zu seiner eignen zu machen.

Humor und Satire.

Seine Methode. Der Fabrikschlosser Lämmchen hat einen sogenannten Schrebergarten gemietet. Auf dem bescheidenen Stückchen Land sind einige Beerensträucher angepflanzt; es wird etwas Gemüse gebaut, und eine Laube dient besonders an schönen Sonntagen als Erholungsort. Da zieht der Vater mit den Kindern schon am frühen Morgen hinaus; die Mutter macht daheim das Mittagsbrot fertig, mit dem sie dann nachkommt. Eines Sonntags kehrt im halben Vormittag ein Junge in die Wohnung zurück und begehrt eine leere Flasche.

„Wozu?"

„Wir wollen Schnaps holen."

„Zu Schnaps gebe ich keine Flasche."

„Vater will Beeren aufsetzen."

Als die Frau mit dem Essen in die Laube kommt, fragt sie:

„Wo sind denn die Beeren?"

„Die hat Vater gegessen."

„Und der Schnaps?"

„Den hat Vater drauf gegossen. (Simpl.)

Genossenschaftsbewegung.

„Unser Geld."

In unserem dividendenlüsternen Halle stoßen wir gar nicht selten noch auf sonderbare Heilige, die sich einreden, die Ansammlung von Kapitalien, das Wirtschaften mit starken Reserven, kurzum die Häufung der eigenen Mittel sei eigentlich etwas Ungenossenschaftliches. Bisweilen kleidet sich diese Begriffsverwirrung in die weise Redensart, warum man denn für die künftige Generation sorgen solle; bisweilen findet sich auch ein nach seiner Meinung ganz Kluger, der über die Leistungen seiner Genossenschaft naserümpfend aburteilt mit den gewichtigen Worten: Die arbeiten ja nur mit unserem Geld!

Wir wollen nicht untersuchen, ob es verwerflich ist, der Pflicht, der man selbst sein mehr oder minder gutes Dasein verdankt, der Sorge für die Nachkommen, zu genügen. Bisher galt es nicht als unrühmlich, sie zu erfüllen. Und wir wollen auch nicht lange bei der Hohlheit der anderen Phrase verweilen, welche etwas Selbstverständliches feststellt: daß nämlich jede Genossenschaft ihre Erfolge mit den ihr vom den Genossen zur Verfügung gestellten Geldern erzielt. In dieser Feststellung liegt so wenig ein Vorwurf für die Genossenschaft wie ein Lob für die Genossen.

Aber bei der Frage der Bereitstellung genügender Mittel für den genossenschaftlichen Betrieb möchten wir doch ein wenig verweilen, weil sie die Frage des Bestehens, des Gedeihens und der weiteren Entwicklung jeder Genossenschaft ist. Wo immer in der Konsumvereinsbewegung Fehlschläge zu verzeichnen waren, wo immer die Sache nicht vorwärts kommen will, da ist — abgesehen von den verhältnismäßig nicht so häufigen Fällen persönlicher Unfähigkeit oder gar Gewissenlosigkeit verantwortlicher Personen — fast stets die fehlende Erkenntnis daran schuld, daß nur aus der Fülle eigener Mittel die Fülle der erwünschten Vorteile ersprießen kann.

Erfahrene Genossenschafter werden es nie zugeben, daß ein Verein seine Verkaufsstellenzahl vermehrt oder zur Eigenproduktion übergeht, ehe außer dem Bedürfnis die finanzielle Grundlage absolut gesichert ist. Ein allzäglich Wort lautet: „Von nichts kommt nichts!" Genossenschafter, die nichts in ihre Genossenschaft hineinstecken wollen, können nicht verlangen, daß sie ein Tischlein-deck-dich für sie werde.

Die Konsumvereine haben unter recht schwierigen Umständen zu arbeiten; die private, zum Teil sehr kapitalkräftige Konkurrenz bietet alles auf, sie mattzusetzen. Es wird ihr um so eher möglich sein, den Gegner in den Sand zu strecken, je schwächer, je blutärmer dieser ist. Der Kraft verleihende Lebenssaft, das Blut der Konsumvereine, sind aber deren eigene Mittel. Wer ihnen diese vorenthält, macht sie widerstandsunfähig und verschuldet es, wenn sie langsamer oder rascher dem Siechtume verfallen. Wir sehen deshalb auch, daß jene Vereine, die, wie der Hallesche, allen Ueberschuß Spornstreichs den Mitgliedern zuwenden, statt die Reserven zu bedenken, durch die Bank nicht aus der Stelle kommen, wenn nicht gar den Krebsgang gehen, während jene Vereine, die beizeiten ihre Fonds stärkten, rasch emporblühen und allen Stürmen trotzen, ohne dabei ihren Mitgliedern geringere Vorteile zu bieten als jene anderen.

Es zeugt von wenig Nachdenken und viel Kurzsichtigkeit, wenn Genossenschaftsmitgliedern der Festlegung von Einkaufsersparnissen in Gestalt von gemeinsamem Genossenschaftskapital widerstreben. Gewiß ist dieses Geld der Verfügung des einzelnen entzogen, aber ist ihm deswegen das Geld verloren, genießt er nicht den Nutzen, den dieses Geld abwirft? Im reinen Warengeschäfte gewährleistet es den vorteilhaftesten Einkauf und sichert dem einzelnen Mitgliede das kauft, die bessere Qualität, den geringeren Preis und letzten Endes auch die Rückvergütung; in der Eigenproduktion aber ermöglicht es überhaupt erst ein ersprießliches Arbeiten. Ein Bäckerei-, Fleischerei- oder sonstiger Produktivbetrieb, der mit teuren, fremdem Kapital arbeiten wollte, könnte unter den heutigen Konkurrenzverhältnissen nur einpacken. Ist er Angegen auf eigenem, auf gemeinsamem Kapital der Vereinsmitglieder solide aufgebaut, dann sichert er diesen so augenscheinliche Vergünstigungen, daß es begreiflich ist, wenn allerorten im Reiche gerade die weitere Ausdehnung der Eigenproduktion von den Konsumenten verlangt wird.

All die törichten Auffassungen und Redensarten, die wir eingangs streiften, können nur bei Leuten aufkommen, die den Begriff Genossenschaft nicht voll erfaßt haben. Würden wir mit fremdem Geld arbeiten, so würde der Zins uns allen verloren gehen, den uns unser eigenes Geld erhält. Fremdes Geld trägt hinaus, macht uns ärmer, eigenes Geld trägt hinein, mindert unsere Armut. Je mehr wir uns deshalb von dem Gelde der anderen freimachen und uns auf das eigene stützen, desto mehr verbessern wir unsere Güter. Wohl der Genossenschaft, wenn sie nur „mit unserem Gelde arbeitet"! Und wohl uns, wenn es erst so weit ist!

Der erfahrene, mit den Grundsätzen seiner Organisation vertraute Genossenschafter ist sich über diese Zusammenhänge völlig klar, weil die tägliche Uebung sie ihm aufdeckt. Unklar sind meistens nur diejenigen, die laue Freunde der Sache sind, die nicht mitwirken, indem sie wenig oder garnichtkaufen, und die dann ihre eigene Gedankenlosigkeit, Unwissenheit und Trägheit hinter Herabsetzungen der Genossenschaft zu verbergen suchen. Von „unserem Gelde" reden die am meisten, die — keinen Anteil dran haben, weil sie nichts dazu beitragen.

Der französische Genossenschaftskongreß.

Vom 14. bis zum 18. d. M. tagte in Reims der erste Kongreß der geeinigten französischen Konsumgenossenschaften. Er hatte nicht nur sein Urteil über das Resultat der im Jahre 1912 stattgefundenen Einigung zu fällen, sondern auch über wichtige Fragen der weiteren Entwicklung zu entscheiden.

Aus der Geschäftsbericht.debatte ist hauptsächlich nur eines hervorzuheben, und zwar der Beschluß, die beiden bis jetzt erscheinenden Organe der beiden Bestandteile des jetzigen Konsumgenossenschaftsbundes in ein einziges, zweimal monatlich erscheinendes, Organ verschmelzen zu lassen.

Die Organisation der Alterspensionskasse soll nach den Vorschlägen des Zentralrates im Anschluß an das im Jahre 1910 erlassene Alterspensionsgesetz geschehen. Da bekanntlich auch der Staat seinen Beitrag zu den Beiträgen des Arbeiters und des Unternehmers entrichtet, so versprechen sich die Führer des Genossenschaftsverbandes, daß sie durch die Organisation einer Alterspensionskasse für die Genossenschafter vielfachen Nutzen für die Arbeiterbewegung erzielen werden. Erstens soll auf diese Weise den Unternehmerkassen Abbruch getan werden; zweitens sollen große Kapitalien dem Staat entzogen werden, der sie sonst ganz ohne jede Kontrolle von der Seite der Versicherten verwalten würde; drittens werden dank den Genossenschaftspensionskassen Kapitalien den Genossenschaften zufließen, die sie teilweise zum Nutzen der Genossenschaftsbewegung, teilweise zur Förderung einer gesunden Kommunalpolitik werden gebrauchen können.

Die Frage der Verschmelzung der miteinander in einer Stadt konkurrierenden Konsumvereine bot vom internationalen Standpunkt aus kein größeres Interesse. Ist ja doch offensichtlich, daß die in Frankreich noch immer bestehende Zersplitterung der Genossenschaftsbewegung ausschließlich nur der Zurückgebliebenheit der französischen Bewegung und dem Mangel an Disziplin und Organisationsgeist bei den französischen Arbeitern entspringt.

Um so interessanter war die Frage der Beziehungen der Genossenschaften zu ihrem Personal. Diese Frage ist besonders durch den letzten Bäckerstreik in Paris brennend geworden. Hier haben es die Differenzen zwischen den Genossenschaften und dem Bäckersyndikat sogar dazu gebracht, daß die durch die Konsumvereine beschäftigten Bäckereiarbeiter ebenso wie ihre bei den Unternehmern beschäftigten Kollegen streiften. Selbstverständlich hat das sowohl die Vertreter der Konsumvereine, wie die der Syndikate in eine sehr peinliche Lage gestellt.

Auf dem Kongresse wurde leider die Frage nicht mit der Gründlichkeit und Allseitigkeit behandelt, wie sie es verdient hätte. Nur ein, zwei Delegierte vertraten — und zwar mit gewissem Vorbehalt — die Stellung der Gewerkschaften in der alten Streitfrage. Der gesamte Kongreß schien ohne Vorbehalt sich die Auffassung der Leitung der Genossenschaften zu eigen zu machen, die nachzuweisen suchte, daß der Angestellte eines Konsumvereins schon kein Ausgebeuteter ist, zugleich aber den Standpunkt behauptete, daß die Konsumvereine ihren Angestellten keine „privilegierte Stellung" schaffen dürften.

Der von den Leitern des Verbandes beantragte Beschluß ist fast einstimmig angenommen worden. Er besagt, daß die Genossenschaften die Pflicht haben, das Niveau der von ihnen beschäftigten Arbeiter möglichst hoch, und zwar nach dem Maße der Eroberungen des entsprechenden Berufs, zu halten. Man dürfe aber nicht von ihnen bessere Bedingungen fordern, da sie der Konkurrenz Rechnung tragen müssen. Dagegen dürfen die Genossenschaften alle Schutzgesetze strikt anwenden. Der Kongreß verurteilt weiter Streiks der Angestellten der Genossenschaften, und zwar sowohl wirtschaftliche Arbeitseinstellungen, wie ebenso Solidaritäts- und revolutionäre Streiks. Er spricht sich dafür für andere Formen der Aeußerung der Solidaritätsgefühle mit der gesamten proletarischen Armee aus.

Ob diese Resolution Frieden in die Beziehungen zwischen den Genossenschaften und Gewerkschaften schaffen wird, bezweifeln wir. Dazu ist eine Verständigung zwischen den beiden Körperschaften nötig. Eine einseitige Festlegung der Art, diese Beziehungen zu regeln, ist aber imstande, diese Beziehungen zu verschärfen

Die Konsumvereine sind auf dem rechten Wege.

Die organisierten Konsumenten wissen zwar, daß ihre Arbeit für sie selbst und für das gesamte Wirtschaftsleben von großem Nutzen ist. Deshalb bleibt es aber doch eine Annehmlichkeit, von Zeit zu Zeit das Wesen der Konsumgenossenschaftsbewegung von den Widersachern der Bewegung gekennzeichnet zu sehen. Wenn diese Kennzeichnung die Gemeinnützlichkeit des organisierten Konsums ergibt, so weiß jeder Konsumgenossenschafter, daß er sich auf dem rechten Wege befindet. Unter der Ueberschrift: Die Konsumvereinslawine zählt die Händlerzeitung Der Materialist die bisherigen Leistungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine auf und bemerkt dann:

Das rapide Anschwellen der Bewegung weist darauf hin, daß die Arbeiter und die kleinen Leute immer mehr in das Konsumvereinslager hinübergezogen und dadurch große Kaufkräfte dem schwerringenden Detaillisten entzogen werden.

So weit ist man also doch schon gekommen, daß man die große Kaufkraft der sonst so geringschätzig behandelten Arbeiter anerkennt. Immerhin etwas! Es heißt dann weiter:

Aber nicht nur die Käufer werden aus den Fleischer-, Bäcker-, Kolonialwaren- und anderen Läden herausgelockt, sondern dem gewerbstätigen Mittelstande droht noch eine andere schwere Konkurrenz. Die Zahl der Konsumvereinsbäckereien, -fleischereien usw. schwillt immer mehr an und treten in scharfen Konkurrenzkampf mit den gewerblichen Betrieben. Die Kapitalisten, die ihre Spürnase überall haben, fanden denn auch schon heraus, daß mit der Kapitalisierung der auf genossenschaftlicher Grundlage beruhenden Unternehmungen ein gutes Stück Geld zu verdienen ist. Bewitzt jetzt haben die Genossenschaften 56 Millionen eigenes und 133 Millionen fremdes Kapital zur Finanzierung ihrer gewerblichen Unternehmungen verschlungen. Natürlich werden bei dem Massenbetriebe die Dividenden höher ausfallen als die Erträgnisse der Gewerbebetriebe. Den Gewerbetreibenden wird das Kapital immer mehr entzogen, während auf der anderen Seite die Kapitalanhäufung zunimmt. Es kommt letzten Endes auf eine kapitalistische Machtfrage hinaus. Wer den größten Geldbeutel hat, der wird siegreich aus dem Kampfe hervorgehen.

Das haben sich die zahllosen kleinen Sparer, die den Konsumvereinen die „Millionen fremdes Kapital" anvertrauen, sicher nicht träumen lassen, daß man ihnen deshalb einmal eine „kapitalistische Spürnase" andichten würde. Daß richtige Kapitalisten ihr Geld nicht benutzen, um durch Konsumvereine „höhere Dividenden" zu erzielen, sollte eigentlich auch den Herren Krämern bekannt sein. Der Leser darf sich bei dem kindlichen Unsinn nichts denken. Ein richtiges Krämerblatt kann eben nicht anders wie — ein Krämer reden. In den Bemerkungen der Händlerzeitung liegt unmittelbar neben dem Unsinn soviel richtige Einsicht in die Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung, daß jeder Konsument sich diese Einsicht nur zu eigen machen braucht, um die Notwendigkeit seiner Mitarbeit in der Konsumgenossenschaftsbewegung zu erkennen. Die Händlerzeitung fühlt ganz richtig, daß die Anhäufung von eigenem Kapital in den Händen organisierter Konsumenten Anhäufung wirtschaftlicher Macht bedeutet. Wollten doch alle Konsumenten diese wirtschaftliche Macht gebrauchen lernen. Der isolierte, unorganisierte Konsument verurteilt sich selbst zur Ohnmacht. Die Nutznießer des unorganisierten Konsums wissen die Macht der Zusammenarbeit richtiger einzuschätzen als mancher Konsument. Die Kaufkraft aller Verbraucher gesammelt — und die heute schon in Millionen ausgedrückte Kapitalkraft der Konsumvereine wird sich vervielfachen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191311 04-11/fragment/page=0010